Stadt Leipzig

HELMHOLTZ ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG UFZ

Leipzig weiter denken

Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

Finanzpolitik der Stadt Leipzig

Ergebnisse der Befragung

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

trotz steigender Steuereinnahmen und wachsender Beschäftigungszahlen sind viele Städte und Gemeinden in Deutschland hoch verschuldet. Die kommunalen Kassenkredite, mit denen die Kommunen ihre laufenden Ausgaben decken und denen zumeist keine Werte oder Investitionen gegenüberstehen, erreichten im Jahr 2013 mit einem Volumen von 50 Milliarden Euro bundesweit ein Rekordniveau. Die kommunale Investitionsschwäche konnte in den vergangenen Jahren durch das Konjunkturprogramm des Bundes lediglich überdeckt, aber nicht behoben werden; weder in West- noch in Ostdeutschland. Der besonderen Situation der neuen Bundesländer geschuldet erhalten diese noch bis einschließlich 2019 im Rahmen des Länderfinanzausgleiches 156,5 Milliarden Euro besondere Finanzmittel.

Das Auslaufen des sogenannten Solidarpaktes II im Jahr 2020 stellt die ostdeutschen Städte und Gemeinden vor die Beantwortung der Frage, wie es ihnen gelingt, ihre umfänglichen Pflichtaufgaben aber auch die zahlreichen freiwilligen Leistungen, die oft von großer, identitätsstiftender Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger sind, künftig zu finanzieren. Oder vereinfachter formuliert: Was ist dauerhaft nötig, was ist perspektivisch möglich? Wachsende Bevölkerungszahlen in Leipzig sind eine erfreuliche Entwicklung, die es gilt, weiter zu befördern. Dem gegenüber stehen steigende Ausgaben, vor allem in den Bereichen Soziales und dem Ausbau der Kita-Betreuung. Leipzig will trotz steigender Finanzbedarfe seine Verwaltungstätigkeiten nicht mit Kassenkrediten finanzieren und bekennt sich mit seiner Entschuldungskonzeption zur nachhaltigen und dauerhaften Entschuldung. Leipzigs umfängliche Kulturlandschaft soll bewahrt werden, gleichzeitig sind Investitionen in Schulen dringend notwendig. Ein schwieriger Spagat zwischen Pflicht und Kür. Natürlich funktioniert städtisches Leben nicht ohne städtische Leistungen. Diese können aber nur in dem Rahmen einer verantwortungsvollen und auf die Zukunft ausgerichteten Finanzpolitik wirken, die die Sicherstellung eines angemessenen Angebots für die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft gewährleistet.

Doch wie sehen die Bürgerinnen und Bürger die Vorgaben und Entscheidungen durch Politik und Verwaltung? Wie ist Ihre Meinung zu Strategien und Szenarien? Welche Optionen, mittelfristig die kommunale Selbstbestimmung der Stadt Leipzig mit den vom Gesetzgeber definierten Möglichkeiten zu bewahren, präferieren die Menschen vor Ort? Welche Ideen und Lösungsvorschläge gibt es aus der Gesellschaft heraus, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern? Und wie steht es um die Bereitschaft der Leipzigerinnen und Leipziger, für dieses Ziel einen „eigenen Beitrag“ zu leisten?

Die vorliegende Studie „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“ bildet aus meiner Sicht eine wichtige Grundlage für die Stadt Leipzig, sich mit ihrer mittelfristigen Finanzplanung an den Erwartungen und Schwerpunkten der Bürgerschaft zu orientieren, auch wenn natürlich nicht jedes Ergebnis 1:1 übertragbar ist.

Mein Dank gilt den an der Studie Beteiligten: Dem für die Umsetzung und Auswertung der Befragung verantwortlichen Professor Dieter Rink vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) sowie denjenigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtplanungsamt, dem Amt für Statistik und Wahlen und dem Dezernat Finanzen, die das Projekt unterstützten. Und natürlich allen Leipzigerinnen und Leipzigern, die an der Befragung teilnahmen und damit das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft mit Leben erfüllten.

Torsten Bonew
Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen der Stadt Leipzig

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Die Finanzpolitik der Stadt Leipzig im Projekt Leipzig weiter denken 3

Einführung 3
Das Projekt Leipzig weiter denken 3
Wie geht's weiter? 5
Kurzauswertung der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig I 6
Kurzauswertung der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig II 7
Kurzauswertung der Veranstaltung zur Zukunftsreihe 8
Kurzauswertung der Werkstatt 9

Teil B – Ergebnisse der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig 10

Zusammenfassung 10
Methodische Vorbemerkungen 14

Analyse 17
Inhaltsverzeichnis Teil B – Analyse 18
1 Nachhaltige Stadtfinanzen 19
2 Die Kürzungsstrategie 23
3 Die Einnahmestrategie 41
4 Die Wachstumsstrategie 55
5 Die Entschuldungskonzeption 61
6 Verkauf von städtischen Unternehmen 64
7 Zusätzliche freiwillige Leistungen und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger 65

Anhang 70
Literaturverzeichnis 72
Tabellenverzeichnis 73
Abbildungsverzeichnis 74
Fragebogen Finanzpolitik der Stadt Leipzig 77

Teil A – Finanzpolitik der Stadt Leipzig im Projekt „Leipzig weiter denken“

Einführung

Das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung und die daraus resultierenden Gefahren sind in den letzten Jahren stärker in das öffentliche Bewusstsein gelangt und rufen Besorgnisse hervor (Bertelsmann Stiftung 2013, S. 7). Die Konsolidierung des Haushalts ist auch in Leipzig ins Zentrum kommunalpolitischen Handelns gerückt. Sie gehört mittlerweile zu den wichtigsten Aufgaben einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Stadtrat von Leipzig hat dazu unter anderem im Juli 2012 ein Entschuldungskonzept beschlossen, das den vollständigen Abbau der kommunalen Schulden bis 2037 zum Ziel hat. Vor diesem Hintergrund erklärte die Stadt Leipzig die Finanzpolitik im Rahmen des Projekts Leipzig weiter denken zum Zukunftsthema. Der kommunale Haushalt wurde zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen, von Beteiligungsverfahren sowie einer Bürgerbefragung. Im vorliegenden Ergebnisbericht werden zunächst im Teil A der organisatorische und konzeptionelle Rahmen dieses Projekts vorgestellt und die Kurzauswertungen der einzelnen Teile sowie die Zusammenfassung und Schlussfolgerungen dargestellt. Im Teil B erfolgt eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der Befragung.

Das Projekt Leipzig weiter denken

Leipzig weiter denken verfolgte das Ziel, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Ideen, Lösungsvorschläge und Projekte für ein nachhaltiges und damit zukunftsfähiges Leipzig zu erarbeiten. Das Projekt war in Leipzig in Prozesse eingebettet, die sich mit nachhaltiger Stadtentwicklung auseinandersetzten. Das sind insbesondere die Arbeiten zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (SEKo) und die Leipziger Agenda 21. Beide Prozesse sollten durch das Projekt intensiver miteinander verknüpft und das Thema Nachhaltigkeit stärker im SEKo verankert werden. Aus diesem Grund wurde das Projekt im Stadtplanungsamt angesiedelt und mit der Leipziger Agenda 21 als Kooperationspartner durchgeführt. Das Projekt Leipzig weiter denken wurde dabei im Rahmen des Programms „ZukunftsWerkStadt“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Dieses Programm war Bestandteil des Wissenschaftsjahres 2012 und hatte das Ziel, kommunale Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dabei wurde die Bürgerpartizipation in den Mittelpunkt der Programmatik gerückt. Bürgerinnen und Bürger sollten gemeinsam mit Politikern, Vertretern der Verwaltung sowie Wissenschaftlern regionale bzw. lokale Maßnahmen entwickeln und umsetzen. Die Stadt Leipzig hat sich mit dem Projekt Leipzig weiter denken erfolgreich an diesem Programm beteiligt und konnte nicht zuletzt dank dieser Förderung substanzielle Ergebnisse erzielen.

In einer Reihe öffentlicher Veranstaltungen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Stadtverwaltung und Wissenschaft zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern wichtige Zukunftsfragen Leipzigs unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit. Das Projekt Leipzig weiter denken zielte darauf ab, die Prozesse des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ (SEKo) systematisch am Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten und konkrete Zukunftsthemen gemeinsam mit der Bevölkerung zu diskutieren. Leipzig weiter denken war (und ist) ein Mitdenk- und Mitmachprojekt: In einem mehrstufigen, aufeinander aufbauenden Partizipationsverfahren wurde die Bevölkerung eingebunden und wurden mit ihr sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren Leipzig-spezifische Handlungsansätze und Impulsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung erarbeitet. Neben dem Thema Finanzpolitik wurden als weitere Zukunftsthemen die Mehrgenerationenstadt, die Mobilität der Zukunft sowie die energetische Sanierung bearbeitet. Zu jedem der Themen wurde eine thematische Veranstaltung im Rahmen der Zukunftsreihe sowie eine Werkstatt durchgeführt.

Zukunftsreihe

Unter dem Motto „Nachhaltige Stadtfinanzen: Vor welchen Herausforderungen steht unsere Stadt?“ fand am 18. September 2012 eine Abendveranstaltung statt, an der rund 70 Bürgerinnen und Bürger teilnahmen und zum Thema diskutierten. Vor dem Hintergrund knapper Kassen und dem im Jahr 2019 auslaufenden Solidarpakt hatte die Veranstaltung das Ziel, mithilfe der Bürgerschaft Prioritäten im künftigen Umgang mit den kommunalen Finanzen zu setzen. Unter den Handlungsstrategien Wachstum, Einnahmesteigerung und Kürzen wurde diskutiert, in welchen Bereichen sowie auf welche Weise diese angewendet werden können. Die Bürgerinnen und Bürger fanden sich an insgesamt neun vorbereiteten Tischen zusammen, um die drei Strategien unter Moderation von Vertreterinnen und Vertretern aus Stadtverwaltung und Wissenschaft zu diskutieren. Eine Kurzauswertung der Ergebnisse findet sich auf S. 6–9. Ein weiteres Ziel war die Sensibilisierung der Bürgerschaft für die Problematik der kommunalen Finanzplanung sowie die Komplexität des Themas.

Online-Dialog

Wie zu den anderen Zukunftsthemen wurde auch zum Thema Stadtfinanzen ein Online-Dialog auf der Internetseite leipzig-weiter-denken.de geschaltet. Dieser war vom 18.9. – 21.12.2012 verfügbar und bestand aus einem offenen Fragebereich in Form eines Dialogforums zu vorgegebenen Themenschwerpunkten sowie einem geschlossenen Bereich mit standardisierten Fragen. Im offenen Bereich bestand die Möglichkeit, Beiträge zu verfassen, zu kommentieren oder zu bewerten. Der geschlossene Teil enthielt einige der Fragen des Fragebogens der Befragung Finanzpolitik (die Fragen 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 13 und 14; siehe Teil B bzw. Fragebogen im Anhang). Am Online-Dialog beteiligten sich 12 Personen mit insgesamt 35 Beiträgen, an der Umfrage beteiligten sich 156 Teilnehmer. Damit blieb die Beteiligung hinter den Erwartungen des Projekts zurück. Die Online-Befragung wird daher hier nicht gesondert dargestellt.

Die Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“

Ziel der Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“ war es, das Meinungsbild der Bürgerschaft zum Thema Stadtfinanzen zu erfassen. Im Fragebogen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer Vielzahl von Themen und kommunalen Handlungsbereichen aus dem Gebiet der städtischen Finanzpolitik ihre Meinungen und Bewertungen abgeben. Zum besseren Verständnis und um Einzelthemen zu bündeln, wurden drei Strategien für die Finanzpolitik konzipiert – die Kürzungs-, die Einnahme- und die Wachstumsstrategie. Diesen Strategien wurde jeweils eine Reihe von Einzelfragen zu Themen des kommunalen Handelns zugeordnet. Mit dem umfassenden Fragebogen wurde zugleich ein differenzierter Einblick in diese komplexe Thematik gegeben, um die Bürgerinnen und Bürger auch für die zukünftigen Herausforderungen in diesem Themenfeld zu sensibilisieren. Der Fragebogen wurde im Oktober 2012 an 5000 zufällig ausgewählte Leipzigerinnen und Leipziger verschickt. Mit einem Rücklauf von 1697 Fragebögen konnte eine aussagefähige Quote von 35 % erzielt werden – angesichts der Komplexität der Thematik ein gutes Ergebnis. Die Ergebnisse wurden während der Werkstatt zum Thema Finanzen vorgestellt und in deren Diskussionen einbezogen. Mit der Befragung wurde erstmalig in Leipzig eine breite und eigenständige Umfrage zu diesem Themenbereich durchgeführt.

Werkstatt

Die Werkstatt zum Thema Finanzen fand am 1. März 2013 mit über 50 Teilnehmenden statt. Grundsätzlich stand auch hier die Frage im Mittelpunkt, wie die Stadt mit den knappen kommunalen Haushaltsmitteln in Zukunft umgehen soll. Basierend auf den Ergebnissen der Zukunftsreihe, des Online-Dialogs und der Befragung zum Thema Finanzen wurden folgende vier Fragen formuliert: 1. Wie kann Wachstum unterstützt werden? 2. Wo sind Potenziale für eine Effizienzstrategie? 3. Wie können Bürgerinnen und Bürger selbst die Finanzsituation der Stadt verbessern? Und 4. Wie können sie besser über Finanzentscheidungen informiert werden? Zur Diskussion dieser Fragen wurden während der Werkstatt Gruppen von jeweils 10 – 15 Teilnehmenden gebildet, die dazu mehrere Stunden intensiv diskutierten.

Wie geht's weiter?

Leipzig weiter denken soll künftig zu einem übergreifenden Instrument für die Bürgerbeteiligung mit stadtweiter Bedeutung ausgebaut werden. Geplant sind jährlich zwei bis drei Veranstaltungen nach dem Modell der Zukunftsreihe. Die Bürgerbeteiligung zu Projekten und Konzepten von besonderer Bedeutung soll unter dem Dach von Leipzig weiter denken intensiv begleitet werden. Innerhalb der Stadtverwaltung soll zu Projekten, an denen Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind, ein Erfahrungsaustausch angeregt werden. Ziel ist die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der Bürgerbeteiligung.

Die gute Resonanz und die vielen konstruktiven Beiträge haben die Stadt in ihrem Willen bestärkt, auch die Bürgerbeteiligung zu Fragen des kommunalen Haushalts weiterzuführen und zu verstärken. Eine erste Folgeveranstaltung fand bereits am 23.10.2013 in Form einer Werkstatt zu den Fragen der Haushaltsplanung 2014 statt. Die Ergebnisse wurden in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters sowie im Fachausschuss Finanzen vorgestellt. Dort wurde entschieden, dass eine derartige Beteiligung auch zukünftig, eingebettet in die jährliche Haushaltsplanung, jährlich stattfinden wird. Zur besseren Vermittlung von Haushaltsthemen wollen Stadtpolitik und -verwaltung Anregungen wie z. B. einen Newsletter aufgreifen. Alle eingebrachten Ideen und Vorschläge werden so dokumentiert, dass sie in das Verwaltungshandeln und in die aktuelle sowie die mittelfristige Haushaltsplanung einfließen können.

Kurzauswertung der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig I

Themenrelevanz

Die Zukunft der kommunalen Finanzen besitzt eine sehr hohe Relevanz, sie liegt den Leipzigerinnen und Leipzigern am Herzen: Fast alle Befragten (93 %) finden es sehr wichtig oder wichtig, schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunalen Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Strategien

Die Handlungsstrategien kommunaler Finanzpolitik werden unterschiedlich bewertet. Die Wachstumsstrategie erhält die größte Zustimmung, die Einnahmestrategie findet ein gespaltenes Echo, die Kürzungsstrategie bekommt die geringste Zustimmung.

Kürzungsstrategie

Es besteht eine überwiegend ablehnende Haltung gegenüber der Kürzungsstrategie. Lediglich drei von insgesamt 43 Bereichen möglicher Kürzungen finden die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Befragten.

Einnahmestrategie

Hier herrscht ein gespaltenes Meinungsbild. Die Zustimmung zur Gebührenerhöhung steigt, je seltener eine Gebühr entrichtet wird, je mehr andere Personen davon betroffen sind sowie mit dem persönlichen Nettoeinkommen.

Wachstumsstrategie

Insgesamt versprechen sich die Befragten von Wachstum positive Auswirkungen, sind aber zumeist nicht bereit, bestimmte negative Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität in Kauf zu nehmen.

Strategie-Mix

Die Befragten wünschen keine einseitige Strategie, sie favorisieren einen Mix aus Kürzungs-, Einnahme- und Wachstumsstrategie. Der idealtypische Strategie-Mix würde sich aus 50 % Wachstums-, 30 % Einnahme-, und 20 % Kürzungsstrategie zusammensetzen.

Relevanz von Schuldenabbau

Bei der Frage, was die Stadt tun müsse, um zukünftig handlungsfähig zu sein, zeigten die häufigen Nennungen „Schuldenabbau, Sparen, Kostenkontrolle und effiziente Mittelverwendung“, dass das Thema Schuldenabbau bei den Bürgerinnen und Bürgern eine besonders große Rolle spielt.

Entschuldungskonzeption

Die Befragten befürworten grundlegend das Ziel der Entschuldung, allerdings ist nur einer Minderheit (3 %) die Entschuldungskonzeption bekannt. Es gibt aber großes Interesse daran: Fast die Hälfte (43 %) würde gern etwas über die Entschuldungskonzeption erfahren.

Kurzauswertung der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig II

Status quo

Zwar werden Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau befürwortet, allerdings soll es dabei in Umfang und Qualität der kommunalen Leistungen und Angebote keine Verschlechterung geben.

Finanzieller Beitrag

Mehr als die Hälfte der Befragten (58 %) sind der Meinung, dass jede bzw. jeder im Rahmen ihrer/seiner Möglichkeiten einen Beitrag für die Stadt leisten sollte. Es gibt eine große Bereitschaft, auch individuell etwas zu tun, 42 % der Befragten können sich vorstellen, einen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt zu leisten.

Bußgelder

Die Befragten zeigten eine hohe Affinität zu Bußgeldern. Dies betrifft die Erhöhung von Bußgeldern sowie Vorschläge zu neuen Bußgeldern. Vor allem Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten, die Hinterlassenschaften von Hunden oder auch für Radfahrer wurden von einer Vielzahl der Befragten genannt.

Geschlecht

Männer und Frauen sind sich weitgehend einig; über alle Fragen hinweg zeigen sich keine bzw. kaum Geschlechtsunterschiede. Lediglich bei Kürzungen und Einnahmeerhöhungen gibt es leichte Differenzen (höhere Akzeptanz durch Männer).

Alter

Es gibt differenzierte, zum Teil ausgeprägte Altersunterschiede, die je nach Thema variieren. Bei den Präferenzen für Strategien (Kürzungen versus Wachstum) oder Themen wie Verkehr, Kultur und Umwelt zeigen sich starke, z. T. grundlegende Meinungsunterschiede. **Für die jüngste Altersgruppe sind die Finanzen zu 100 % das Thema der Zukunft,** den Älteren ist es mit über 90 % ebenfalls sehr wichtig.

Einkommen

Bei Besserverdienenden bzw. Höherqualifizierten gibt es generell eine höhere Bereitschaft, Kürzungen bzw. Einnahmeerhöhungen zu akzeptieren. Dagegen ist die Ablehnung von Kürzungen und Einnahmeerhöhungen bei Geringverdienern und weniger Qualifizierten, Senioren und Arbeitslosen ausgeprägter.

Kurzauswertung der Veranstaltung zur Zukunftsreihe

Kürzungsstrategie

Kürzungen werden als notwendig angesehen, sollen jedoch nicht die Lebensqualität einschränken. Bei Vereinen, Kultur, dem ÖPNV sowie bei Kitas und Schulen soll nicht gekürzt werden. Es bestehen Bedenken, dass Kürzungen zu Stellenabbau und sozialer Ungerechtigkeit führen können. Einschnitte könnten durch Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung (z. B. durch Online-Möglichkeiten für Bürgerangelegenheiten), ehrenamtliches Engagement oder Sponsoring abgefedert werden.

Einnahmestrategie

Zusätzliche Einnahmemöglichkeiten werden in den Bereichen kostenfreier ÖPNV, Tourismus, Kultur, Maut für Nicht-Leipziger und Parkraumbewirtschaftung gesehen. Hierbei sollte der entstandene Mehrwert über eine Zweckbindung gesichert werden. Die „Belastungsgrenze“ der Bürger darf aber nicht überschritten werden, außerdem sollen Gebührenermäßigungen für sozial Schwache bestehen bleiben.

Wachstumsstrategie

Die Bedeutung eines qualitativen und gesteuerten Wachstums wurde betont. Wachstum wird in den Bereichen Wissenschaft und Forschung sowie der Kreativwirtschaft gewünscht. Bei Investitionen sollte auf die Langfristigkeit und die Förderung kleinerer Projekte geachtet werden. Wachstum sollte auch anders gedacht werden und um Aspekte wie Bevölkerungswachstum oder Steigerung der Lebensqualität erweitert werden.

Alternative Strategien

Als Alternative zu den anderen Strategien wurde die Idee der Suffizienz vorgeschlagen. Auch Regionalwährungen und solidarische Wirtschaftsformen oder nachhaltiges Konsumverhalten wurden diskutiert.

Beteiligung

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht ausgenutzt, Pflichtaufgaben der Stadt sollen nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden. Letztere sollten an den Entscheidungen über Kürzungen, aber auch an wichtigen Finanzentscheidungen wie z. B. bei Großinvestitionen beteiligt werden.

Kurzauswertung der Werkstatt

Wachstumsförderung

Die Gruppe forderte, dass die Stadt nicht einseitig auf Großunternehmen setzen soll, sondern auf konkrete regionale Schwerpunkte. Der Tourismus, die Kreativwirtschaft, Gesundheit und Wissenschaft sollen im Zentrum der Wachstumsförderung stehen. Konkrete Vorschläge waren: Ein Vermarktungskonzept für den Tourismus, die Kopplung der Wirtschaftsförderung an Nachhaltigkeitskriterien und die Förderung von Alternativ- bzw. Laborprojekten.

Effizienzsteigerung

Einsparpotenziale wurden im Verkehrsbereich gesehen, etwa durch eine effizientere Baustellenkoordination oder durch bedarfsorientierte Straßenbeleuchtung. In der Verwaltung solle eine Effizienzkultur herrschen, zur Umsetzung könnte es eine bzw. einen Verantwortliche/n bzw. „Kümmerer“ geben. Außerdem könnten städtische Beratungsangebote räumlich zusammengelegt werden.

Bürgerbeiträge

Nach Vorschlägen gefragt, wie eine finanzielle Unterstützung durch Bürgerinnen und Bürger aussehen könnte, wurden drei Ideen favorisiert: Die Erbringung finanzieller Beiträge für konkrete Projekte, die Einrichtung von Fördervereinen und Firmenpatenschaften für Schulen und Kitas sowie die Etablierung einer Bürger-GmbH. Individuelle Einzahlungen bzw. ein pauschales Spendenkonto zur Entschuldung der Stadt wurden abgelehnt. Hauptansatz, wie die Stadt durch die Bürger bei der Übernahme kommunaler Aufgaben entlastet werden könnte, sind die Entwicklung eines Marketingkonzepts für ehrenamtliches Engagement und die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen durch die Stadt.

Beteiligungsformen bei Finanzpolitik

Hier kristallisierten sich folgende Vorschläge heraus: Die Schaffung eines Bürgerbudgets, das Bürgerinnen und Bürger für ausgewählte Projekte vergeben können; beratende Funktionen durch Bürgerinnen und Bürger bei großen Finanzentscheidungen; Bürgerentscheide zu besonderen Themen; Online-Foren zum Austausch und zur Diskussion.

Information

Bezüglich kommunaler Finanzentscheidungen wurde generell ein großer Informationsbedarf konstatiert. Es sind vielfältige Informationsangebote erwünscht, z. B. bei Behördenkontakten, ein Newsletter, eine/n „FinanzerklärerIn“ sowie Volkshochschulkurse. Außerdem wurden persönliche Ansprache und Kontakte als vielversprechend eingeschätzt.

Teil B – Ergebnisse der Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig

Zusammenfassung

Nachhaltigkeit und kommunale Finanzen

Wie das gesamte Projekt Leipzig weiter denken wurde auch das Thema Finanzen bzw. Finanzpolitik durch das Leitbild der Nachhaltigkeit gerahmt. Nachhaltigkeit ist ein allgegenwärtiger Begriff in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit. In seinem Zentrum steht dabei die Forderung nach intergenerativer Gerechtigkeit, d.h. die Berücksichtigung der Handlungsfähigkeit künftiger Generationen im heutigen Handeln. Das gilt natürlich auch für den Bereich der kommunalen Finanzen. Ökonomen und Finanzwissenschaftler bemühen sich seit Jahren um dieses Thema und haben unterschiedliche Definitionen, Konzepte und Indikatoren zur Messung vorgelegt (vgl. Kitterer 2002). Laut einer gängigen Definition bedeutet finanzielle Nachhaltigkeit, „dass der Gegenwartswert aller heutigen und zukünftigen Ausgaben durch den Gegenwartswert aller heutigen und zukünftigen Einnahmen gedeckt wird“ (Raffelhüschen 2002, S. 73). Diesbezüglich wird auch von fiskalischer Tragfähigkeit gesprochen. Eine Finanzpolitik ist demzufolge dann nachhaltig, wenn gegenwärtige und zukünftige Generationen die Finanzpolitik unverändert weiterführen können. „Unverändert heißt hier, dass bei konstanter Steuer- und Beitragslast auch zukünftig alle Menschen gleichbleibende staatliche Leistungen empfangen können“ (ebd.). Als einfache Richtwerte kann man auch „Anzeichen der Nicht-Nachhaltigkeit“ der Kommunalfinanzen heranziehen. Mäding schlägt diesbezüglich u.a. folgende Kriterien vor: häufige Phasen der Haushaltskonsolidierung, sinkende Investitionsausgaben, wachsende Kassenkredite sowie Investitionen unter dem Bedarf (vgl. Mäding 2008). Weder dem Projekt noch der Befragung wurde ein im obigen Sinne definiertes Verständnis von nachhaltigen Finanzen zugrunde gelegt, vielmehr wurde mit der verbreiteten Grundvorstellung gearbeitet, dass „die Stadt Leipzig schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunalen Haushaltsplanung berücksichtigt“ (Frage 1, siehe Fragebogen im Anhang). Es war nicht das Ziel der Befragung, das Verständnis von nachhaltigen Finanzen zu behandeln bzw. abzufragen. Ebenso wenig verfolgte das Projekt Leipzig weiter denken das Ziel, ein Konzept nachhaltiger Kommunalfinanzen zu entwickeln. Bei der künftigen Bearbeitung des Themas mit Leipziger Bürgerinnen und Bürgern wäre es freilich sinnvoll, neben den Strategien auch Ziele kommunaler Finanzpolitik zu diskutieren und gegebenenfalls auch Indikatoren bzw. Kriterien festzulegen, wie deren Erreichung gemessen werden kann.

Strategie-Mix

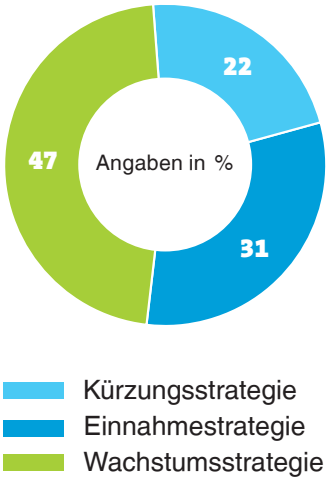
Die Ergebnisse der Befragung sind deutlich. Einer überwiegend positiven Einstellung der Befragten zum Thema Wachstum steht eine eher ablehnende Haltung zu Kürzungen gegenüber. Das ist nicht überraschend, wird doch Wachstum mit zusätzlichen Arbeitsplätzen, steigenden Einkommen und ganz allgemein mit wachsender Lebensqualität assoziiert. Demgegenüber werden mit Kürzungen eher negative Entwicklungen verbunden, wie Reduzierungen von Leistungen, Schließungen und eine daraus resultierende Verschlechterung der Lebensqualität. Bei der Einnahmestrategie besteht demgegenüber ein gespaltenes Meinungsbild, da Gebührenerhöhungen zwar zusätzliche Belastungen für den eigenen Geldbeutel darstellen können, jedoch nicht mit Einschränkungen von kommunalen Leistungen verbunden sind oder aber erwünschte Effekte haben können, beispielsweise mehr Ordnung im öffentlichen Raum. Trotz der starken Unterschiede in der Bewertung der einzelnen Strategien zeichnet sich kein eindeutiges Bild für die Favorisierung nur einer Strategie ab. Betrachtet man, wie oft eine Strategie mit 0 % oder 100 % gewünscht wird, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1: Völlige Ablehnung der Strategien versus uneingeschränkte Zustimmung

	0 %	100 %
Kürzung	9 %	0,6 %
Einnahme	3,8 %	0,9 %
Wachstum	1,4 %	2,9 %

Daraus kann man den Schluss ziehen, dass das Ziel einer langfristigen Haushaltskonsolidierung nicht mit einer Strategie allein realisiert werden sollte. Vielmehr lässt sich ableiten, dass eine Kombination bzw. ein Mix aus den Strategien am ehesten akzeptiert und gewünscht wird. Aus den Antworten ergibt sich folgende Kombination der Strategien: 22 % Kürzungs-, 31 % Einnahme- und 47 % Wachstumsstrategie.

Abbildung 1: Gewicht der Strategien



Frage: Bitte geben Sie nun an, mit welchem Gewicht (in Prozent) jede Strategie Ihrer Meinung nach verfolgt werden sollte. Bitte teilen Sie jeder Strategie einen Anteil zu. Die Summe muss 100 Prozent ergeben. Es ist ein Mix aus den Strategien möglich. Sie können aber auch einer einzigen Strategie ein Gewicht von 100 Prozent zuordnen.

(Angegeben ist der Mittelwert aus allen Antworten; Basis: Kürzungsstrategie: 1501 Antworten, Einnahmestrategie: 1505 Antworten, Wachstumsstrategie: 1509 Antworten.)

Informationsdefizite in Bezug auf kommunale Finanzpolitik

Die Befragung und die Werkstatt haben deutlich gemacht, dass ein weiterer Informations- und Diskussionsbedarf vorliegt. Das betrifft zunächst die langfristige Haushaltskonsolidierung selbst, die zwar als notwendig angesehen wird, in ihren Auswirkungen aber kaum eingeschätzt werden kann. Das wird insbesondere auch beim Thema Entschuldungskonzept der Stadt Leipzig deutlich. Die Absicht des Konzepts wird zwar von etwa zwei Dritteln der Befragten unterstützt, aber nur drei Prozent kennen es. Fast die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr Informationen dazu. Aus den Diskussionen der Zukunftsreihe und der Werkstatt kann man schließen, dass bei den Befragten insgesamt wenig Wissen darüber besteht, welche Einnahmen und Ausgaben die Kommune selbst überhaupt beeinflussen kann, wo sie kürzen und wo sie z. B. Gebühren erhöhen kann. Vermutlich kann die Reichweite einzelner Maßnahmen wie auch ganzer Strategien kaum eingeschätzt werden. Um aber kompetente Einschätzungen oder Aussagen über Kürzungen, Einnahmen oder Wachstum treffen zu können, müssen die Rahmenbedingungen sowie Grenzen kommunalen Handelns besser bekannt sein. Zwar gab es in den letzten Jahren den Haushaltsplanrechner, ein Werkzeug, mit dem online Anmerkungen zu allen Positionen des Haushaltes abgegeben werden konnten, dieser wurde aber nur von einer Minderheit der Leipziger Bürgerinnen und Bürger auch genutzt. Sinnvoll wäre eine für die Bürgerschaft und Öffentlichkeit aufbereitete und ggf. auch vereinfachte Darstellung der kommunalen Finanzen, insbesondere des Entschuldungskonzepts.

Bürgerbeteiligung an Finanzentscheidungen

Ein zentrales Ziel des Projektes Leipzig weiter denken und der Befragung war es, die Leipziger und Leipzigerinnen in die Diskussion zu den Herausforderungen einer nachhaltigen Finanzpolitik einzubeziehen und sie an der Ausgestaltung einer mittelfristigen Finanzpolitik zu beteiligen. Der Wunsch bzw. die Forderung nach der Beteiligung der Bürgerschaft an Finanzentscheidungen kann als wichtiges Ergebnis der Befragung gelten. Dies wird an verschiedenen Punkten deutlich und zeigt sich z. B. schon im relativ hohen Rücklauf, insbesondere aber in den zahlreichen Wünschen und Forderungen nach Beteiligung. Darüber hinaus würde ein Teil der Bürgerinnen und Bürger einen eigenen zusätzlichen, freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt leisten (siehe Kap. 7). In der Werkstatt wurden einige interessante Vorschläge gemacht, wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Finanz- und Haushaltsplanung künftig aussehen könnte oder sollte (s.o.). Durch die Finanzverwaltung sollte ausgelotet werden, welche Möglichkeiten und Wege existieren, diese Vorschläge und Ideen auch umzusetzen. Das könnte ein wesentlicher Baustein der künftigen Bürgerbeteiligung sein, wenn das Thema unter Leipzig weiter denken weitergeführt wird.

Die Themen der Bürgerinnen und Bürger

Neben den geschlossenen Fragen, zu denen die Befragten ihre Meinung äußern sollten, bestand in zwei offenen Fragen auch die Möglichkeit, eigene Themen, Probleme oder Handlungsnotwendigkeiten zu formulieren. Die Auswertung der offenen Fragen erbrachte, dass die Bürgerinnen und Bürger dabei zum Teil andere Themen bzw. Projekte als wichtig und zukunftsrelevant ansehen, als dies im Fragebogen der Fall war. „Sinnlosausgaben“, „Ausgabenkontrolle“, „Verschwendung minimieren“, „klug planen“: Diese Nennungen von Befragten stehen beispielhaft für Forderungen nach einer effizienten Verwendung von öffentlichen Geldern. Großinvestitionen der Stadt – wie etwa der City-Tunnel oder das Freiheits- und Einheitsdenkmal – rangierten bei den Nennungen der Befragten an erster Stelle. Sie werden – so der Tenor – als Sinnbilder von Verschwendung angesehen. Auch die diesbezüglichen Forderungen nach Bürgerbeteiligung fokussieren sich auf kommunale Großinvestitionen, an denen Defizite der Beteiligung festgemacht wurden. Eine Vielzahl von Nennungen bezog sich auf den kommunalen Verwaltungsbereich. Hier wurden häufig Begriffe wie „Effizienz“, „Bürokratieabbau“ oder auch „Korruption“ genannt. Damit wurde generelle Kritik geübt und es wurden Kürzungs- bzw. Sparforderungen adressiert. Positives können die Befragten der Lebensqualität und Attraktivität ihrer Stadt abgewinnen, darin sehen sie starkes Entwicklungspotenzial. Neben dem Bevölkerungswachstum sprechen dafür Nennungen zu den Themen Investitionen, Ansiedlungen, Arbeitsplätze sowie Tourismus.

Inhaltliche Schwerpunkte für die weitere Diskussion und Beteiligung

- **Keine Schließungen!** Es zeigt sich eine generelle Ablehnung radikaler Lösungen. Schließungen bzw. komplette Streichungen werden in praktisch allen Bereichen von jeweils großen Mehrheiten abgelehnt; differenziertere Bilder zeigen sich dagegen bei kleine(re)n Kürzungen und Streichungen sowie teilweisen Reduktionen von Leistungen und Angeboten wie die Reduzierung von Öffnungszeiten oder Zusammenlegungen von Beratungsstellen.

- **Bei der Verwaltung anfangen!** In den spontanen Nennungen werden Wünsche nach Kürzungen bzw. Effizienzsteigerungen an die Verwaltung selbst adressiert; hier werden große Potenziale durch Kürzungen bzw. die effizientere Verwendung von Mitteln gesehen. Bei den spontanen Nennungen ergibt sich das Bild einer ineffizienten, überdimensionierten und überbezahlten Verwaltung. Die Bevölkerung erwartet, dass nicht sie allein die „Kosten" von Kürzungen tragen muss, sondern vielmehr, dass Politik und Verwaltung mit eigenem guten Beispiel vorangehen.

- **Keine „sinnlosen" Großprojekte!** In den spontanen Nennungen gelten Großprojekte bzw. -investitionen als symptomatische Beispiele für Geldverschwendung und schwer abschätzbare bzw. erfahrbare Effekte für die eigene Lebensqualität. Paradigmatisch dafür wird oft der City-Tunnel genannt (doppelte Bauzeit und Kosten), z. T. auch das Freiheits- und Einheitsdenkmal.

- **Ein Herz für Familien und sozial Schwache!** Die Bereiche Familie, Kinder/Jugendliche sowie – mit gewissen Einschränkungen – sozial Schwache sollten von Kürzungen ausgenommen werden. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen sollten hier weiter gewährleistet werden; diese Gruppen sollten die Lasten von Kürzungen und Einnahmeerhöhungen nicht bzw. nicht über Gebühr tragen müssen.

Die Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig" im kommunalen Vergleich

Bürgerumfragen zur kommunalen Finanzpolitik stellen in Deutschland noch ein Novum dar. Nur wenige Städte haben bislang derartige Befragungen durchgeführt. Darmstadt (2012) und Freiburg (2010) befragten jeweils im Rahmen einer Bürgerumfrage zu Einsparmöglichkeiten und Angebotserweiterungen im städtischen Haushalt. Unter dem Motto „Wie finanzieren wir die Zukunft" befragten die Städte Tübingen (2010) und Gießen (2012) die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer zum Thema Stadtfinanzen und Haushaltskonsolidierung. Die Ergebnisse dieser Befragungen weisen eine Reihe von Übereinstimmungen mit der vorliegenden Befragung auf. In allen Befragungen stehen die Befragten Kürzungen und Einsparungen kritisch bis ablehnend gegenüber. Dabei finden Kürzungen in der Verwaltung die meiste Zustimmung, Kürzungen im sozialen Bereich oder Schließungen kultureller Einrichtungen werden dagegen abgelehnt. Im Hinblick auf Einnahmeerhöhungen, z. B. durch Gebühren, ist in allen Befragungen eine hohe Affinität zu höheren Bußgeldern oder zur Erhöhung bestimmter Steuern (z. B. Hundesteuer) zu konstatieren. Die Themen Information und Beteiligung spielten ebenfalls eine große Rolle. Auch in anderen Städten war das Wissen um die kommunalen Finanzen meist gering und die Befragten zeigten auch hier Interesse an Informationen zu diesem Thema oder äußerten die Bereitschaft, sich an den Entscheidungsprozessen selbst zu beteiligen (Tübingen). Im Hinblick auf den Umfang der Befragung, die thematische Breite der Fragen sowie die Stichprobengröße kommt der Befragung der Stadt Leipzig eine gewisse Vorreiterrolle zu.

Methodische Vorbemerkungen

Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit von Vertretern des Dezernats Finanzen der Stadt Leipzig, des Amts für Statistik und Wahlen Leipzig, der Leipziger Agenda 21, des Leipzig weiter denken-Projektteams im Stadtplanungsamt sowie des Projektteams des UFZ erarbeitet. Der Fragebogen wurde mit den zuständigen Bürgermeistern und Fraktionsvertretern diskutiert, mit den Fachämtern abgestimmt und in einem der Befragung vorgeschalteten Test geprüft (sog. qualitativer Pretest). Im Ergebnis des Pretests wurden Unklarheiten und Inkonsistenzen im Fragebogen beseitigt und zusätzliche Hinweise bei komplexen Fragen sowie zur Erläuterung spezifischer Sachverhalte eingefügt. Eine Stichprobenziehung mittels Zufallsgenerator aus der Einwohnerdatei der Stadt Leipzig zum Stichtag 31. August 2012 war die Grundlage für die schriftliche Befragung. Diese Datei beinhaltete 436.355 Datensätze von in Leipzig mit Hauptwohnsitz gemeldeten deutschen und ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter von 18 bis 85 Jahren. Die Befragung beruht auf einem Stichprobenumfang von 5000 zufällig ausgewählten Leipziger Bürgerinnen und Bürgern.

Ablauf

Der Versand der Fragebögen zur Befragung Finanzpolitik der Stadt Leipzig startete zeitgleich mit einer Pressemitteilung zum Start der kommunalen Bürgerumfrage am 11.10.2012. Der Befragung lagen ein Anschreiben des Finanzbürgermeisters Torsten Bonew sowie ein Briefumschlag zum portofreien Rückversand bei. Insgesamt umfasste der Fragebogen im Format DIN A4 auf acht Seiten 26 Fragen, davon 12 Fragen zur Demografie. Gleichzeitig wurde der Fragebogen im Internet eingestellt. Der Zugang zum Online-Fragebogen war nur Probanden aus der Stichprobe möglich. Diese erhielten mit den postalischen Unterlagen einen Zugangscode. Mitte Oktober wurde ein Erinnerungsschreiben an die Personen geschickt, die bisher den Fragebogen nicht beantwortet hatten. Die letzte Annahme von Fragebögen wurde mit dem Posteingang vom 18.12.2012 beendet. Das betraf auch die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen; der Zugang wurde ebenfalls am 18.12.2012 geschlossen.

Tabelle 2: Zeitplan der Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“

31.08.2012	Stichtag Stichprobenziehung aus der Einwohnerdatei
11.10.2012	Versand der Fragebögen, Pressemitteilungen zum Start der kommunalen Bürgerumfrage und der Befragung Finanzpolitik
12.10. – 18.12.2012	Datenerfassung
26.10. – 02.11.2012	Versand Erinnerungsschreiben
18.12.2012	Letzte Annahme von Fragebögen und Ende der Online-Beteiligung

Tabelle 3: Detaillierte Aufschlüsselung zum Rücklauf der Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“

	Anzahl
Stichprobe	**5000**
auswertbar davon Post davon Internet	1697 1490 207
leer	93
unzustellbar	210
fehlend	3000

Rücklauf und Repräsentativität

Unter Berücksichtigung der 210 sogenannten stichprobenneutralen Ausfälle, bei denen die Empfänger nicht erreichbar waren, sowie unter Beachtung nicht auswertbarer (leerer) Fragebögen, lagen insgesamt 1697 auswertbare Datensätze vor, wovon 1490 per Post eintrafen und 207 im Internet ausgefüllt wurden. Der Rücklauf zur Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“ betrug insgesamt 35 %, was für eine kommunale Befragung mit diesem Thema als gutes Ergebnis zu bewerten ist.

Erhöhung des Rücklaufs

In der Befragung zur Finanzpolitik wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um eine möglichst hohe Rücklaufquote zu erzielen. Das waren im Einzelnen:

- die relativ hohe Stichprobe im Umfang von 5000 Personen
- das persönlich gehaltene Anschreiben des Finanzbeigeordneten Herrn Bonew
- die Telefonhotline für Rückfragen beim Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
- der Pressebericht zu Umfragebeginn
- das Erinnerungsschreiben
- die parallele Durchführung der kommunalen Bürgerumfrage.

Anpassungsgewichtung

Die demografische Zusammensetzung der Personen, die den Fragebogen ausfüllten (Rücklauf), wich von der prozentualen Zusammensetzung der Bevölkerung Leipzigs (Grundgesamtheit) ab. Da zudem ein Teil der Befragten aus der Stichprobe nicht erreichbar war oder die Teilnahme an der Befragung verweigerte, lag das Problem fehlender Antworten vor (non response). Zudem besteht die Annahme, dass die Bereitschaft, sich an der Befragung zu beteiligen, mit bestimmten demografischen Merkmalen, wie zum Beispiel Bildung, korreliert. Daraus folgt, dass bestimmte soziale Gruppen im Rücklauf unter- oder überrepräsentiert sein können, was eine Verzerrung des Meinungsbilds zu Gunsten oder Ungunsten bestimmter sozialer Gruppen hervorrufen kann. Für die Auswertung der Befragung wurde daher eine Angleichung vorgenommen. Grundlage dieser als Gewichtung bezeichneten Anpassung ist die Struktur der Einwohner der Stadt Leipzig zum Stichtag der Stichprobenziehung.

Vergleich von Grundgesamtheit und Stichprobe

Tabelle 4 zeigt eine Gegenüberstellung der Zusammensetzung der Bevölkerung Leipzigs (Grundgesamtheit) zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung mit dem Rücklauf der Befragung (auswertbare Stichprobe) hinsichtlich der Merkmale Geschlecht und Alter. Daraus wird deutlich, dass die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung hinsichtlich der Merkmale Alter und Geschlecht im Großen und Ganzen der Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht. Unterschiede gibt es hingegen im Hinblick auf den Bildungsabschluss und das Einkommen.

Tabelle 4: Vergleich der Altersstrukturen von Grundgesamtheit und auswertbarer Stichprobe

	Grundgesamtheit in %			auswertbare Stichproben in %		
Alter	**männlich**	**weiblich**	**gesamt**	**männlich**	**weiblich**	**gesamt**
18 – 24	5	5	10	3	4	7
25 – 34	11	11	21	9	9	18
35 – 44	8	7	15	7	6	14
45 – 54	8	8	16	9	9	18
55 – 64	7	7	14	8	8	16
65 – 74	6	8	14	9	9	18
75 – 85	4	6	9	5	4	9
gesamt	**49**	**51**	**100**	**50**	**49**	**100**

Tabelle 5 zeigt die Unterschiede am Beispiel des Merkmals Bildung. So kommen in der auswertbaren Stichprobe mehr Personen mit Hochschul-/Universitätsabschluss sowie allgemeiner Hochschulreife vor, als deren Anteil in der Grundgesamtheit ausmacht. Personen mit höherem Bildungsabschluss haben den Fragebogen also häufiger ausgefüllt.

Anmerkungen zur Auswertung – Rundungsfehler

Die Grundlage der folgenden Auswertung sind sehr genaue Werte, welche oft mehrere Dezimalstellen enthalten. Um eine gute Lesbarkeit zu ermöglichen, handelt es sich bei den im Bericht angeführten Werten um Rundungen. Dabei werden in der Rundung auf ganze Zahlen nicht alle Nachkommastellen berücksichtigt. Dies kann in der Addition von gerundeten Einzelwerten dazu führen, dass leichte Abweichungen von 100 Prozent auftreten.

Tabelle 5: Vergleich der Bildungsabschlüsse in Grundgesamtheit und auswertbarer Stichprobe

Abschluss	Grundgesamtheit in %	auswertbare Stichproben in %
Hochschul-/Universitätsabschluss	14	24
Abgeschlossene Berufsausbildung, Teilfacharbeiter/-in	48	34
Allgemeine Hochschulreife	29	36

Analyse

Inhaltsverzeichnis Teil B – Analyse

1 Nachhaltige Stadtfinanzen 19
1.1 Relevanz des Themas 19
1.2 Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Leipzig 20
1.3 Die Strategien 20
1.4 Bewertung der Strategien 21

2 Die Kürzungsstrategie 23
2.1 Was ist die Kürzungsstrategie? 23
2.2 Auswertung 23
2.3 Detaillierte Auswertung der verschiedenen Kürzungsbereiche 27
2.3.1 Kürzungen im Bereich Leistungen der Ämter und städtischer Beratungsstellen 27
2.3.2 Kürzungen im Bereich Kultur 29
2.3.3 Kürzungen im Bereich Verkehr 31
2.3.4 Wirtschaft: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung 33
2.3.5 Sport: Sportstätten und Sportangebote 35
2.3.6 Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz 36
2.3.7 Soziales: Leistungen für bestimmte soziale Gruppen (Kinder, Senioren, sozial Benachteiligte) 38
2.4 Zwischenfazit Kürzungsstrategie – Kürzen oder nicht kürzen 40

3 Die Einnahmestrategie 41
3.1 Was ist die Einnahmestrategie? 41
3.2 Auswertung einzelner Bereiche zusätzlicher Einnahmen 41
3.2.1 Gebührenerhöhungen 42
3.2.2 Erhöhung von Eintritten und Tarifen 46
3.2.3 Anhebung kommunaler Steuern 48
3.3 Weitere Einnahmen 51
3.4 Zwischenfazit zur Einnahmestrategie 53

4 Die Wachstumsstrategie 55
4.1 Was ist die Wachstumsstrategie? 55
4.2 Auswertung einzelner Bereiche der Wachstumsstrategie 56
4.2.1 Wirtschaftsförderung 56
4.2.2 Auswirkungen auf Lebens- und Umweltqualität 57
4.3 Zwischenfazit 59

5 Die Entschuldungskonzeption 61

6 Verkauf von städtischen Unternehmen 64

7 Zusätzliche freiwillige Leistungen und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger 65
7.1 Zusätzliche, freiwillige Leistungen Leipziger Bürgerinnen und Bürger 65
7.2 Persönliche Bereitschaft zu einem zusätzlichen freiwilligen Beitrag 67

Anhang 70
Literaturverzeichnis 72
Abbildungsverzeichnis 73
Tabellenverzeichnis 74
Fragebogen 77

1 Nachhaltige Stadtfinanzen

1.1 Relevanz des Themas

Der Fragebogen wurde mit einer allgemeinen Frage zum Thema kommunale Finanzen und Generationengerechtigkeit eingeleitet. Damit sollte erfasst werden, inwiefern dies für die LeipzigerInnen ein Zukunftsthema darstellt. Die Frage „Für wie wichtig halten Sie es, dass die Stadt Leipzig schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunalen Haushaltsplanung berücksichtigt?“ beantworteten fast alle der Befragten. Außerdem halten 93 % der Befragten dies für sehr wichtig oder eher wichtig.

Tabelle 6: Für wie wichtig halten Sie es, dass die Stadt Leipzig schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunaln Haushaltsplanung berücksichtigt? (Angaben in %)

	sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	keine Angabe
gesamt	**62**	**31**	**5**	**1**	**1**
davon:					
männlich	61	32	5	1	1
weiblich	64	30	4	1	0
davon:					
18 bis 34 Jahre	67	30	2	0	1
35 bis 49 Jahre	63	31	5	1	0
50 bis 64 Jahre	60	33	6	1	0
65 bis 85 Jahre	59	32	6	2	0
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	63	32	4	1	0
Arbeitslose	58	29	10	1	2
Rentner / Pensionäre	58	33	7	2	1
Schüler und Studierende	62	36	1	0	2
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	64	28	6	2	0
800 bis unter 1400 Euro	61	35	4	0	0
1400 bis unter 2000 Euro	61	36	2	1	0
2000 Euro und mehr	66	27	5	1	0
davon:					
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	62	33	3	1	1
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	65	32	3	1	0
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	63	30	5	2	0

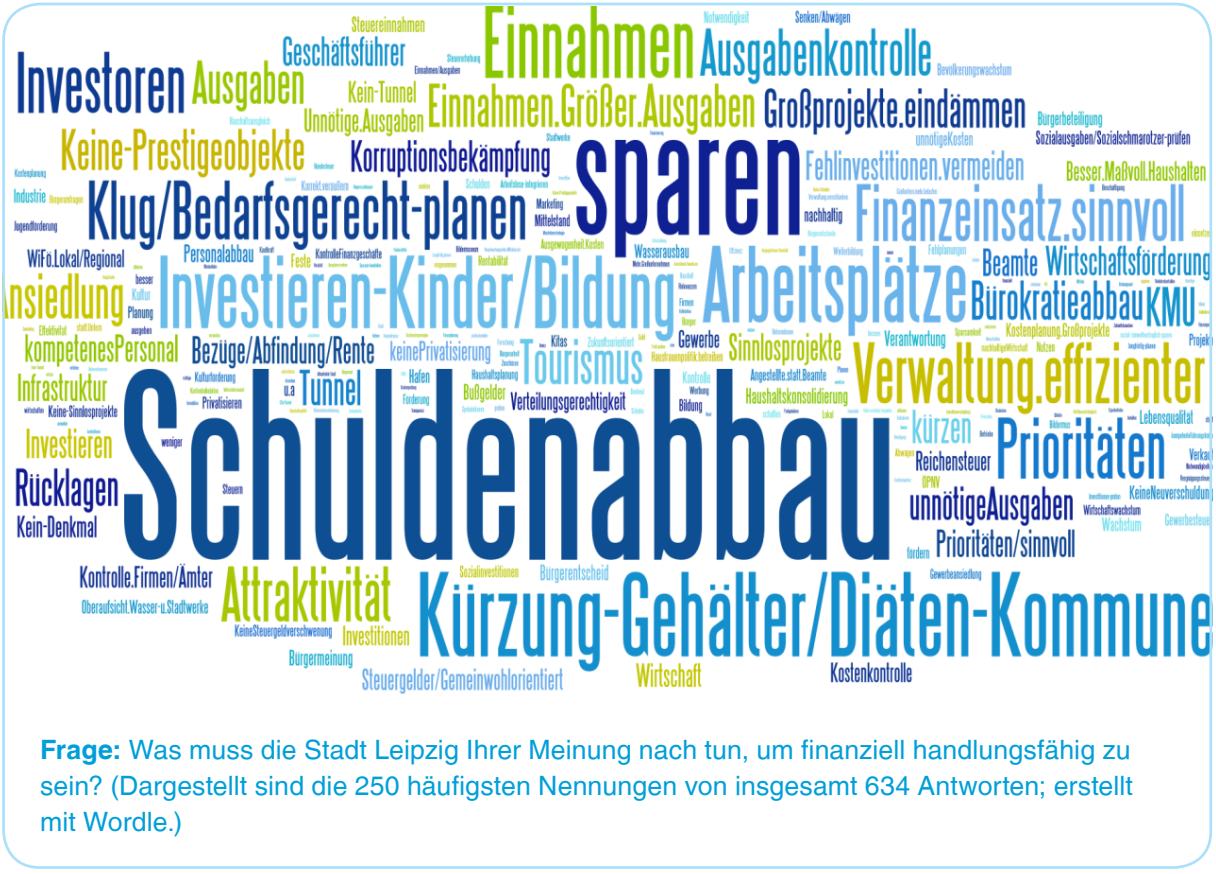
(Basis: alle Befragten)

Die Berücksichtigung zukünftiger Generationen in der aktuellen Haushaltsplanung ist vor allem für junge Menschen ein wichtiges Thema. Eine detaillierte Auswertung ergab, dass die 18- bis 24-Jährigen zu ganzen 100 % dies für ein wichtiges bzw. eher wichtiges Thema halten. Diese Gruppe fühlt sich hiervon offensichtlich besonders angesprochen, denn sie ist die Altersgruppe, die davon in Zukunft am längsten betroffen sein wird.

1.2 Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Leipzig

In der zweiten Frage sollten die Teilnehmer und Teinehmerinnen weiter an die Thematik herangeführt werden. In einer offenen Frage konnten die Bürgerinnen und Bürger angeben, was sie für die Erhaltung der finanziellen Handlungsfähigkeit als wichtig ansehen. Die Frage „Was muss die Stadt Leipzig Ihrer Meinung nach tun, um finanziell handlungsfähig zu sein?“ hat eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Nennungen erbracht. Die Nennungen reichen dabei von „Prioritäten“ über „Finanzeinsatz sinnvoll“ bzw. „klug/bedarfsgerecht planen“ bis hin zu „Ausgabenkontrolle“. Hiermit sind zugleich einige Prioritäten der Befragten benannt. Die häufigsten Nennungen lassen sich dabei unter den Oberbegriff „Schuldenabbau“ gruppieren. „Schuldenabbau“ kristallisiert sich damit als zentraler Begriff mit hoher Priorität heraus.

Abbildung 2: Wichtige Themen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger



Frage: Was muss die Stadt Leipzig Ihrer Meinung nach tun, um finanziell handlungsfähig zu sein? (Dargestellt sind die 250 häufigsten Nennungen von insgesamt 634 Antworten; erstellt mit Wordle.)

1.3 Die Strategien

Eine langfristige Haushaltskonsolidierung bzw. eine nachhaltige Finanzpolitik kann auf ganz unterschiedliche Art und Weise erreicht werden – etwa durch unterschiedliche Sparmaßnahmen bzw. Kürzungen, Erhöhungen von Steuern und Einnahmen oder auch Verkäufe von kommunalem Eigentum (vgl. Schwarting 2006). Einer Kommune stehen dabei unterschiedliche Mittel und Instrumente zur Verfügung, gleichwohl ist der kommunale Spielraum begrenzt und an politische Entscheidungen gebunden. Die einzelnen Maßnahmen besitzen dabei unterschiedliche Reichweiten und können auch gegenteilige Folgen haben. Viele der Maßnahmen sind Gegenstand öffentlicher, politischer und wissenschaftlicher Debatten und von daher dem breiten Publikum auch in gewissem Maße bekannt. Zudem spielten Fragen danach auch schon in der Leipziger Bürgerumfrage eine Rolle (vgl. Bürgerumfrage der Stadt Leipzig 2011). Um Aussagen über die langfristige Haushaltskonsolidierung bzw. kommunale Finanzpolitik treffen zu können, wurde bei der vorliegenden Befragung zunächst nicht nach einer Vielzahl einzelner Maßnahmen gefragt; es wurden vielmehr Strategien konzipiert. Diese Strategien bündeln einzelne damit verbundene Maßnahmen und stellen idealtypische Handlungs-

möglichkeiten dar, mit denen die Kommune auch zukünftigen finanziellen Herausforderungen begegnen kann. Für den Fragebogen wurden drei Strategien entwickelt: die Kürzungs-, die Einnahme- und die Wachstumsstrategie. Im Fragebogen wurden dafür kurze und prägnante Erklärungen formuliert, die wie folgt lauten:

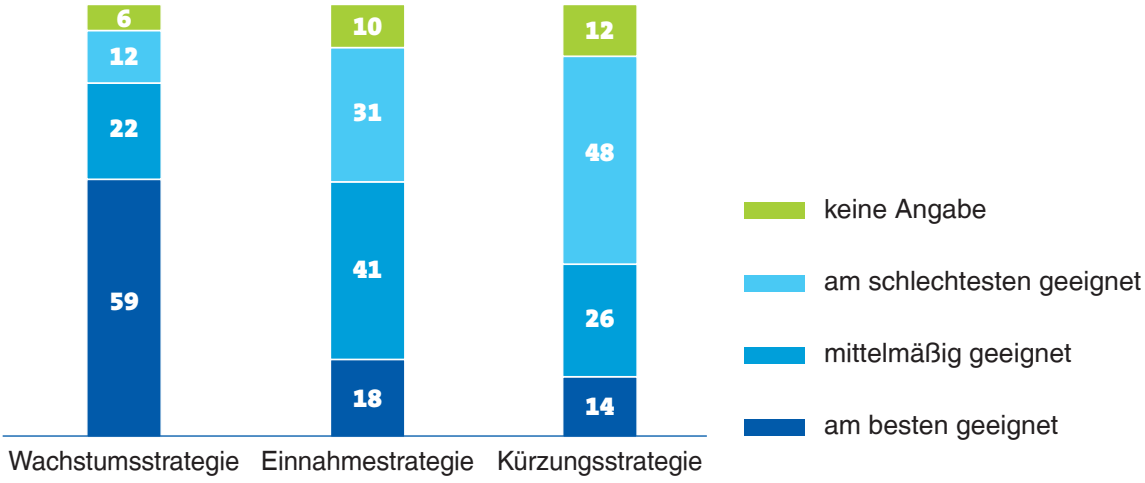
- **Die Kürzungsstrategie:** Die Stadt schränkt Leistungen, die sie bisher erbracht hat, ein oder streicht sie ganz; sie kürzt bzw. streicht Zuschüsse.
- **Die Einnahmestrategie:** Die Stadt setzt auf eine Erhöhung der Einnahmen, die sie direkt erhebt; das sind kommunale Tarife und Gebühren sowie Steuern.
- **Die Wachstumsstrategie:** Die Stadt schöpft alle Möglichkeiten der Förderung der lokalen Wirtschaft aus, auch wenn dies Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität in der Stadt haben könnte.

Ziel dieser Herangehensweise war es, herauszufinden, in welchen Bereichen die Bürgerinnen und Bürger Kürzungen, Einnahmen oder Wachstum stark zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. Hierzu wurden zu jeder der Strategien Fragenkomplexe aufgenommen, in denen jeweils mehrere Bereiche möglichen Handelns mit einer Reihe von Einzelfragen abgefragt wurden.

1.4 Bewertung der Strategien

Um die Meinung zu den Strategien differenziert erfassen zu können, wurde am Beginn des Fragebogens nach der Zustimmung zu den Strategien gefragt (Fragen 3 + 4). Die Befragten wurden aufgefordert, sich spontan zu den Strategien zu positionieren. Nach der differenzierten Abfrage der Strategien wurde die Frage ein zweites Mal gestellt (Fragen 8.1 + 8.2). Die Befragten sollten erneut ihre Meinung äußern, nachdem sie sich durch die Beantwortung einer Reihe von Einzelfragen ein differenzierteres Bild von den Strategien machen konnten. Es lässt sich keine Veränderung der Bewertung der Strategien im Verlauf der Beantwortung des Fragebogens feststellen. Die spontane Einschätzung am Anfang des Fragebogens ist praktisch identisch mit der Einschätzung nach der Beantwortung der Fragen zu den Strategien.

Abbildung 3: Rangfolge der Strategien (Angaben in %)



Frage: Wenn Sie zwischen den drei Strategien eine Rangfolge bilden müssten, welche Strategie wäre aus Ihrer Sicht am besten, mittelmäßig oder am schlechtesten geeignet? (Basis: alle Befragten; Tabelle 7 stellt den prozentualen Anteil der Antworten dar, mit denen die Befragten den Strategien zustimmen. Hierbei wurden die Antworten „unterstütze ich stark“ und „unterstütze ich eher“ sowie die Antworten zu „unterstütze ich eher nicht“ und „unterstütze ich gar nicht“ zusammengefasst.)

Die größte Unterstützung erhält die Wachstumsstrategie (66 %), die Einnahmestrategie unterstützen spontan 31 %, die Kürzungsstrategie 30 %. Die beiden Letzteren liegen damit in der Bewertung etwa gleichauf.

Tabelle 7: Für die Umsetzung der Ziele einer mittelfristigen Finanzpolitik bis 2020 kann die Stadt unterschiedliche Möglichkeiten verfolgen. Welche der Möglichkeiten unterstützen Sie ganz spontan stärker, welche weniger? (Angaben in %)

	Kürzungsstrategie		Einnahmestrategie		Wachstumsstrategie	
	Unterstütze ich sehr stark/ eher	Unterstütze ich eher nicht/ überhaupt nicht	Unterstütze ich sehr stark/ eher	Unterstütze ich eher nicht/ überhaupt nicht	Unterstütze ich sehr stark/ eher	Unterstütze ich eher nicht/ überhaupt nicht
gesamt	**30**	**64**	**31**	**64**	**66**	**31**
davon:						
männlich	33	63	33	63	70	28
weiblich	27	67	29	66	62	35
davon:						
18 bis 34 Jahre	36	62	37	61	63	36
35 bis 49 Jahre	28	64	25	65	66	32
50 bis 64 Jahre	28	69	35	62	68	29
65 bis 85 Jahre	25	65	21	71	69	27
darunter Stellung im Erwerbsleben:						
Erwerbstätige	33	64	33	64	67	32
Arbeitslose	16	75	19	75	55	44
Rentner / Pensionäre	27	64	23	68	68	28
Schüler und Studierende	29	68	46	52	61	38
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:						
unter 800 Euro	26	67	35	60	63	35
800 bis unter 1400 Euro	29	67	24	71	63	32
1400 bis unter 2000 Euro	32	64	38	59	69	29
2000 Euro und mehr	39	58	43	55	71	28

(Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch keine Angabe)

Anschließend sollten die Befragten aus den drei Strategien eine Rangfolge bilden und angeben, welche Strategie sie für am besten geeignet, mittelmäßig geeignet oder am schlechtesten geeignet halten. Dabei meinen fast 59 % der Befragten, dass die Wachstumsstrategie am besten geeignet sei. Obwohl die Zustimmung zur Einnahme- und zur Kürzungsstrategie vergleichsweise gering ist, kann nicht von einer gänzlichen Ablehnung dieser Strategien gesprochen werden.

Betrachtet man, welche Personen die jeweilige Strategie unterstützen, zeigen sich Unterschiede in der Zustimmung vor allem beim Alter, bei der Stellung im Erwerbsleben und dem persönlichen Nettoeinkommen. Auch hinsichtlich des Geschlechts gibt es Unterschiede. Männer stimmen mit 70 % der Wachstumsstrategie etwas häufiger zu als Frauen (62 %). Altersunterschiede bestehen bei allen Strategien: Die Einnahmestrategie wird von Jüngeren (18 bis 34 Jahre) etwas häufiger unterstützt (37 %) als von Älteren (65 bis 85 Jahre; 21 %). Die Wachstumsstrategie wird demgegenüber von Jüngeren etwas häufiger abgelehnt (36 %) als von Älteren (27 %). Auch bezüglich der Stellung im Erwerbsleben bestehen Unterschiede. Bei Erwerbstätigen, Studierenden und Rentnern/Pensionären liegt die Zustimmung zur Kürzungsstrategie bei rund 30 %; Arbeitslose unterstützen die Kürzungsstrategie mit 16 % am wenigsten. Man kann dies so interpretieren, dass sich diese Gruppe durch Kürzungen besonders betroffen fühlt. Diese Interpretation kann auch für die geringe Zustimmung von Arbeitslosen zur Einnahmestrategie (19 %) herangezogen werden. Bei steigendem persönlichem Nettoeinkommen der Befragten zeichnet sich eine höhere Zustimmung zu allen drei Strategien ab.

2 Die Kürzungsstrategie

2.1 Was ist die Kürzungsstrategie?

Die Kürzungsstrategie umfasst die Kürzung kommunaler Leistungen. Dies kann entweder bedeuten, dass die Stadt Leistungen einschränkt, die sie bisher erbracht hat, oder dass sie diese ganz streicht.

2.2 Auswertung

Tabelle 8 zeigt die Bewertung der Kürzungsstrategie durch verschiedene Teilgruppen. Die Befragten sollten angeben, ob sie die Kürzungsstrategie als „am besten geeignet", „mittelmäßig geeignet" oder „am schlechtesten geeignet" bewerten. Die Kürzungsstrategie erhält die geringste Zustimmung. Nur 14 % der Befragten sind der Meinung, diese Strategie sei am besten geeignet. Dies ist sowohl bei der Abfrage zu Beginn des Fragebogens, als auch am Ende des Fragebogens der Fall (12 %). Dabei lehnen Jüngere die Kürzungsstrategie etwas häufiger ab als Rentner und Pensionäre. So sind 50 % der 18- bis 34-Jährigen der Meinung, die Kürzungsstrategie sei am schlechtesten geeignet, bei den 65- bis 85-Jährigen sind es lediglich 39 %.

Tabelle 8: Wie geeignet ist die Kürzungsstrategie? (Angaben in %)

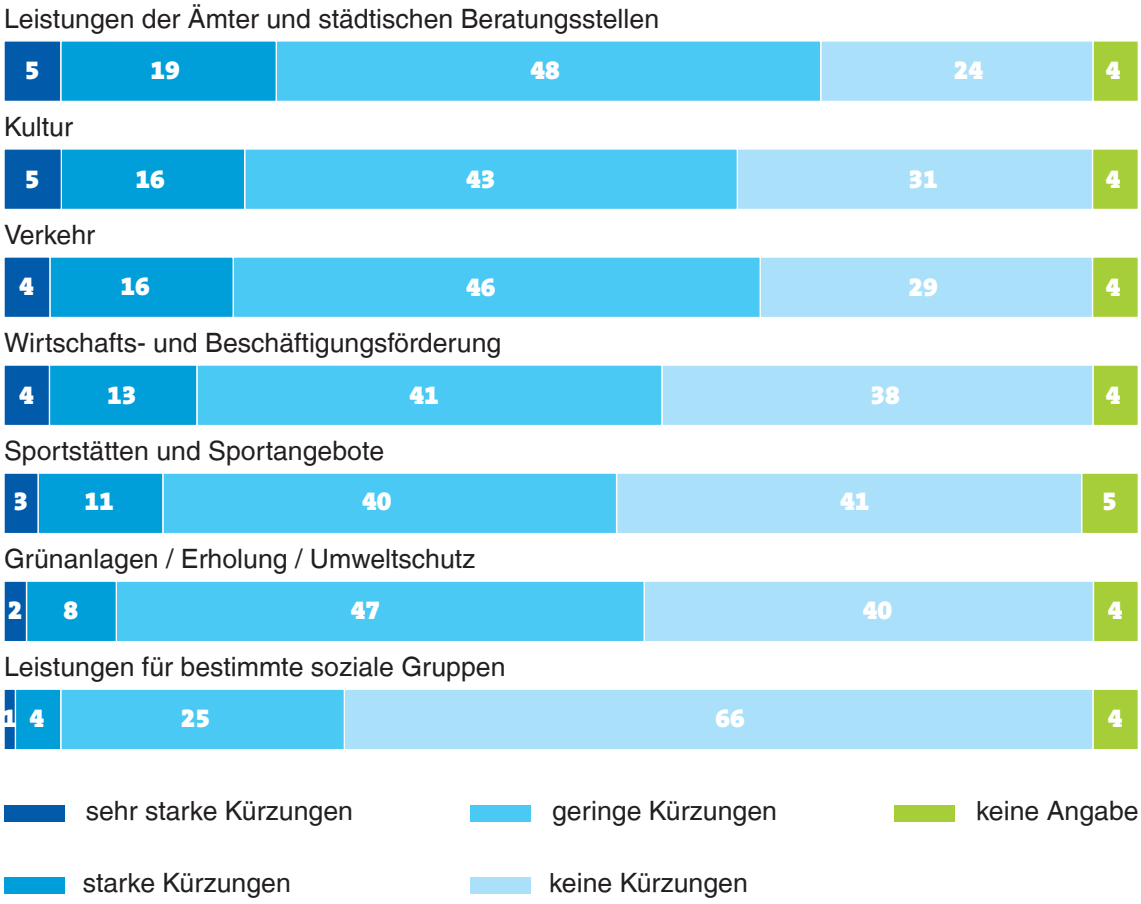
	ist am besten geeignet	ist mittel-mäßig geeignet	ist am schlechtesten geeignet	keine Angabe
gesamt	**14**	**26**	**48**	**12**
davon:				
männlich	15	28	46	11
weiblich	14	26	51	10
davon:				
18 bis 34 Jahre	19	28	50	3
35 bis 49 Jahre	16	28	49	6
50 bis 64 Jahre	9	27	50	13
65 bis 85 Jahre	12	23	39	22
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	17	31	48	5
Arbeitslose	4	24	51	20
Rentner / Pensionäre	12	23	44	21
Schüler und Studierende	16	23	61	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	12	23	52	13
800 bis unter 1400 Euro	14	28	46	12
1400 bis unter 2000 Euro	20	25	49	5
2000 Euro und mehr	15	33	47	4

(Basis: alle Befragten)

Altersunterschiede treten bei einer weiteren Unterteilung der Altersgruppen noch stärker hervor. Eine Detailauswertung ergab, dass eine Mehrheit von 56 % der 18- bis 24-Jährigen die Kürzungsstrategie als am schlechtesten geeignet bewertet, während der Anteil in der Gruppe der 75- bis 85-Jährigen bei 39 % liegt. Des Weiteren werden Unterschiede in der Bewertung der Kürzungsstrategie im Hinblick auf die Einkommen deutlich. Personen mit höherem Einkommen bewerten die Kürzungsstrategie häufiger als nur „mittelmäßig geeignet" als Personen mit geringerem persönlichem Einkommen.

Im Folgenden wurde nach verschiedenen kommunalen Bereichen bzw. Leistungen gefragt, in denen Kürzungen möglich sind. Die Teilnehmenden sollten auf einer 4-stufigen Skala von 1 „sehr starke Kürzungen“, 2 „starke Kürzungen“, 3 „geringe Kürzungen“ sowie 4 „keine Kürzungen“ ihre Meinung zur Höhe der Kürzungen äußern.

Abbildung 4: Kürzungen in verschiedenen Bereichen (Angaben in %)



Frage: Bitte geben Sie an, wie stark die Kürzungen Ihrer Meinung nach in den folgenden Bereichen ausfallen können. (Basis: alle Befragten)

Die Übersicht in Abbildung 4 zeigt, dass es über die verschiedenen Bereiche hinweg wenig Zustimmung für sehr starke bzw. starke Kürzungen gibt. Geringe Kürzungen werden dagegen in fast allen Bereichen von jeweils fast der Hälfte der Befragten unterstützt, mit Ausnahme der „Leistungen für bestimmte soziale Gruppen“. Bei den hier nicht gelisteten Antworten der Kategorie „Sonstiges“ sind „Personalabbau“ oder „Bürokratieabbau“ häufige Nennungen. Ordnet man diese dem Bereich „Ämter“ zu, würde dies die Akzeptanz zu Kürzungen im Bereich Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen weiter leicht erhöhen. Die Schaubilder auf den beiden folgenden Seiten geben einen Überblick über die Zustimmung zu bzw. Ablehnung von Kürzungen.

Zustimmung zu Kürzungen

Ämter

Beratungsstellen

77 % stimmen einer Zusammenlegung von Beratungsstellen zu

55 % stimmen reduzierten Öffnungszeiten von Beratungsstellen zu

42 % befürworten eine Schließung von Beratungsstellen (Stadtbüro, Familieninfobüro, Stadtteilläden)

Bürgerämter

18 % stimmen einer Schließung von Bürgerämtern zu

Kultur

Zusammenlegung

40 % sind für die Zusammenlegung großer städtischer Kulturhäuser

Festivals

40 % stimmen für die Verringerung der Zahl von Festivals

Eintritte

40 % stimmen der Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise zu

Zuschüsse

40 % sind für die Verringerung von Zuschüssen an freie Träger im Kulturbereich

Wirtschaft

Unternehmen

62 % stimmen Kürzungen bei der Beratung von Unternehmen zu

Neue Gewerbestandorte

43 % sind für die Verringerung von Investitionen in neue Gewerbestandorte

Beschäftigungsförderung

42 % der Befragten akzeptieren Einsparungen im Bereich der Beschäftigungsförderung

Soziales

Im Bereich Soziales wird Kürzungen sehr selten zugestimmt

Projekte

33 % der Befragten sind für Kürzungen in Form der Streichung von Projekten zur Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen (z. B. Suchtkranke, Wohnungslose)

Grün

Gewässerausbau

41 % stimmen dem Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Gewässer zu

Lärmschutz

Rund ein Drittel der Befragten spricht sich für Kürzungen im Bereich Lärmschutz aus (z. B. weniger Austausch stark lärmverursachender Straßenbeläge)

Sport

Die Akzeptanz von Kürzungen im Bereich Sport ist insgesamt gering

Eintrittspreise

Knapp ein Drittel der Befragten stimmt der Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise für Freibäder oder Schwimmbäder zu

Verkehr

Straßensanierung

Ein Drittel der Befragten stimmt einer weiteren zeitlichen Streckung der Sanierung des Hauptstraßennetzes zu

Ablehnung von Kürzungen

Ämter

Schließung

77 % sind gegen die Schließung von Bürgerämtern

Zwei Drittel der Befragten sind gegen reduzierte Öffnungszeiten bei Ämtern und Bürgerämtern

Kultur

Über 80 % sind gegen die Schließung großer städtischer Kulturhäuser wie Oper, Gewandhaus oder Museen

Rund 60 % lehnen die Reduzierung der Zahl von Festivals ab

Sport

Schließung

Rund 90 % sind gegen die Schließung von Schwimmbädern oder Sportanlagen

Eintritte

Über zwei Drittel der Befragten lehnen die Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise bei Bädern ab

Soziales

Fast 90 % stehen der Schließung von Jugendfreizeittreffs ablehnend gegenüber

Über 80 % möchten weder Kürzungen der Zuschüsse für Kitas oder Schülerbeförderung, noch eine Schließung von Seniorenbegegnungsstätten

Zwei Drittel der Befragten lehnen Kürzungen für sozial Benachteiligte oder eine Abschaffung des Leipzig-Passes ab

Grün

Grünflächenpflege

86 % sind gegen die Verringerung der Pflege öffentlicher Grünanlagen

Sauberkeit

Mehr als zwei Drittel der Befragten sind gegen Kürzungen in den Bereichen Straßenreinigung und Lärmschutz und möchten nicht auf neue Grünflächen verzichten

Verkehr

ÖPNV

74 % lehnen die Verringerung der Taktfrequenzen im ÖPNV ab

67 % sind gegen die Streichung einzelner Linien

Straßen- und Wegenetz

Knapp 70 % lehnen einen Verzicht auf den weiteren Ausbau von Rad- und Gehwegen ab

60 % sind gegen eine zeitliche Streckung der Sanierung des Hauptstraßennetzes

54 % wollen nicht auf den Neubau von Haupt-/Entlastungsstraßen verzichten

Wirtschaft

Standortwerbung

65 % sind gegen Einsparungen bei der Standortwerbung für Leipzig als Wirtschaftsstandort

Weiterbildung

63 % sind gegen Einsparungen im Bereich Weiterbildungen für Arbeitnehmer

2.3 Detaillierte Auswertung der verschiedenen Kürzungsbereiche

2.3.1 Kürzungen im Bereich Leistungen der Ämter und städtischer Beratungsstellen

Tabelle 9 zeigt die Zustimmung in verschiedenen demografischen Gruppen zu Kürzungen der Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen. Etwa ein Viertel der Befragten (24 %) stimmt Kürzungen im Bereich Ämter zu; junge Befragte stimmen dabei häufiger für Kürzungen als Ältere. Die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen stimmt Kürzungen im Bereich Ämter mit 35 % fast doppelt so oft zu wie die Gruppe der über 50-Jährigen (19 %). 36 % der Schüler und Studierenden stimmen Kürzungen im Bereich Ämter zu. Rentner/Pensionäre (17 %) und Arbeitslose (13 %) stehen Kürzungen in diesem Bereich eher skeptisch gegenüber. Folgende Erklärungen bieten sich an: Jüngere haben insgesamt seltener mit Ämtern zu tun als Ältere. Hinzu kommt, dass Jüngere eine größere Affinität zu Online-Angeboten haben.

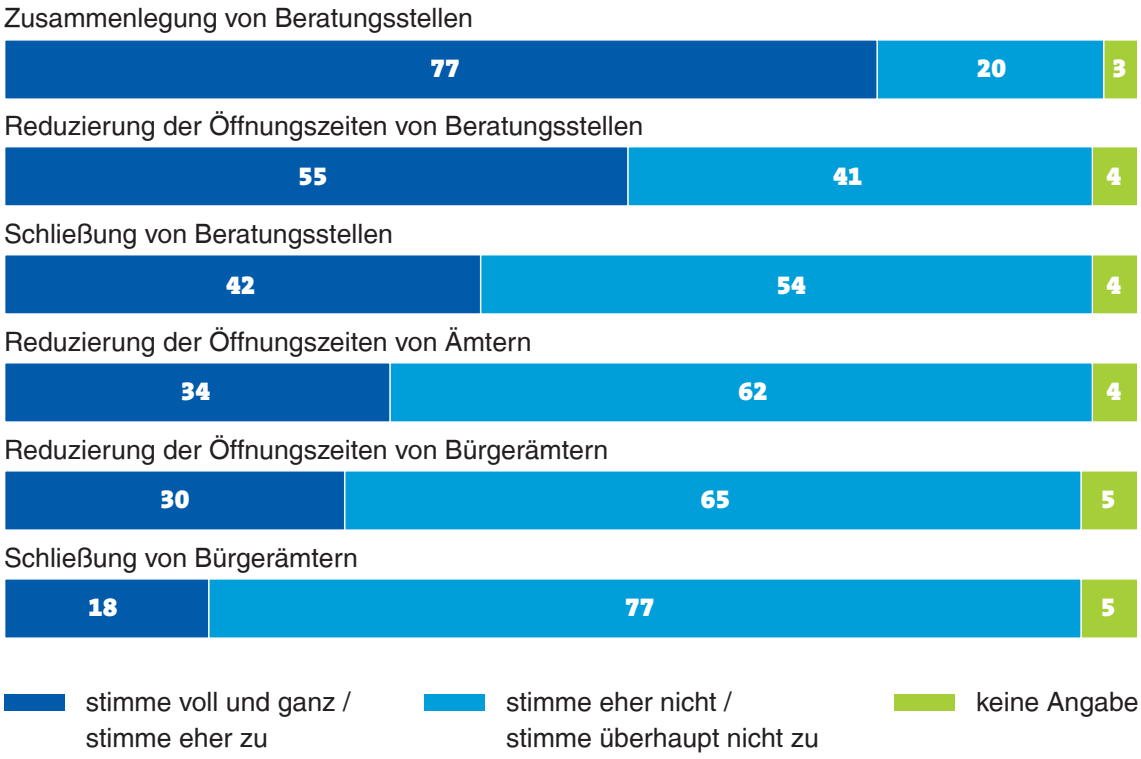
Tabelle 9: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen ausfallen können. (Angaben in %)

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**5**	**19**	**48**	**24**	**4**
davon:					
männlich	5	22	46	24	3
weiblich	5	17	51	23	4
davon:					
18 bis 34 Jahre	7	28	46	18	1
35 bis 49 Jahre	4	18	52	22	3
50 bis 64 Jahre	4	15	51	27	3
65 bis 85 Jahre	5	14	46	27	8
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	5	22	51	20	2
Arbeitslose	3	10	49	36	1
Rentner / Pensionäre	4	13	47	29	8
Schüler und Studierende	6	30	45	19	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	5	16	43	31	3
800 bis unter 1400 Euro	4	19	49	23	4
1400 bis unter 2000 Euro	4	24	52	18	2
2000 Euro und mehr	8	25	53	13	2

(Basis: alle Befragten)

Abbildung 5 zeigt die Zustimmung der Befragten zu möglichen Kürzungen im Bereich der Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen (ohne Differenzierung demografischer Gruppen). Dabei wurden die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ zusammengefasst. Insgesamt zeigen sich bei der Zustimmung zu Kürzungen im Bereich Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen Unterschiede beim Alter, bei der Bildung und beim Einkommen. Mit dem Alter sinkt die Zustimmung zu Kürzungen. Vor allem junge Befragte in der Gruppe von 18 bis 34 Jahren, Hochschul- oder Universitätsabsolventen sowie Befragte in der Einkommensgruppe ab 2000 Euro stimmen Kürzungen in diesem Bereich zu. Die höchste Zustimmung zu Kürzungen im Bereich Ämter besteht mit 77 % bei der Zusammenlegung von Beratungsstellen (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Kürzungen im Bereich Ämter und städtische Beratungsstellen (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Einer Reduzierung der Öffnungszeiten von Bürgerämtern stimmen lediglich 30 % der Befragten zu. Jüngere stimmen dem häufiger zu als Ältere. Mit 38 % liegt die Zustimmung bei den 18- bis 34-Jährigen leicht über dem Durchschnitt, während in der Gruppe der über 50-Jährigen lediglich 26 % einer Reduzierung der Öffnungszeiten von Bürgerämtern zustimmen. Bei der Zustimmung zu Kürzungen spielt auch der Bildungsgrad der Befragten eine Rolle. Hochschul- und Universitätsabsolventen stimmen Kürzungen in diesem Bereich häufiger zu (44 %) als der Durchschnitt (30 %). Auch hinsichtlich des Einkommens treten Meinungsunterschiede auf: Während in der Gruppe mit Einkommen von unter 1400 Euro 29 % der Befragten zustimmen, sind es in der Gruppe mit Einkommen von über 2000 Euro bereits 39 %. Ähnliche Differenzen hinsichtlich des Alters und des Einkommens zeigen sich in Bezug auf die Reduzierung der Öffnungszeiten von Ämtern (z. B. Sozialamt, Ordnungsamt), welcher insgesamt 34 % der Befragten zustimmen. Einer Schließung von Beratungsstellen stimmen 42 % der Befragten zu, dabei steigt die Zustimmung deutlich mit dem Einkommen an. 52 % der Befragten in der Einkommensgruppe von 2000 Euro und mehr sind für eine Schließung von Beratungsstellen, während es in der Gruppe mit Einkommen von unter 800 Euro 36 % sind. Dementsprechend ist auch die Zustimmung bei der Gruppe der Arbeitslosen mit 27 % gering. Zwischen den verschiedenen Altersgruppen gibt es hierbei keine relevanten Meinungsunterschiede. Im Gegensatz zur verhältnismäßig hohen Zustimmung zur Schließung von Beratungsstellen (42 %) fällt die Zustimmung zur Schließung von Bürgerämtern mit lediglich 18 % relativ gering aus. Unterschiede treten hierbei vor allem in Bezug auf das Alter auf. Nur 12 % der Gruppe der über 50-Jährigen stimmen zu, während es bei den 35- bis 49-Jährigen schon 16 % sind und bei den 18- bis 34-Jährigen ganze 30 %. Auch hier steigt die Zustimmung mit dem Einkommen leicht an. Die Befragten in der Gruppe mit einem Einkommen von über 2000 Euro akzeptieren zu 28 % Kürzungen in Form einer Schließung von Bürgerämtern, in der Gruppe mit einem Einkommen von 800 bis unter 1400 Euro sind es demgegenüber lediglich 17 %.

2.3.2 Kürzungen im Bereich Kultur

Die Befragten setzen zwar den Bereich Kultur an zweite Stelle für mögliche Kürzungen (Abb. 4), allerdings ist die Zustimmung zu konkreten Maßnahmen gering. Eine Minderheit von 21 % der Befragten kann sich sehr starke oder starke Kürzungen in diesem Bereich vorstellen. Tabelle 10 zeigt, wie stark Kürzungen im Bereich Kultur nach Meinung verschiedener demografischer Gruppen ausfallen können. Die Befragten konnten angeben, ob Kürzungen im Bereich Kultur sehr stark, stark oder gering ausfallen sollten bzw. ob keine Kürzungen erfolgen sollen. Männer stimmen häufiger für starke oder sehr starke Kürzungen (28 %) als Frauen (16 %). Auch bezüglich des Alters, der Stellung im Erwerbsleben und des persönlichen Nettoeinkommens gibt es Unterschiede.

Tabelle 10: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Kultur ausfallen können. (Angaben in %)

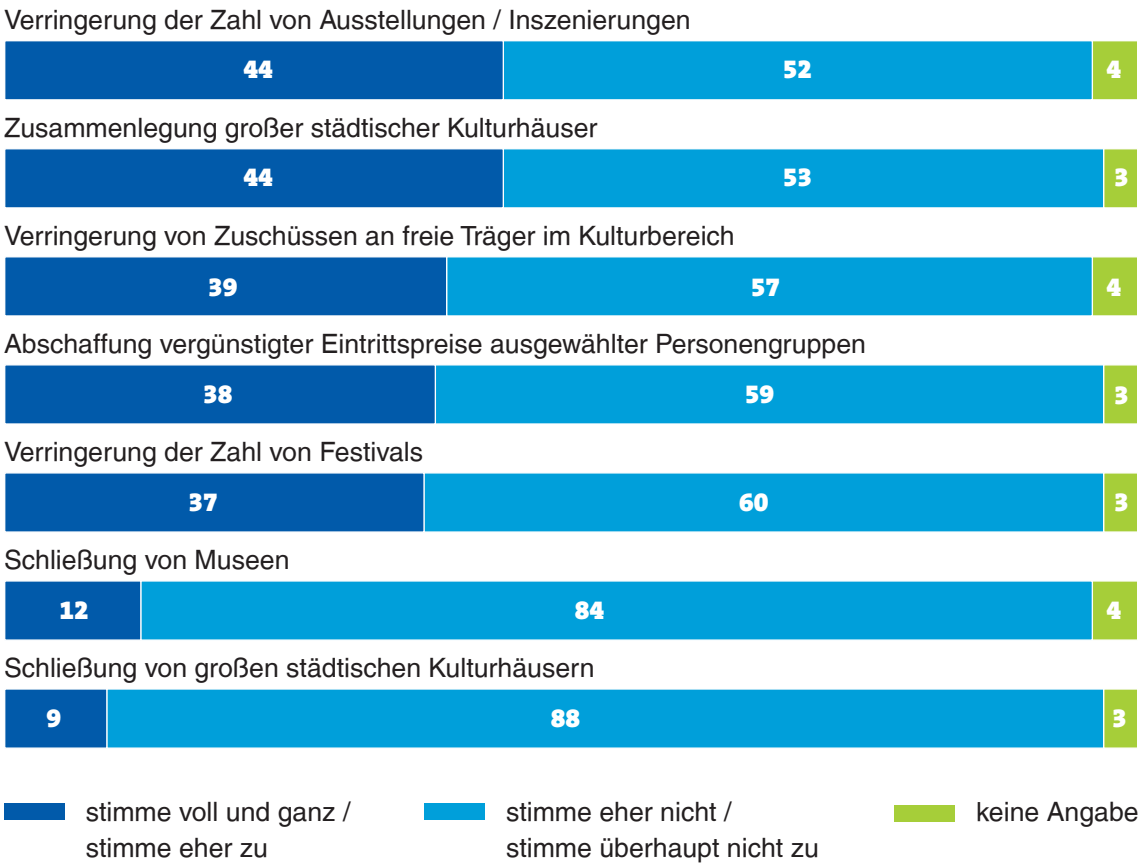
	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**5**	**16**	**43**	**31**	**4**
davon:					
männlich	6	22	40	30	2
weiblich	5	11	48	33	4
davon:					
18 bis 34 Jahre	5	21	40	33	1
35 bis 49 Jahre	8	16	45	27	4
50 bis 64 Jahre	3	16	49	29	3
65 bis 85 Jahre	4	11	43	37	6
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	6	18	46	28	2
Arbeitslose	7	16	33	41	2
Rentner / Pensionäre	5	11	44	34	6
Schüler und Studierende	0	22	33	45	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	5	14	43	34	4
800 bis unter 1400 Euro	5	15	45	31	4
1400 bis unter 2000 Euro	5	18	44	31	2
2000 Euro und mehr	6	22	44	24	3

(Basis: alle Befragten)

Wenig überraschend ist, dass Befragte mit höherem Nettoeinkommen sehr starken oder starken Kürzungen häufiger zustimmen als Befragte mit geringerem Nettoeinkommen. Diese lehnen Kürzungen und Streichungen im Kulturbereich eher ab. Insgesamt stimmen auch Jüngere häufiger Kürzungen in diesem Bereich zu. Bei den 18- bis 34-Jährigen sind es 26 %, während es bei den 65- bis 85-Jährigen nur 15 % sind. Hierbei bildet die Gruppe der Schüler und Studierenden eine Ausnahme, denn diese lehnen Kürzungen im Bereich Kultur am häufigsten ganz ab (45 %).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass starken und sehr starken Kürzungen im Bereich Kultur eher selten zugestimmt wird. Das Meinungsbild zu Kürzungen in diesem Bereich fällt in den einzelnen Punkten differenziert aus. Während in einigen Fragen (z. B. Zusammenlegung großer städtischer Kulturhäuser oder Verringerung der Zahl der Inszenierungen) mit steigendem persönlichem Nettoeinkommen Tendenzen steigender Zustimmung zu Kürzungen zu beobachten sind, gibt es auch Punkte, in denen sich die Befragten einig sind. Das betrifft in erster Linie die Schließung von Museen und großen städtischen Kulturhäusern, die von großen Mehrheiten quer durch alle Gruppen abgelehnt werden.

Abbildung 6: Kürzungen im Bereich Kultur (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Kultur stimmen Sie zu, welchen nicht?
(Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst).

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn nach graduellen Kürzungen in Form einer Reduzierung des Angebots gefragt wird. So stimmen z. B. 44 % der Befragten der Verringerung der Zahl von Ausstellungen/Inszenierungen zu. Hier zeigen sich lediglich Differenzen beim Alter: Ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen ist hier für Kürzungen, während es bei allen anderen Altersgruppen rund 45 % sind. Eine Verringerung der Zahl von Festivals können sich 37 % der Befragten vorstellen, ohne dass es Unterschiede zwischen Alter und Geschlecht gibt. Etwas differenzierter ist das Meinungsbild bei der Frage nach der Zusammenlegung großer städtischer Kulturhäuser. Mit 44 % stimmt hier ein vergleichsweise großer Teil der Befragten Kürzungen zu. Dabei zeichnen sich Unterschiede vor allem hinsichtlich des persönlichen Nettoeinkommens ab. Eine Mehrheit der Befragten in der Einkommensgruppe ab 2000 Euro (59 %) ist für Zusammenlegungen, bei allen anderen Einkommensgruppen liegt die Zustimmung zwischen 40 und 45 %. Ein relativ großer Teil der Befragten (39 %) befürwortet die Verringerung von Zuschüssen an freie Träger im Kulturbereich.

Insgesamt 38 % der Befragten sind für die Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise für ausgewählte Personengruppen. Hier besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Einkommen und der Zustimmung: 29 % der Befragten in der Einkommensgruppe unter 800 Euro sind dafür, die Zustimmung steigt bei den Befragten in der nächsten Einkommensgruppe (800 bis unter 1400 Euro) dann auf 41 % und beträgt in der höchsten (2000 Euro und mehr) 50 %. Der maßgebliche Einfluss der eigenen finanziellen Möglichkeiten auf die Zustimmung zur Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise bestätigt sich beim Blick auf die Stellung im Erwerbs- und Berufsleben. Lediglich jeweils ca. ein Viertel der Arbeitslosen (22 %), Auszubildenden (25 %) oder Schüler und Studierenden (26 %) akzeptiert Kürzungen.

Große Einigkeit herrscht dagegen beim Thema Schließungen: Sie werden durch die große Mehrheit abgelehnt, nur eine kleine Minderheit von 9 % der Befragten akzeptiert die Schließung der städtischen Kulturhäuser, nur unwesentlich höher fällt die Zustimmung zur Schließung von Museen aus (12 %).

2.3.3 Kürzungen im Bereich Verkehr

Auch im Bereich Verkehr ist die Zustimmung zu Kürzungen eher gering; lediglich 20 % der Befragten stimmen hier sehr starken oder starken Kürzungen zu. Tabelle 11 zeigt das Meinungsbild zu Kürzungen im Bereich Verkehr bei unterschiedlichen demografischen Teilgruppen. Jüngere stimmen Kürzungen im Bereich Verkehr etwas häufiger zu. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der jungen Altersgruppen wie auch bei der Differenzierung nach der Stellung im Erwerbsleben (Schüler und Studierende versus Rentner/Pensionäre). Im Bereich Verkehr genießt das Thema ÖPNV einen vergleichsweise hohen Stellenwert, insbesondere bei Jüngeren (Schülern und Studierenden). Für das Meinungsbild beim Thema ÖPNV scheinen nicht vorrangig Alterseffekte entscheidend zu sein, sondern die jeweilige Erwerbsstellung. Es kann vermutet werden, dass diese mit Nutzungsprioritäten verschiedener Mobilitätsformen zusammenhängt.

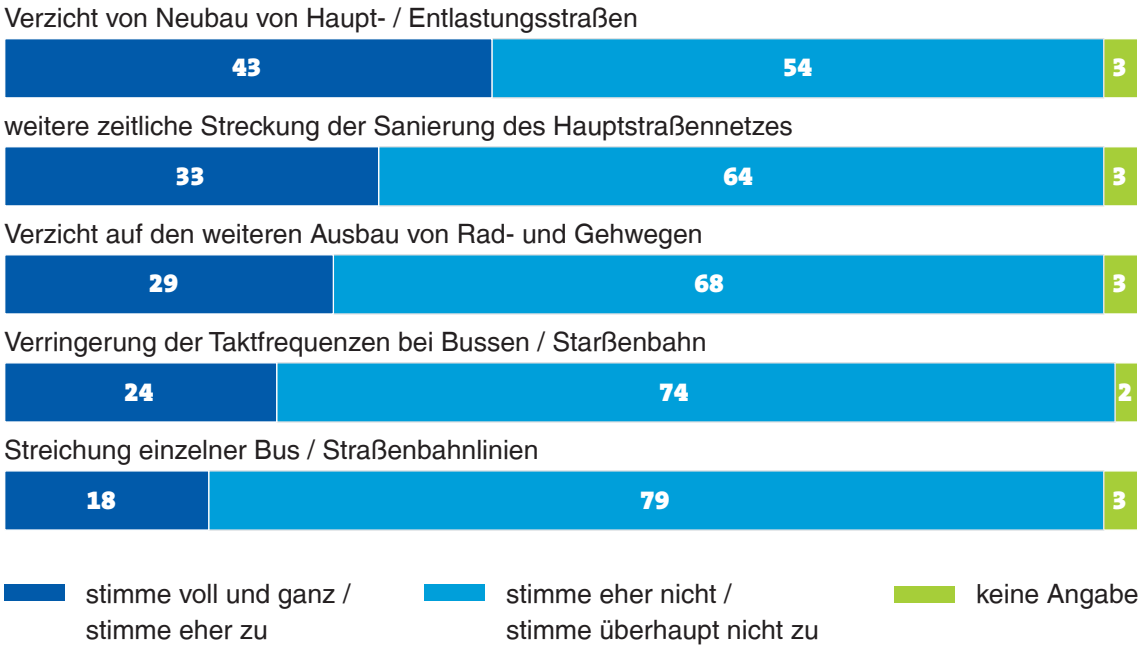
Tabelle 11: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Verkehr ausfallen können. (Angaben in %)

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**4**	**16**	**46**	**29**	**4**
davon:					
männlich	4	16	47	30	3
weiblich	4	17	47	28	4
davon:					
18 bis 34 Jahre	6	30	41	23	1
35 bis 49 Jahre	5	16	53	23	3
50 bis 64 Jahre	3	11	49	32	5
65 bis 85 Jahre	1	6	47	39	6
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	4	19	49	26	2
Arbeitslose	4	15	46	30	4
Rentner / Pensionäre	2	6	47	39	6
Schüler und Studierende	7	31	45	18	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	3	19	47	27	4
800 bis unter 1400 Euro	3	14	47	33	3
1400 bis unter 2000 Euro	4	16	52	25	3
2000 Euro und mehr	6	20	48	23	3

(Basis: alle Befragten)

Weitere Unterschiede zeigen sich im Bereich der Kürzungen beim Neubau von Haupt-/ Entlastungsstraßen sowie bei einer weiteren zeitlichen Streckung der Sanierung des Hauptstraßennetzes. Bei der Betrachtung der Unterschiede bezüglich des Alters und der Bildung der Befragten zeigt sich, dass Jüngere sowie Schüler und Studierende Kürzungen in diesem Bereich eher zustimmen. Auch im Bereich Verkehr wurde zu konkreten Kürzungen gefragt. Abbildung 7 zeigt die Zustimmung zu möglichen Kürzungen im Bereich Verkehr.

Abbildung 7: Kürzungen im Bereich Verkehr (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Verkehr stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst).

Dem Verzicht auf Neubau von Haupt-/Entlastungsstraßen stimmen 43 % der Befragten zu. Die Zustimmung sinkt dabei mit dem Alter – von 52 % in der Gruppe 18 bis 34 Jahre auf 36 % bei den 65- bis 85-Jährigen. Dies bestätigt sich beim Blick auf die Stellung im Erwerbsleben. Schüler und Studierende stimmen dem Verzicht auf den Neubau von Haupt- und Entlastungsstraßen häufiger zu (56 %) als Erwerbstätige (47 %), Arbeitslose (41 %) oder Rentner/Pensionäre (37 %). Die Höhe des persönlichen Einkommens spielt hier allerdings keine Rolle.

Ähnliches zeigt sich in der Zustimmung zur weiteren zeitlichen Streckung der Sanierung des Hauptstraßennetzes, der insgesamt 33 % der Befragten zustimmen. Auch hier nimmt die Zustimmung mit steigendem Alter der Befragten ab. Einkommenseffekte sind hierbei nicht erkennbar. 44 % der Befragten in der Einkommensgruppe ab 2000 Euro sind dafür, bei der Gruppe mit Einkommen von unter 800 Euro sind es mit 36 % nicht wesentlich weniger. Demgegenüber ist die Zustimmung in den Einkommensgruppen dazwischen mit 30 % am geringsten. Auch der Bildungsgrad spielt eine Rolle: 48 % der Hochschulabsolventen sind dafür und damit 15 % mehr als im Durchschnitt. Möglicherweise resultieren diese Unterschiede aus unterschiedlichen Präferenzen bei der eigenen Mobilität. Verhältnismäßig wenig Befragte (29 %) sind für einen Verzicht auf den weiteren Ausbau von Rad- und Gehwegen. Die Zustimmung steigt auch hier mit steigendem Einkommen leicht an.

Etwas niedriger fällt mit 24 % die Zustimmung zur Verringerung der Taktfrequenzen bei Bussen und Straßenbahnen aus. Sie variiert zwar zwischen den Altersgruppen, allerdings scheinen das keine Alterseffekte zu sein, sondern soziale Differenzen, die mit der Stellung im Erwerbsleben und dem Einkommen zusammenhängen. Erwerbstätigen sind mit 28 % für eine Verringerung der Taktfrequenzen, Schüler und Studierende mit 24 % und Rentner/ Pensionäre mit 17 %.

Am geringsten ist mit 18 % die Zustimmung zur Streichung einzelner Bus- und Straßenbahnlinien. Die Zustimmung steigt auch hier leicht mit dem persönlichen Nettoeinkommen. In der höchsten Einkommensgruppe liegt sie bei 34 %, in den unteren Einkommensgruppen bei 17 bis 20 %.

2.3.4 Wirtschaft: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

Die Zustimmung zu Kürzungen in diesem Bereich ist im Vergleich zu anderen Bereichen kommunalen Handelns mit 17 % eher gering; die Mehrheit der Befragten lehnt hier Kürzungen ab. Dies hängt offensichtlich damit zusammen, dass die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung als entscheidend für die Verfolgung der Wachstumsstrategie angesehen wird. Dies erklärt auch die Akzeptanz von Kürzungen bei den 18- bis 34-Jährigen, die weniger auf die Wachstumsstrategie setzen als die Älteren.

Tabelle 12: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ausfallen können. (Angaben in %)

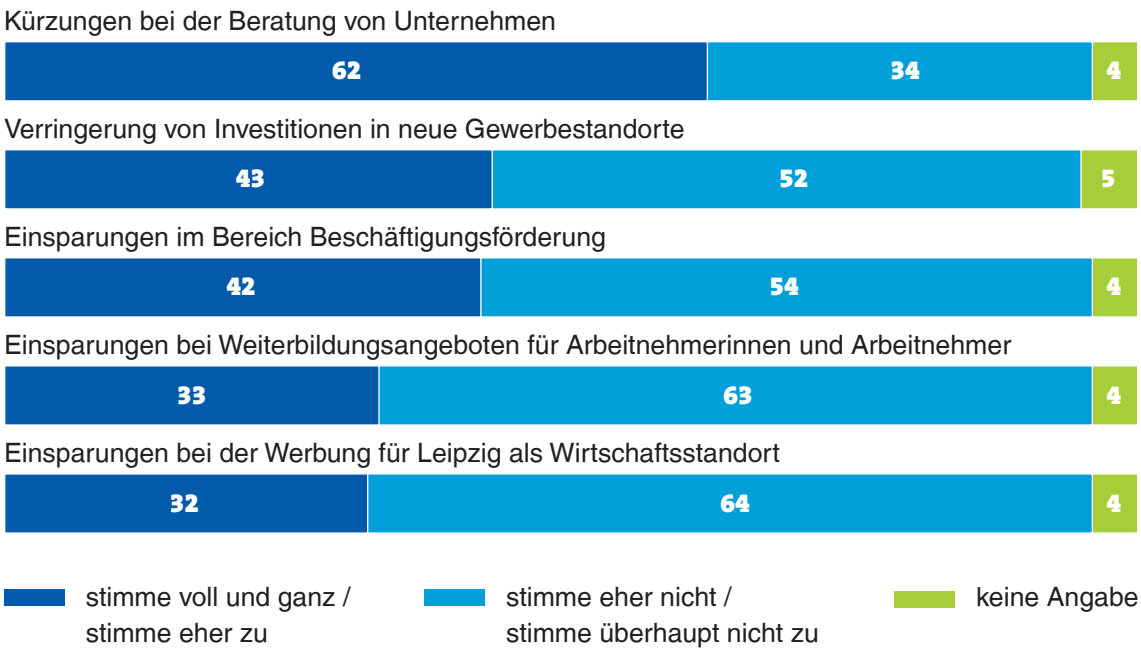
	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**4**	**13**	**41**	**38**	**5**
davon:					
männlich	5	16	38	38	3
weiblich	3	11	44	37	4
davon:					
18 bis 34 Jahre	3	18	43	33	2
35 bis 49 Jahre	6	16	44	32	2
50 bis 64 Jahre	3	11	39	43	4
65 bis 85 Jahre	6	8	38	43	5
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	4	16	43	34	2
Arbeitslose	3	11	40	44	1
Rentner / Pensionäre	5	8	37	44	6
Schüler und Studierende	1	14	52	32	2
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	4	13	41	38	5
800 bis unter 1400 Euro	4	12	39	41	4
1400 bis unter 2000 Euro	4	15	47	32	2
2000 Euro und mehr	6	17	45	30	2

(Basis: alle Befragten)

Beim Thema Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung scheint die Zustimmung zu Kürzungen von der eigenen wirtschaftlichen Situation sowie Vorstellungen und Wünschen über die Zukunft abhängig zu sein. Erwerbstätige sowie Personen mit höherem Einkommen stimmen häufiger für Kürzungen, als beispielsweise Schüler und Studierende. Bei den Auszubildenden sind gar 93 % gegen Kürzungen in diesem Bereich.

Nach der allgemeinen Frage zu Kürzungen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung wurde auch das Meinungsbild bezüglich konkreter Leistungen und Angebote erfasst. Die geringste Zustimmung zu Kürzungen in diesem Bereich liegt bei den Einsparungen bei der Standortwerbung für Leipzig: Etwa ein Drittel (32 %) stimmt hier für Kürzungen. Die lokale Standortwerbung ist demnach für die Leipziger und Leipzigerinnen wichtig und besitzt gleichermaßen bei Erwerbstätigen, Rentnern/ Pensionären, Schülern und Studierenden sowie Auszubildenden eine vergleichsweise hohe Priorität.

Abbildung 8: Kürzungen im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Die größte Zustimmung für Kürzungen im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung betrifft mit 62 % der Befragten die Beratung von Unternehmen. Geringe Unterschiede zeigen sich dabei beim Alter und dem Erwerbsstatus. Junge Befragte (die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen), Schüler und Studierende, Auszubildende sowie Arbeitslose stimmen seltener für Kürzungen bei der Beratung von Unternehmen. Einer Verringerung von Investitionen in neue Gewerbestandorte stimmen lediglich 33 % der Auszubildenden zu, jedoch 44 % der Schüler und Studierenden. Interessant ist auch, dass 50 % der Arbeitslosen sich für eine Verringerung von Investitionen in neue Gewerbestandorte aussprechen. Hierbei handelt es sich vermutlich nicht um einen direkten Alterseffekt, sondern um einen Unterschied, der aus den persönlichen Erwartungen junger Menschen resultiert. Etwas deutlicher ist der Zusammenhang mit dem Einkommen, denn die Zustimmung zu Kürzungen steigt mit dem persönlichen Nettoeinkommen und liegt in der Einkommensgruppe von 2000 Euro oder mehr bei 69 % der Befragten. Ähnlich sieht das Bild bei der Frage nach Kürzungen im Bereich Beschäftigungsförderung aus: 42 % der Befragten akzeptieren Einsparungen in diesem Bereich. Auch hier gibt es Einkommensunterschiede, so liegt die Zustimmung in der Einkommensgruppe ab 2000 Euro bei 58 % der Befragten, in der Gruppe mit einem Einkommen zwischen 1400 und 2000 Euro bei 48 % und in der Gruppe mit Einkommen unter 800 Euro lediglich bei 32 %. Einsparungen bei Weiterbildungsangeboten für Arbeitnehmer stimmen nur je rund 33 % zu. Während dabei Alters- und Geschlechtsunterschiede keine Rolle spielen, ergeben sich im Hinblick auf das Einkommen Differenzen. Befragte mit einem persönlichen Nettoeinkommen ab 2000 Euro stimmen mit 49 % eher für Kürzungen. Bei den Einsparungen bei der Werbung für Leipzig als Wirtschaftsstandort sind sich die Befragten einig: Lediglich 32 % der Befragten sind hier für Kürzungen. Hier gibt es keine Unterschiede hinsichtlich der unterschiedlichen Gruppen; das Thema ist allen Befragten gleichermaßen wichtig.

2.3.5 Sport: Sportstätten und Sportangebote

Auch beim Thema Sport herrscht große Einigkeit bei den Befragten; lediglich 14 % können sich Kürzungen im Bereich Sportstätten und Sportangebote vorstellen. Dabei gibt es keine Alters- oder Geschlechtsunterschiede. Vor allem Arbeitslose sind gegen Kürzungen im Bereich Sport. Mit dem Einkommen steigt auch in diesem Bereich die Bereitschaft, Kürzungen zu akzeptieren. Dies ist nicht überraschend, da höhere Einkommensgruppen durch die steigenden finanziellen Möglichkeiten auch eher kommerzielle Angebote wahrnehmen können.

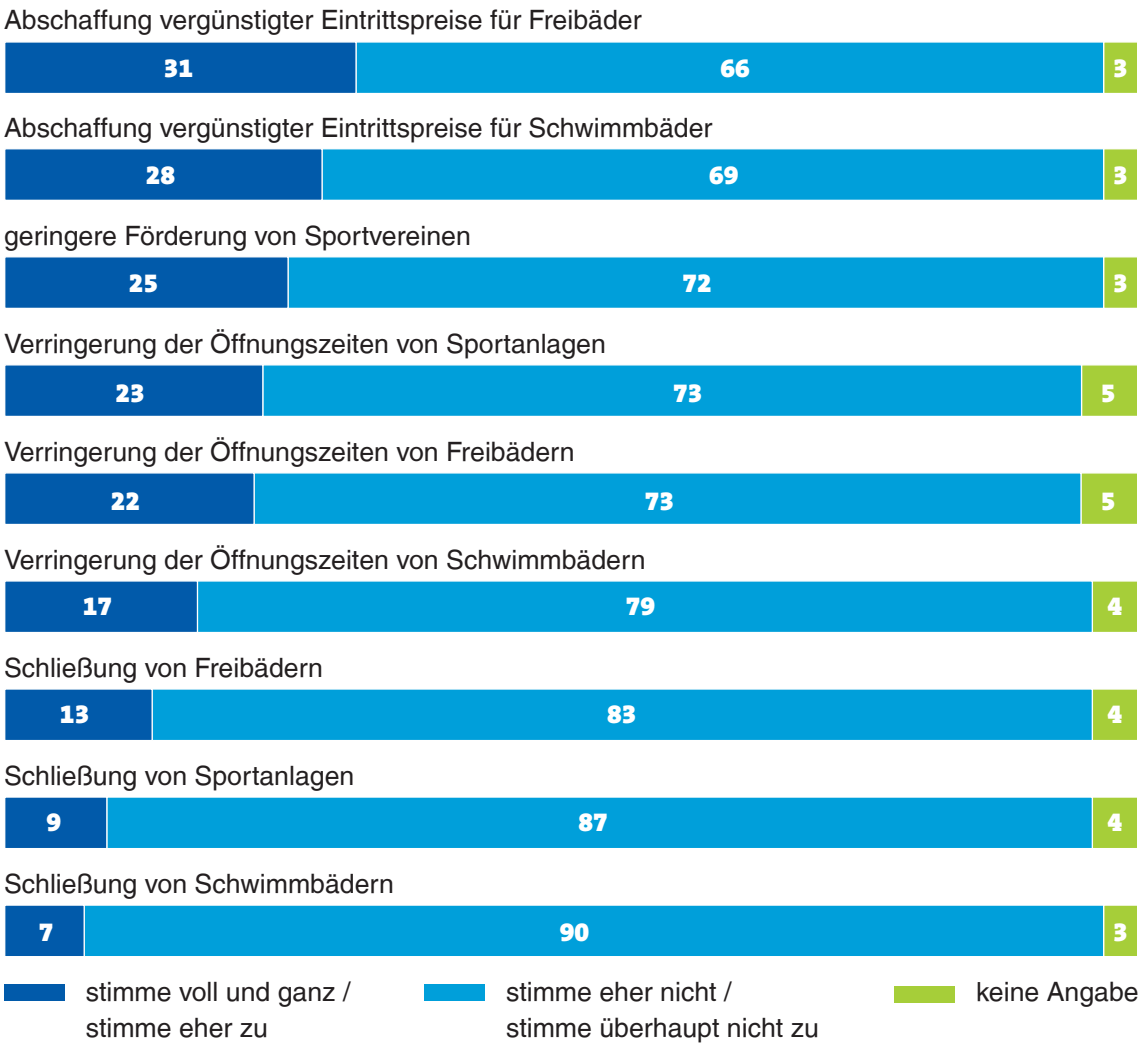
Tabelle 13: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Sportstätten und Sportangebote ausfallen können. (Angaben in %)

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**3**	**11**	**40**	**41**	**5**
davon:					
männlich	3	11	39	43	4
weiblich	2	11	43	39	5
davon:					
18 bis 34 Jahre	4	14	41	39	2
35 bis 49 Jahre	2	12	39	43	4
50 bis 64 Jahre	1	9	43	41	5
65 bis 85 Jahre	3	9	40	41	7
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	3	12	43	39	3
Arbeitslose	3	8	33	52	5
Rentner / Pensionäre	2	9	39	44	6
Schüler und Studierende	2	16	37	42	1
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	3	12	40	41	4
800 bis unter 1400 Euro	2	9	40	44	4
1400 bis unter 2000 Euro	2	14	40	39	4
2000 Euro und mehr	4	13	48	32	3

(Basis: alle Befragten)

Abbildung 9 zeigt das Meinungsbild der Befragten bezüglich der einzelnen Bereiche. Ähnlich wie im Kulturbereich wird auch hier die Schließung von Sportanlagen von einer großen Mehrheit quer durch alle Gruppen abgelehnt. Die Zustimmung zu Schließungen liegt in diesem Bereich zwischen 7 % und 13 %; die Ablehnung variiert bei allen demografischen und sozialen Gruppen (Geschlecht, Alter, Einkommen sowie Stellung im Erwerbsleben) zwischen 83 % und 90 %. Anders sieht es bei der Abschaffung reduzierter Eintrittspreise für Schwimm- und Freibäder aus: Knapp ein Drittel bzw. ein reichliches Viertel der Befragten stimmt dafür (Freibäder 31 %; Schwimmbäder 28 %). Mit höherem Nettoeinkommen steigt auch hier die Zustimmung. Nur 22 % der Befragten aus der Einkommensgruppe unter 800 Euro stimmen für die Abschaffung reduzierter Eintrittspreise, bei den Befragten aus der nächsten Gruppe (unter 1400 Euro) sind es bereits 28 % und in der höchsten Einkommensgruppe (ab 2000 Euro) sind es 45 %. Arbeitslose lehnen die Abschaffung reduzierter Eintrittspreise mit großer Mehrheit (86 %) ab. Die Tendenz einer höheren Zustimmung zu Kürzungen im Bereich Sport durch Befragte mit höherem Nettoeinkommen zeigt sich auch bei der Förderung der Sportvereine. 37 % der Befragten mit einem persönlichen Nettoeinkommen von 2000 Euro oder mehr stimmen hier Kürzungen zu; in allen anderen Einkommensgruppen liegt die Zustimmung bei rund 23 %. Die geringste Zustimmung (12 %) liegt bei den Auszubildenden vor. Zwischen den Altersgruppen gibt es keine relevanten Unterschiede. Die Zustimmung zu Kürzungen in Form verringerter Öffnungszeiten von Sportanlagen liegt bei 23 % der Befragten, wobei die Zustimmung bei Erwerbstätigen (25 %) höher ist als bei Arbeitslosen (14 %). Die höchste Zustimmung zur Verringerung von Öffnungszeiten bei Sportanlagen besteht bei den Studierenden (36 %).

Abbildung 9: Kürzungen im Bereich Sport (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Sport stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Generell gibt es im Bereich Sport einen starken Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Kürzungen und dem Erwerbsstatus beziehungsweise dem Einkommen. D.h. die Zustimmung ist zum einen abhängig von Arbeitslosigkeit oder Erwerbstätigkeit und zum anderen steigt mit dem persönlichen Einkommen die Zustimmung zu Kürzungen bezüglich der Eintritte. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Wahl der Kategorie „stimme voll und ganz zu“ bei maximal 4 % liegt. Lediglich im Fall der Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise für Schwimm- und Freibäder erreicht diese Kategorie Werte von 10 %.

2.3.6 Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz

Auch in diesem Bereich fällt die Zustimmung zu Kürzungen relativ niedrig aus: Lediglich 10 % der Befragten sprechen sich für Kürzungen aus, während 87 % dagegen sind. Interessant ist, dass Selbstständigen (19 %) und Schüler und Studierende (18 %) sowie die 18- bis 34-Jährigen (15 %) etwas häufiger starke oder sehr starke Kürzungen in diesem Bereich akzeptieren würden.
In der Abfrage zu konkreten Kürzungen innerhalb des Bereichs Grünanlagen/Erholung/ Umweltschutz sind sich die Befragten bis auf geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen weitgehend einig. 40 % der Befragten stimmen der Aussage „keine weitere Entwicklung und kein weiterer Ausbau der

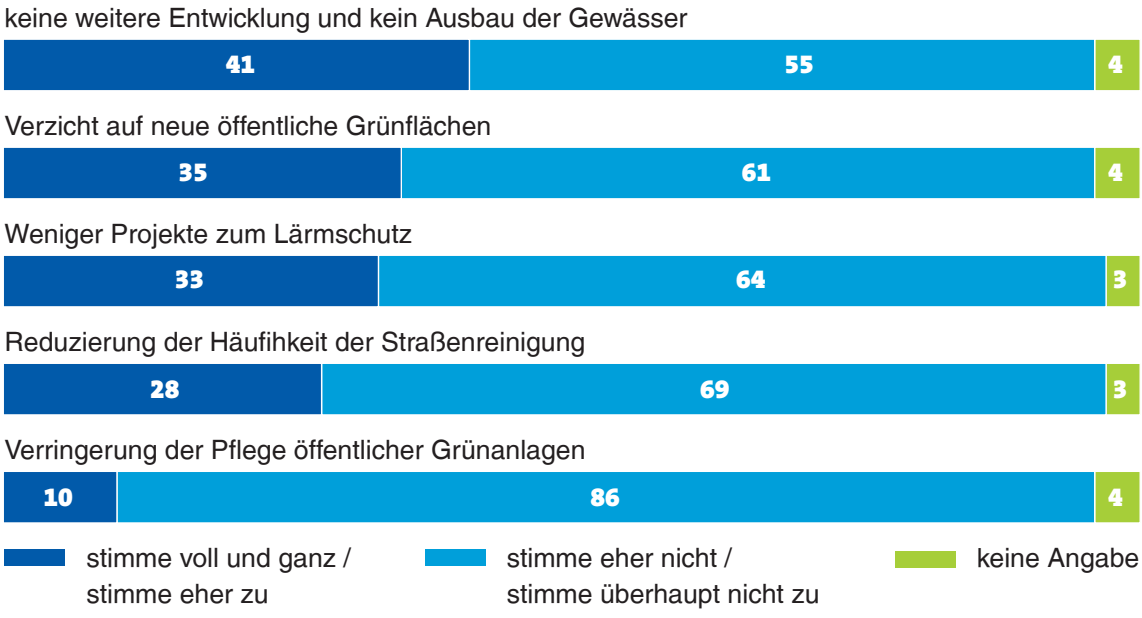
Gewässer“ zu, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Einkommen. Die Zustimmung zu Kürzungen im Bereich Gewässerausbau fällt am geringsten bei den Arbeitslosen aus (31 %). Die höchste Zustimmung findet sich bei Auszubildenden (55 %) und Studierenden (52 %).

Tabelle 14: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz ausfallen können. (Angaben in %)

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**2**	**8**	**47**	**40**	**4**
davon:					
männlich	3	9	48	38	3
weiblich	1	7	47	42	3
davon:					
18 bis 34 Jahre	3	12	46	38	1
35 bis 49 Jahre	1	7	57	33	2
50 bis 64 Jahre	1	7	48	41	3
65 bis 85 Jahre	1	6	41	47	5
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	2	9	52	35	1
Arbeitslose	2	3	49	43	2
Rentner / Pensionäre	1	5	42	47	6
Schüler und Studierende	3	15	37	46	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	3	8	47	39	3
800 bis unter 1400 Euro	2	6	46	44	3
1400 bis unter 2000 Euro	0	8	52	37	2
2000 Euro und mehr	2	15	51	30	2

(Basis: alle Befragten)

Abbildung 10: Kürzungen im Bereich Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Lediglich ein Drittel (35 %) der Befragten stimmt dem Verzicht auf neue öffentliche Grünflächen zu. Unterschiede bei Alter, Geschlecht, Stellung im Erwerbsleben oder dem Einkommen liegen nicht vor. Dies gilt auch für die Zustimmung zur Verringerung der Pflege öffentlicher Grünanlagen, der nur jeder Zehnte zustimmt (10 %). Beim Thema Lärmschutz gibt es nur geringe Altersunterschiede. Jüngere stimmen häufiger für weniger Projekte zum Lärmschutz als Ältere. Während bei den 18- bis 34-Jährigen 38 % der Befragten zustimmen, sinkt die Zustimmung nur leicht (aber kontinuierlich) auf 30 % bei den 65- bis 85-Jährigen. Unterteilt man die Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen weiter, so liegt die Zustimmung bei den 18- bis 24-Jährigen bereits bei 41 %. Dies kann möglicherweise mit dem aus der Gesundheitsforschung bekannten unterschiedlichen Lärmempfinden bzw. der unterschiedlichen Lärmtoleranz Jüngerer und Älterer erklärt werden. 28 % stimmen einer Reduzierung der Häufigkeit der Straßenreinigung voll und ganz oder eher zu. Mit dem Alter sinkt hierbei die Zustimmung zu Kürzungen. Während 35 % der 18- bis 34-Jährigen der Reduzierung der Häufigkeit der Straßenreinigung zustimmen, sind es bei den Älteren, der Gruppe der über 50-Jährigen, nur noch 21 %.

2.3.7 Soziales: Leistungen für bestimmte soziale Gruppen (Kinder, Senioren, sozial Benachteiligte)

Im Vergleich zu den anderen, oben dargestellten Bereichen ist die Ablehnung von Kürzungen hier noch deutlicher ausgeprägt. Eine kleine Minderheit von 5 % der Befragten stimmt Kürzungen zu. Die Mehrheit der Befragten (66 %) spricht sich vollständig gegen Kürzungen aus. Dies ist ein Ergebnis, das im Wesentlichen mit der kommunalen Bürgerumfrage 2011 übereinstimmt. Während es keine wesentlichen Altersunterschiede gibt, bestehen leichte Differenzen bezüglich der Einkommen. So sinkt die Zustimmung zu „keine Kürzungen“ mit steigendem persönlichen Nettoeinkommen. Dies bedeutet umgekehrt aber nicht, dass mit dem Einkommen auch die Akzeptanz von umfangreichen Kürzungen steigt. Diese Unterschiede resultieren womöglich daraus, dass „geringen“ Kürzungen noch eher zugestimmt wird, als starken oder sehr starken Kürzungen.

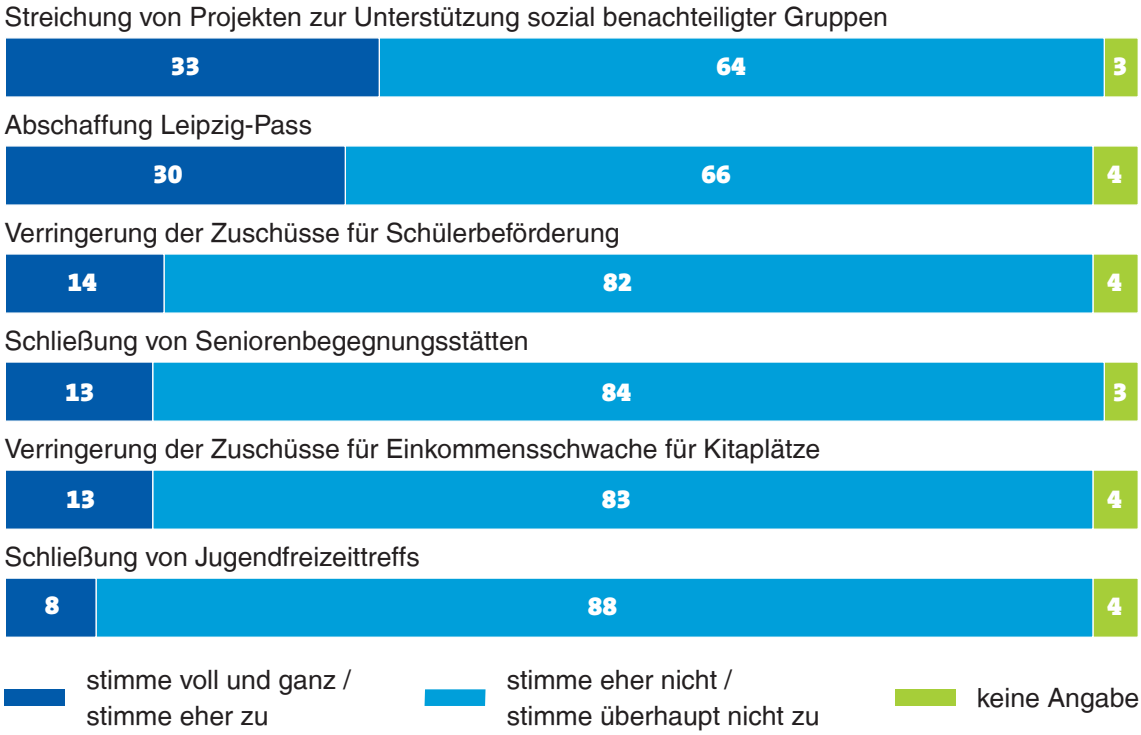
Tabelle 15: Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen ausfallen können. (Angaben in %)

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen	keine Angabe
gesamt	**1**	**4**	**25**	**66**	**4**
davon:					
männlich	1	6	25	65	2
weiblich	1	3	25	68	3
davon:					
18 bis 34 Jahre	1	6	27	66	1
35 bis 49 Jahre	2	5	28	63	2
50 bis 64 Jahre	1	4	23	68	4
65 bis 85 Jahre	1	3	22	69	5
darunter Stellung im Erwerbsleben:					
Erwerbstätige	1	6	28	63	2
Arbeitslose	1	2	11	85	1
Rentner / Pensionäre	1	2	23	69	6
Schüler und Studierende	0	5	24	71	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:					
unter 800 Euro	1	2	23	71	3
800 bis unter 1400 Euro	1	3	21	72	3
1400 bis unter 2000 Euro	2	8	29	60	1
2000 Euro und mehr	2	8	37	50	4

(Basis: alle Befragten)

Die generelle Frage nach Kürzungen erbrachte mit 5 % eine minimale Zustimmung, die differenzierte Abfrage einzelner Leistungen und Angebote zeigt dagegen etwas höhere Zustimmungswerte für einzelne Bereiche. Abbildung 11 stellt die Werte für konkrete Kürzungen im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen dar. So akzeptiert etwa ein Drittel (33 %) der Befragten die Streichung von Projekten zur Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen wie Suchtkranker und Wohnungsloser. Dabei steigt die Zustimmung mit dem Einkommen leicht an. Befragte in der Einkommensgruppe unter 800 Euro stimmen dem mit 30 % zu, in der Gruppe mit Einkommen ab 2000 Euro sind es dann schon 39 %. Zudem stimmen Rentner/Pensionäre (36 %) und Erwerbstätige (34 %) häufiger zu als beispielsweise Arbeitslose (26 %) oder Schüler und Studierende (23 %).

Abbildung 11: Kürzungen im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen (Angaben in %)



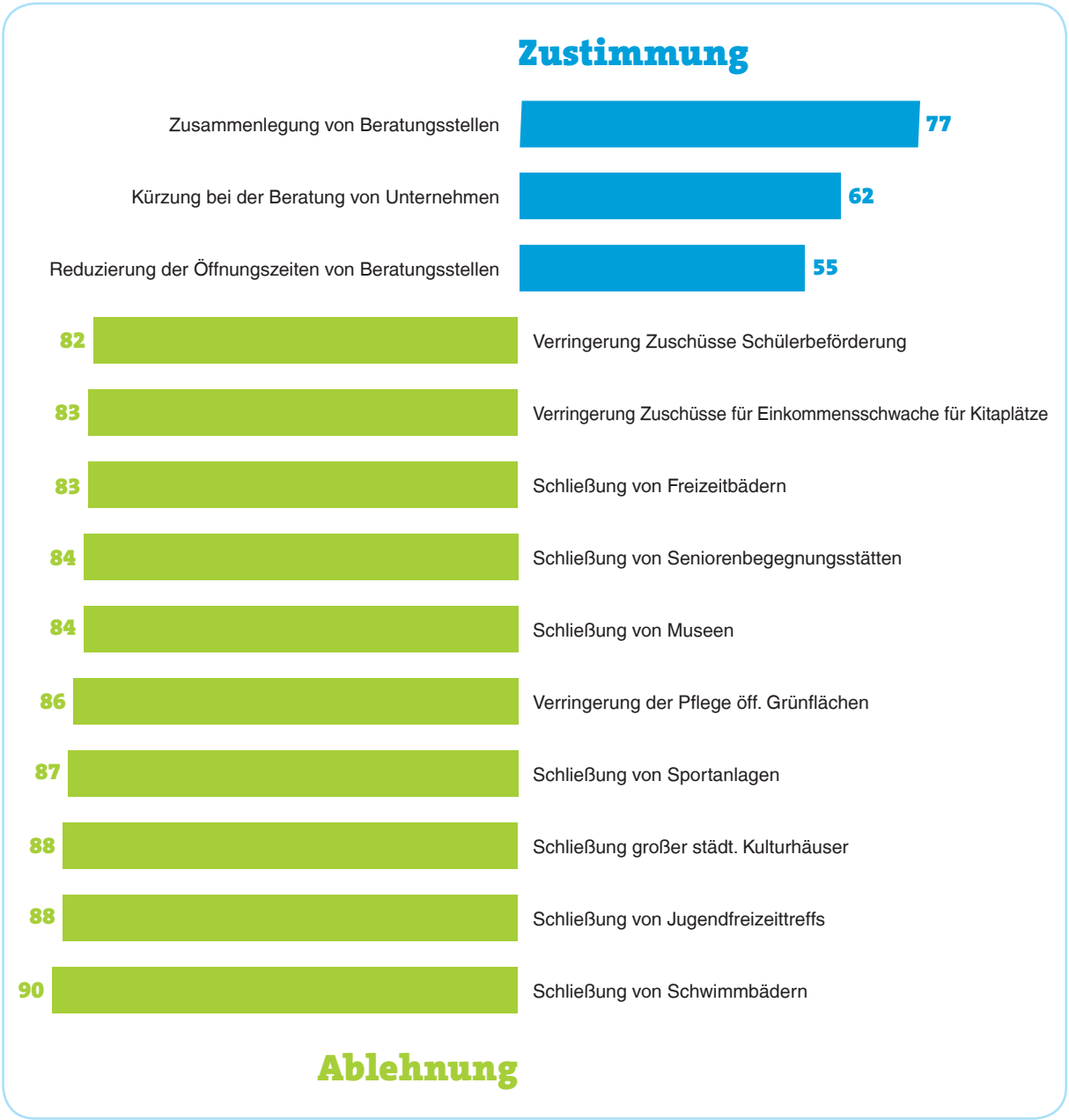
Frage: Welchen möglichen Kürzungen im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Einer Abschaffung des Leipzig-Passes stimmen 30 % der Befragten zu, unabhängig von Alter und Geschlecht. Die Zustimmung steigt hierbei mit dem persönlichen Nettoeinkommen: Während es 25 % der Befragten in der Einkommensgruppe unter 800 Euro sind, steigt der Zustimmungswert in der nächsten Gruppe (800 bis unter 1400 Euro) auf 30 % und in der darauffolgenden Gruppe (1400 bis unter 2000 Euro) dann auf 39 %. Allerdings sollte beachtet werden, dass der Leipzig-Pass gemäß der Anspruchsvoraussetzung einkommensabhängig ist und Bezieher niedriger Einkommen davon stärker profitieren. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Betrachtung der Stellung im Erwerbsleben. So fällt die Zustimmung bei den Arbeitslosen mit 15 % nur halb so hoch aus wie bei Erwerbstätigen (34 %), Schülern und Studierenden (30 %) oder Rentnern/Pensionären (29 %). Bezüglich einer Verringerung der Zuschüsse für Einkommensschwache für Kitaplätze sind sich die Befragten einig: Lediglich 13 % stimmen dem zu. In diesen Bereichen werden Kürzungen weitgehend abgelehnt – unabhängig von Alter, Geschlecht oder Einkommen. Auch in diesem Bereich werden radikale Kürzungen in Form der Schließung von Seniorenbegegnungsstätten (13 % Zustimmung) bzw. der Schließung von Jugendfreizeittreffs (8 % Zustimmung) mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

2.4 Zwischenfazit Kürzungsstrategie: Kürzen oder nicht kürzen

Alle Kürzungsbereiche der insgesamt sieben Themen, in denen die Kommune Kürzungen vornehmen kann, sind in der folgenden Abbildung 12 dargestellt. Dabei wurden die Werte von „stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“ zusammengefügt. Deutlich wird, dass die Zustimmung zu Kürzungen insgesamt sehr gering ist. In nur 3 der 43 einzeln abgefragten Bereiche stimmt mehr als die Hälfte der Befragten Kürzungen zu (Zusammenlegung von Beratungsstellen, Kürzung bei der Beratung von Unternehmen, Reduzierung der Öffnungszeiten von Beratungsstellen). Die Ablehnung von Kürzungen ist demgegenüber sehr hoch. Dargestellt sind die 10 der 43 Bereiche, bei denen mehr als 80 % der Befragten Kürzungen ablehnen. Schließungen werden dabei durchgängig in allen Bereichen von der großen Mehrheit abgelehnt.

Abbildung 12: Kürzungsbereiche mit der höchsten Zustimmung bzw. Ablehnung (Angaben in %)



Abgebildet sind die drei Bereiche, in denen mehr als die Hälfte der Befragten Kürzungen zustimmt, und die zehn Bereiche, in denen über 80 % der Befragten Kürzungen ablehnen. (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden dabei zusammengefasst.)

3 Die Einnahmestrategie

3.1 Was ist die Einnahmestrategie?

Um die Ziele der mittelfristigen Finanzpolitik sowie die langfristige Entschuldung erreichen zu können, hat die Stadt Leipzig neben Einsparungen oder Kürzungen auch die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Diese Maßnahmen lassen sich als Einnahmestrategie wie folgt definieren: Die Stadt setzt auf eine Erhöhung der Einnahmen, die sie direkt erhebt; das sind kommunale Tarife und Gebühren sowie Steuern. Hierzu wurden im Fragebogen die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich verschiedener Aspekte erfasst, die im Folgenden dargestellt werden.

3.2 Auswertung einzelner Bereiche zusätzlicher Einnahmen

Für die Einnahmestrategie lässt sich aus den Antworten im Fragebogen kein eindeutiges Bild einer Zustimmung oder Ablehnung ableiten. Nur 18 % der Befragten sind der Meinung, dies sei die am besten geeignete Strategie; 31 % halten die Einnahmestrategie für am schlechtesten geeignet und 41 % sind der Meinung, sie sei mittelmäßig geeignet. Damit lässt sich die Einnahmestrategie zwischen den beiden anderen Strategien verorten – sie erfährt weder große Zustimmung noch überwiegende Ablehnung.

Tabelle 16: Wie geeignet ist die Einnahmestrategie? (Angaben in %)

	ist am besten geeignet	ist mittelmäßig geeignet	ist am schlechtesten geeignet	keine Angabe
gesamt	**18**	**41**	**31**	**10**
davon:				
männlich	17	42	31	10
weiblich	20	40	31	9
davon:				
18 bis 34 Jahre	27	38	32	2
35 bis 49 Jahre	19	48	29	4
50 bis 64 Jahre	12	43	33	12
65 bis 85 Jahre	12	38	30	20
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	20	42	35	4
Arbeitslose	20	36	25	19
Rentner / Pensionäre	11	40	30	20
Schüler und Studierende	36	41	23	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	22	40	26	11
800 bis unter 1400 Euro	14	42	33	11
1400 bis unter 2000 Euro	17	46	32	4
2000 Euro und mehr	24	38	35	2

(Basis: alle Befragten)

Bei der genauen Betrachtung verschiedener Bereiche, in denen kommunale Einnahmen erhöht werden können, zeigt sich jedoch ein klareres Bild. Vor allem bei Themen wie Bußgelder, Sauberkeit oder Ordnung sind sich die Befragten einig. In der Zustimmung zur Gebührenerhöhung lassen sich drei Schwerpunkte erkennen:

1. **Häufigkeit:** Der Erhöhung von Gebühren wird dann zugestimmt, wenn es sich um Gebühren handelt, die relativ selten entrichtet werden (z. B. Standesamt) oder von denen man selbst vermutlich seltener betroffen ist (z. B. Gebührenerhöhung in Baugenehmigungsverfahren).

2 **Ordnungswidrigkeiten:** Einer Erhöhung von Bußgeldern oder Gebühren im Bereich Verkehr wird prinzipiell eher zugestimmt.

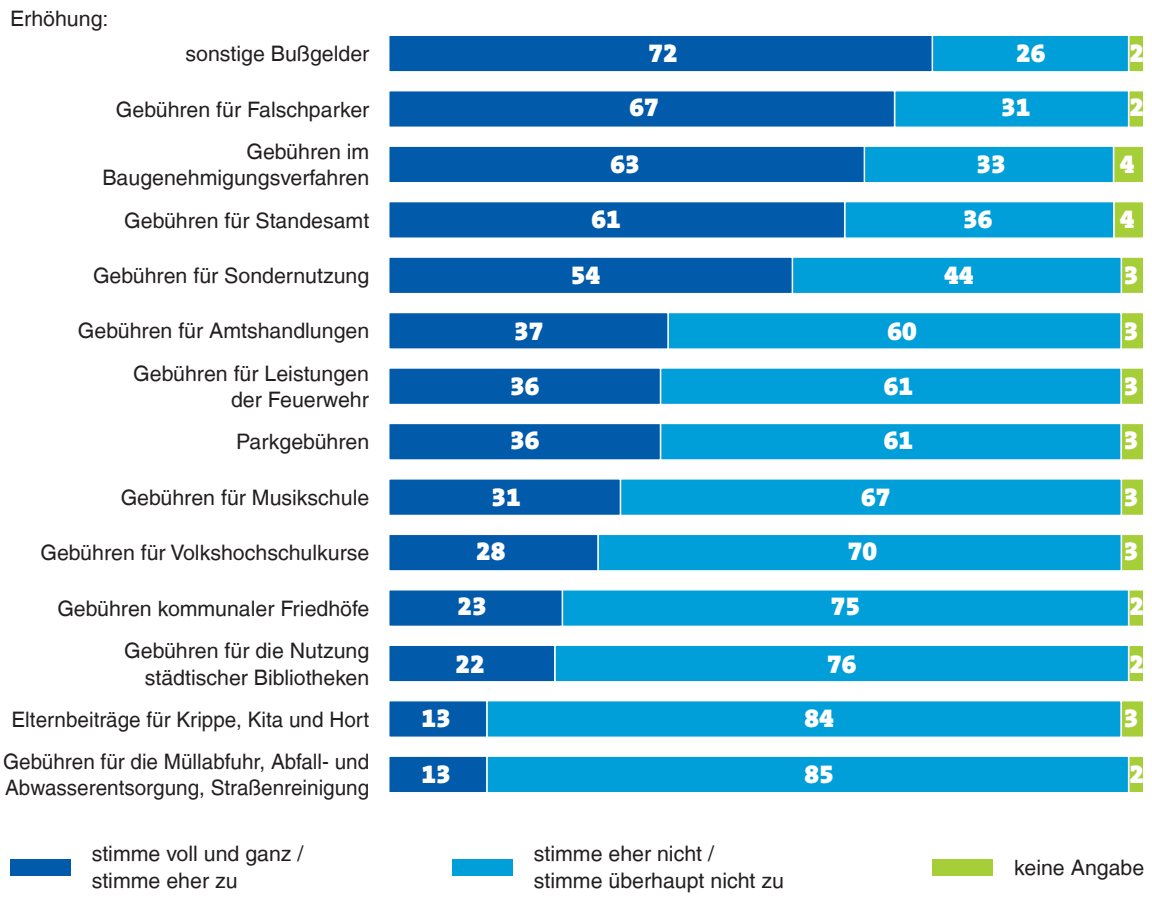
3 **Ämter:** Im Bereich Ämter werden Einsparungen infolge von Rationalisierungen erhofft, dabei handelt es sich z. B. um Einsparungen durch Kürzungen beim Personal.

Insgesamt zeichnet sich in der Einnahmestrategie ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Erhöhung von Gebühren, Tarifen und Eintritten und dem persönlichen Nettoeinkommen ab. Mit dem Einkommen steigt die Zustimmung zu Gebührenerhöhungen; das betrifft prinzipiell alle Bereiche. Dies liegt sicherlich daran, dass mit dem Einkommen generell die Möglichkeit und damit die persönliche Bereitschaft steigt, höhere Gebühren zu entrichten. Diese Unterschiede zeigen sich auch in Bereichen, in denen die Zustimmung zu einer Gebührenerhöhung eher gering ausfällt, wie beispielsweise dem sozialen Bereich (Schulen, Kitas, Hort etc.), sowie den Bereichen Freizeit und Bildung (Volkshochschule, Musikschule, Bibliotheken).

3.2.1 Gebührenerhöhungen

Der Fragekomplex zur Einnahmestrategie besteht aus insgesamt vier Schwerpunkten. Neben Fragen zur Zustimmung oder Ablehnung bestimmter Gebührenerhöhungen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezüglich ihrer Akzeptanz einer Erhöhung von Eintritten und Tarifen sowie zur Anhebung kommunaler Steuern befragt. In einer offenen Frage konnten zudem eigene Vorschläge zu weiteren bzw. neuen Einnahmequellen und -bereichen gemacht werden. Die folgende Abbildung 13 zeigt das Meinungsbild zu den unterschiedlichen Erhöhungen.

Abbildung 13: Gebührenerhöhungen in verschiedenen Bereichen (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Gebührenerhöhungen stimmen Sie zu, welchen nicht?
(Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Insgesamt zeigt sich bei Erhöhungen von Gebühren, Eintritten oder Steuern ein differenziertes Bild. Während einigen Gebührenerhöhungen überwiegend zugestimmt wird, werden andere abgelehnt, z. T. in deutlichem Maße.

Die größte Zustimmung findet sich dabei für sonstige Bußgelder (z. B. bei Nichterbringen von Räum- und Streupflichten im Winter, unerlaubtem öffentlichen Grillen), hier stimmen 72 % der Befragten einer Gebührenerhöhung zu. Dabei steigt die Zustimmung leicht mit dem Alter. Während bei den 18- bis 24-Jährigen nur 62 % einer Bußgelderhöhung zustimmen, sind es bei den 75- bis 85-Jährigen 78 %. Etwa zwei Drittel der Befragten (67 %) stimmen einer Erhöhung der Bußgelder für Falschparker zu. Im Gegensatz zum Meinungsbild bei anderen Bußgeldern stimmen hier Jüngere häufiger als Ältere zu. In der Feingliederung der Altersgruppen zeigt sich, dass es vor allem die 25- bis 34-Jährigen sind, die einer Erhöhung der Bußgelder für Falschparker zustimmen (77 %). Hierbei handelt es sich vor allem um Schüler und Studierende sowie qualifizierte junge Erwerbstätige, die zu den Gruppen gehören, in denen der Besitz eines PKW weniger ausgeprägt ist. Die Zustimmung zur Gebührenerhöhung steigt zudem mit dem Einkommen von 67 % bei Befragten in der Einkommensgruppe unter 800 Euro auf 80 % in der Gruppe mit Einkommen von 2000 Euro oder mehr.

Tabelle 17: Vergleich der Zustimmung zu möglichen Gebührenerhöhungen nach Alter und Geschlecht (Angaben in %)

	gesamt	18 – 34	35 – 49	50 – 64	65 – 85	männlich	weiblich
sonstige Bußgelder	**72**	70	75	73	76	72	73
Gebühren für Falschparker	**67**	75	73	64	60	70	66
Gebühren im Baugenehmigungsverfahren	**63**	64	67	67	58	65	62
Gebühren für Standesamt	**61**	59	71	63	55	64	58
Gebühren für Sondernutzung (z. B. Standgebühren für Märkte, Gebühren für Veranstaltungen, Werbeaktionen)	**54**	53	60	59	47	58	51
Gebühren für Amtshandlungen (z. B. Beglaubigungen, gesetzliche Vertretungen, Genehmigungen, Leistungen der Stadt oder städtischer Ämter)	**37**	37	40	41	35	42	35
Parkgebühren	**36**	45	44	33	23	41	33
Gebühren für Leistungen der Feuerwehr	**36**	42	43	34	26	42	31
Gebühren für Musikschule	**31**	29	31	35	28	35	27
Gebühren für Volkshochschulkurse	**28**	27	29	28	26	31	25
Gebühren kommunaler Friedhöfe (Grabnutzungs-, Bestattungs- und sonstige Gebühren)	**23**	26	30	21	15	27	30
Gebühren für die Nutzung städtischer Bibliotheken	**22**	21	21	23	22	25	19
Elternbeiträge Krippe, Kita, Hort	**13**	11	17	12	13	15	11
Gebühren für die Müllabfuhr, Abfallentsorgung, Abwasserentsorgung, Straßenreinigung	**13**	21	16	9	5	16	11

Abgebildet sind die Zustimmungswerte, die aus den Angaben „stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“ resultieren (Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“ und keine Angabe.)

Ähnliches wird beim Blick auf das Thema Parkgebühren deutlich. Dabei steigt die Ablehnung zu deren Erhöhung mit zunehmendem Alter an. Insgesamt stimmen 36 % der Befragten einer Erhöhung zu, bei den 18- bis 49-Jährigen sind es sogar 45 %, dagegen stimmen nur 23 % der Älteren (65- bis 85-Jährige) hier zu. Dies bestätigt sich beim Blick auf die Erwerbsgruppen: Während nur 22 % der Rentner/Pensionäre einer Erhöhung zustimmen, sind es rund doppelt so viele der Erwerbstätigen und Schüler und Studierenden sowie Arbeitslosen. Interessanterweise stimmt eine beachtliche Zahl der Männer (41 %) für eine Anhebung der Parkgebühren, bei den Frauen sind es demgegenüber lediglich 33 %. Dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern ist insofern bemerkenswert, als bei den Gebührenerhöhungen für Falschparker keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen.

Einer Gebührenerhöhung in Baugenehmigungsverfahren stimmen 63 % der Befragten zu. Meinungsunterschiede liegen hier nicht beim Alter oder Geschlecht der Befragten, sondern hinsichtlich der beruflichen Stellung im Erwerbsleben. Selbstständige und leitende Angestellte stimmen häufiger zu (je knapp 70 %) als beispielsweise Vorarbeiter/Facharbeiter (56 %).

Ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Befragten und der Zustimmung besteht bei der Gebührenerhöhung für das Standesamt. Die Zustimmung steigt von 55 % bei Personen mit einem persönlichen Nettoeinkommen von unter 800 Euro auf 80 % bei Personen mit einem persönlichen Nettoeinkommen von 2000 Euro und mehr. Dies bestätigt sich beim Blick auf die Einkommensquelle: 68 % der Erwerbstätigen stimmen einer Erhöhung zu, aber nur 42 % der Personen mit Arbeitslosenbezügen. Diese Einkommensaspekte scheinen sich infolge der Erwerbstätigkeit beim Alter widerzuspiegeln, denn die Zustimmung ist bei den 35- bis 49-Jährigen mit 71 % am höchsten.

Weniger eindeutig ist das Meinungsbild bei einer Gebührenerhöhung für Sondernutzung, wozu beispielsweise die Erhöhung von Standgebühren für Märkte sowie Gebühren für Veranstaltungen oder Werbeaktionen gehören. Dem stimmt rund die Hälfte der Befragten (54 %) voll und ganz oder eher zu. Bei weiterer Unterteilung der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen, zeigt sich, dass die Zustimmung bei der jüngsten Gruppe (18 bis 24 Jahre) bei nur 39 % liegt, während es dann in den Altersgruppen von 25 bis 64 Jahren rund 60 % sind. Mit zunehmendem Alter sinkt dann wieder die Zustimmung auf 47 % bei den 65- bis 85-Jährigen. Neben dem Alter steigt die Zustimmung auch mit dem persönlichen Nettoeinkommen. 67 % der Befragten mit einem Einkommen von 2000 Euro und mehr stimmen zu, hingegen nur knapp die Hälfte der Befragten mit einem Einkommen von unter 1400 Euro.

Die nun folgenden Bereiche möglicher Gebührenerhöhung sind jene, bei denen die Zustimmung unter 40 % liegt, d.h. es handelt sich um Bereiche, in denen eine Gebührenerhöhung vom Großteil der Befragten abgelehnt wird.

Lediglich 37 % der Befragten stimmen einer Erhöhung der Verwaltungskosten für Amtshandlungen, wie z. B. Beglaubigungen, gesetzliche Vertretungen, Genehmigungen sowie Leistungen der Stadt oder städtischer Ämter, zu. Hierbei gibt es keine Unterschiede beim Alter, mit Ausnahme der jüngsten Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren, zu der neben den Studierenden auch Auszubildende gehören. Hier stimmen lediglich 27 % einer Gebührenerhöhung zu. Auch Arbeitslose lehnen eine Erhöhung eher ab. Passend dazu steigt die Zustimmung mit dem Einkommen leicht an.

Einer Erhöhung der Gebühren für Leistungen der Feuerwehr stimmen 36 % der Befragten zu. Jüngere sowie einkommensstarke Befragte stimmen hier am ehesten für eine Erhöhung der Gebühren. So stimmen 32 % der Befragten in der Einkommensgruppe unter 800 Euro einer Erhöhung dieser Gebühren zu, während es bei den Personen in der Gruppe mit einem Einkommen von 1400 bis unter 2000 Euro schon 43 % sind und in der Gruppe, die 2000 Euro und mehr bezieht, dann 58 %. Des Weiteren zeigen sich Altersdifferenzen: In der jüngeren Gruppe (bis 54 Jahre) akzeptieren 40 % der Befragten höhere Gebühren, in der älteren Gruppe (55 bis 85 Jahre) sind es durchschnittlich 28 %.

Einer Gebührenerhöhung für Musikschulen stimmen 31 % der Befragten zu. Dabei gibt es auch hier (wie bei allen Gebührenerhöhungen) eine Tendenz der erhöhten Zustimmung mit steigendem Einkommen, die auch mit der beruflichen Stellung (z. B. Unterschiede zwischen Selbstständigen oder

leitenden Angestellten sowie Arbeitern oder Auszubildenden) zusammenhängt. Zudem gibt es leichte Geschlechtsunterschiede, 35 % der Männer und 27 % der Frauen sind für eine Erhöhung. Dieser Unterschied ist zwar nicht sehr groß, lässt sich jedoch auch beim Thema Gebührenerhöhung für Volkshochschulkurse und die Nutzung städtischer Bibliotheken feststellen.

Tabelle 18: Vergleich der Zustimmung zu möglichen Gebührenerhöhungen nach Einkommen (Angaben in %)

	gesamt	unter 800 €	800 bis unter 1400 €	1400 bis unter 2000€	2000 € und mehr
sonstige Bußgelder	**72**	71	73	78	78
Gebühren für Falschparker	**67**	67	64	76	80
Gebühren im Baugenehmigungsverfahren	**63**	61	61	66	76
Gebühren für Standesamt	**61**	55	60	71	80
Gebühren für Sondernutzung (z. B. Standgebühren für Märkte, Gebühren für Veranstaltungen, Werbeaktionen)	**54**	50	53	62	66
Gebühren für Amtshandlungen (z. B. Beglaubigungen, gesetzliche Vertretungen, Genehmigungen, Leistungen der Stadt oder städtischer Ämter)	**37**	33	36	43	57
Parkgebühren	**36**	36	31	40	57
Gebühren für Leistungen der Feuerwehr	**36**	32	34	43	58
Gebühren für Musikschule	**31**	28	31	35	38
Gebühren für Volkshochschulkurse	**28**	24	28	31	36
Gebühren kommunaler Friedhöfe (Grabnutzungs-, Bestattungs- und sonstige Gebühren)	**23**	17	19	31	44
Gebühren für die Nutzung städtischer Bibliotheken	**22**	17	23	24	22
Elternbeiträge Krippe, Kita, Hort	**13**	11	11	14	24
Gebühren für die Müllabfuhr, Abfallentsorgung, Abwasserentsorgung, Straßenreinigung	**13**	15	11	12	26

Abgebildet sind die Zustimmungswerte, die aus den Angaben „stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“ resultieren (Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“ und keine Angabe.)

Insgesamt 28 % der Befragten stimmen für eine Erhöhung der Gebühren für Volkshochschulkurse. Ähnlich wie beim Thema Musikschule liegen geringe Altersunterschiede vor. Die geringste Zustimmung zur Gebührenerhöhung für Volkshochschulkurse gibt es bei Schülern und Studierenden (18 %) und Auszubildenden (13 %). Auch die Zustimmung zur Erhöhung von Gebühren für die Nutzung städtischer Bibliotheken ist mit 22 % eher niedrig. Damit akzeptiert nur knapp jeder Fünfte Gebührenerhöhungen in diesem Bereich. Altersunterschiede sind dabei gering, allerdings zeigt die Betrachtung der Gruppen der Schüler und Studierenden und Auszubildenden eine sehr niedrige Zustimmung von 15 %. Auch hier steigt die Zustimmung zur Gebührenerhöhung mit dem persönlichen Nettoeinkommen leicht an. Einkommensunterschiede zeigen sich auch in der Zustimmung zur Erhöhung von Gebühren kommunaler Friedhöfe (Grabnutzungs-, Bestattungs- und sonstige Gebühren). Einer Erhöhung von Gebühren in diesem Bereich stimmen insgesamt nur 23 % der Befragten zu.

Die Zustimmung steigt mit dem Schulabschluss, der beruflichen Stellung und dem Einkommen. Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss stimmen häufiger (33 % bzw. 37 %) zu als Personen, die (noch) ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind (17 %), hierzu zählen auch Auszubildende. Zudem steigt die Zustimmung mit dem Einkommen, so stimmen 17 % der Befragten in der Einkommensgruppe unter 800 Euro zu, jedoch 44 % in der Einkommensgruppe ab 2000 Euro.

Die Zustimmung zur Erhöhung der Elternbeiträge für Krippe, Kita und Hort fällt mit insgesamt 13 % sehr niedrig aus. Die Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen ist hier etwas häufiger für Gebührenerhöhungen (17 %) als die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen (34 %). Auch hier steigt die Zustimmung zu einer Gebührenerhöhung mit dem persönlichen Nettoeinkommen. 24 % der Befragten in der Gruppe mit über 2000 Euro Einkommen können sich Gebührenerhöhungen im Bereich Kita, Krippe und Hort vorstellen, in den anderen Gruppen liegt die Zustimmung dagegen nur bei durchschnittlich 13 %. Bei den Gruppen der Schüler und Studierenden, Rentner/Pensionären sowie Erwerbstätigen findet sich durchgängig nur eine geringe Unterstützung für diese Gebührenerhöhungen (13 %). Hier liegt damit ein eindeutiger Einkommenseffekt vor, allerdings bei einer mehrheitlichen Ablehnung durch alle Gruppen.

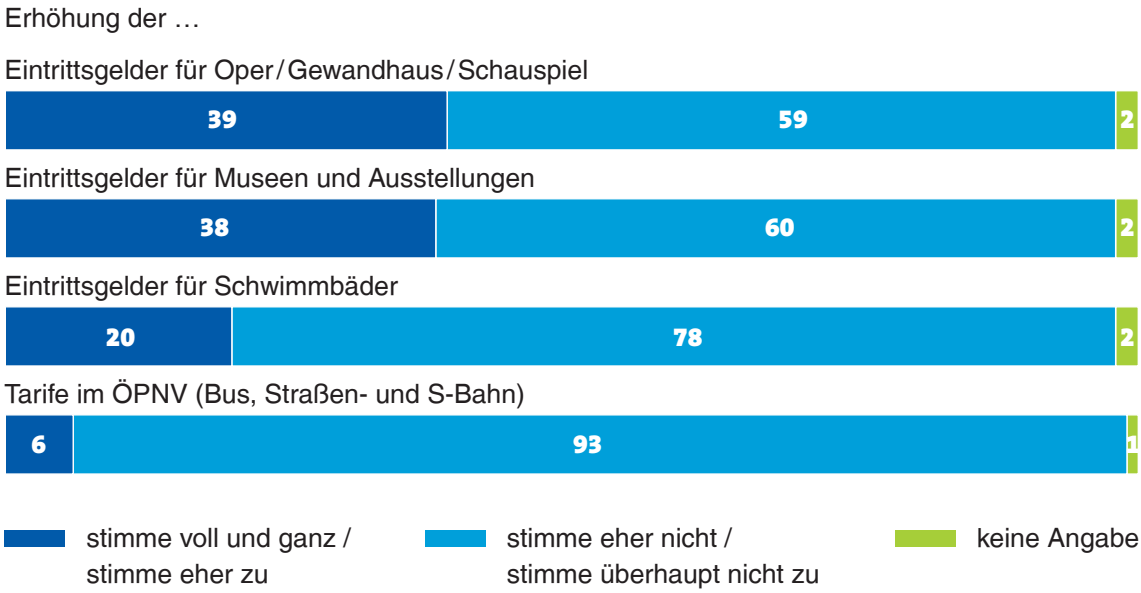
Ebenfalls lediglich 13 % können sich eine Erhöhung der Gebühren für Müllabfuhr, Abfallentsorgung, Abwasserentsorgung und Straßenreinigung vorstellen. Mit dem Alter sinkt die Zustimmung hierzu deutlich, junge Befragte stimmen einer Erhöhung dieser Gebühren eher zu. Nur 5 % der 65- bis 85-Jährigen (die Gruppe der Rentner/Pensionäre) befürworten eine Erhöhung dieser Gebühren, bei den 18- bis 24-Jährigen sind es demgegenüber 21 %. Lediglich 10 % der Arbeitslosen stimmen für eine Erhöhung, während es bei den Erwerbstätigen 16 % und bei den Schülern und Studierenden 22 % sind. Auch bei dieser Gebührenerhöhung steigt die Zustimmung mit dem Einkommen. Während nur 15 % der Befragten mit einem persönlichen Nettoeinkommen unter 800 Euro zustimmen, steigt die Zustimmung mit dem Einkommen kontinuierlich und ist bei Personen mit einem Einkommen ab 2000 Euro fast doppelt so hoch (26 %). Insgesamt wird eine Gebührenerhöhung jedoch klar abgelehnt. 84 % der Befragten geben an, einer Gebührenerhöhung eher nicht oder überhaupt nicht zuzustimmen

3.2.2 Erhöhung von Eintritten und Tarifen

Neben den Fragen zur Gebührenerhöhung widmet sich ein Fragenkomplex in der Einnahmestrategie möglichen Erhöhungen von Eintritten und Tarifen. Wo gibt es bei Eintritten und Tarifen im Bereich Verkehr (ÖPNV), Kultur sowie Freizeit (Schwimmbäder) Einnahmepotenzial? Welchen Erhöhungen stimmen die Befragten voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zu?

Generell wird eine Erhöhung von Eintritten und Tarifen eher abgelehnt. Am ehesten werden Möglichkeiten für Einnahmeerhöhungen noch bei den Eintritten im Kulturbereich gesehen. Bei den Tarifen im ÖPNV sind hingegen keine Erhöhungen gewünscht, ganze 93 % der Befragten lehnen eine Erhöhung der Tarife im ÖPNV für Bus, Straßen- und S-Bahn ab.

Abbildung 14: Erhöhungen von Eintritten und Tarifen (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Erhöhungen von Eintritten und Tarifen stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Jeweils knapp 40 % der Befragten stimmen möglichen Erhöhungen der Eintrittsgelder in großen städtischen Kulturhäusern sowie für Ausstellungen und Museen zu. Insgesamt ist das Bild im Bereich Kultur differenziert und unterscheidet sich hinsichtlich des jeweiligen kulturellen Angebots. Bei der Zustimmung zur Erhöhung von Eintrittsgeldern für Oper/Gewandhaus/Schauspiel bestehen deutlichere Meinungsunterschiede zwischen den Geschlechtern als dies bei Museen und Ausstellungen der Fall ist. Eindeutige Tendenzen sind hier bezüglich des Geschlechts, des Alters und des Einkommens zu erkennen. So stimmt knapp die Hälfte der Männer einer Erhöhung von Eintritten für Oper/Gewandhaus/Schauspiel zu (47 %), aber nur ein Drittel der Frauen (32 %). In der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen stimmen 46 % zu. Bei den 35- bis 49-Jährigen ist es genau die Hälfte, dann sinkt die Zustimmung von 38 % (der 50- bis 64-Jährigen) auf nur 23 % bei den Älteren ab 65 Jahre. Die Hälfte der Erwerbstätigen (49 %) stimmt einer Erhöhung der Eintritte für Oper/Gewandhaus/Schauspiel zu, aber nur 25 % der Rentner/Pensionäre; bei den Arbeitslosen sind es immerhin 36 %. Bei einer genaueren Differenzierung der Erwerbstätigen zeigen sich weitere Auffälligkeiten. Selbstständige und leitende Angestellte stimmen einer Erhöhung von Eintritten häufiger zu, Ungelernte und Berufsfremde ebenfalls (51 %). Andererseits stimmen aber Personen mit geringem Einkommen seltener zu. Einer Erhöhung der Eintrittsgelder für Museen und Ausstellungen wird fast genauso häufig zugestimmt (38 %) wie einer Erhöhung der Eintritte für Oper/Gewandhaus/Schauspiel (39 %). Im Gegensatz zur Zustimmung bei Oper/Gewandhaus/Schauspiel ist das Bild bei Eintritten für Museen und Ausstellungen hinsichtlich Geschlecht und Alter differenzierter. Die Unterschiede beim Geschlecht sind hier nur halb so groß. 41 % der Männer stimmen einer Erhöhung zu, 35 % der Frauen. Beim Alter ist es erneut die Gruppe der 35- bis 49-Jährigen, bei der die größte Zustimmung besteht (47 %).

Einer Erhöhung der Eintritte für Schwimmbäder stimmen lediglich 20 % der Befragten zu. Der Wert sinkt dabei mit steigendem Alter auf lediglich 14 % Zustimmung bei den 65- bis 85-Jährigen. Mit 35 % besteht die stärkste Zustimmung zur Erhöhung der Eintritte bei jenen Gruppen, die selbst auch von ermäßigten Eintritten profitieren – den Schülern und Studierenden. Wie bei nahezu allen Gebühren steigt auch hier die Zustimmung mit dem persönlichen Nettoeinkommen.

Tabelle 19: Welchen möglichen Erhöhungen von Eintritten und Tarifen stimmen Sie zu, welchen nicht? (Angaben in %)

	Tarife im ÖPNV (Bus, Straßen- und S-Bahn)		Eintritte Museen/ Ausstellungen		Eintritte Oper/ Gewandhaus/ Schauspiel		Eintritte Schwimm- bäder	
	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu
gesamt	**6**	**93**	**38**	**60**	**39**	**59**	**20**	**78**
davon:								
männlich	8	91	41	58	47	52	23	76
weiblich	3	96	35	64	32	67	17	81
davon:								
18 bis 34 Jahre	8	91	39	60	46	54	24	76
35 bis 49 Jahre	9	91	47	53	50	50	22	77
50 bis 64 Jahre	3	96	36	63	38	61	17	82
65 bis 85 Jahre	2	95	29	67	23	75	14	83
darunter Stellung im Erwerbsleben:								
Erwerbstätige	8	92	45	55	49	51	24	76
Arbeitslose	3	97	24	76	36	64	9	91
Rentner / Pensionäre	2	96	30	67	25	72	14	83
Schüler und Studierende	11	89	36	64	41	59	35	65
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:								
unter 800 Euro	3	95	43	64	36	63	17	82
800 bis unter 1400 Euro	5	94	33	66	37	62	16	83
1400 bis unter 2000 Euro	6	93	45	54	44	55	26	73
2000 Euro und mehr	15	85	57	42	57	42	33	67
davon:								
Personen, die Kürzungs-strategie bevorzugen	12	87	50	48	55	44	30	69
Personen, die Einnahme-strategie bevorzugen	8	90	38	60	52	56	22	75
Personen, die Wachs-tumsstrategie bevorzugen	4	95	37	61	37	61	18	81

(Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch keine Angabe)

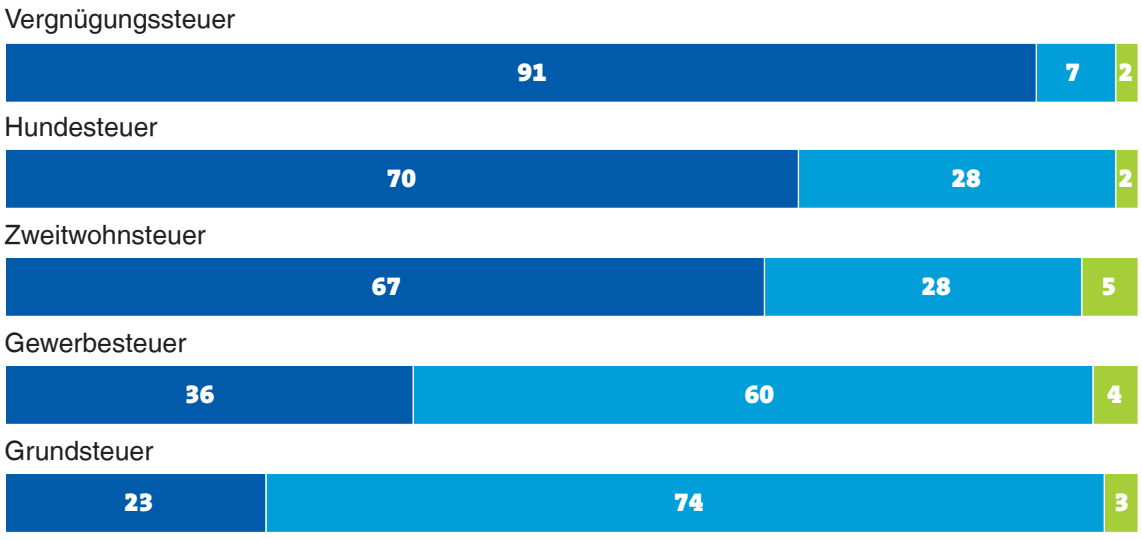
Die massive Ablehnung von Erhöhungen der Tarife im ÖPNV (Bus, Straßen- und S-Bahn) zeigt, welchen hohen Stellenwert das Thema ÖPNV in Leipzig hat: Neun von zehn Befragten (93 %) lehnen eine Erhöhung ab. Bei den Arbeitslosen (97 %) sowie den Rentnern / Pensionären (96 %) liegt die Ablehnung sogar höher als bei den Erwerbstätigen (92 %) und Schülern und Studierenden (89 %).

3.2.3 Anhebung kommunaler Steuern

Steuern sind für die Finanzen Leipzigs eine wichtige Einnahmequelle. Die Kommune selbst hat dabei jedoch nur auf einen kleinen Teil der Steuern direkten Einfluss, wie z. B. die Grund- oder die Gewerbesteuer. Diese Steuern können aber nicht beliebig erhöht werden, sie sind auch Schwankungen unterlegen, wie etwa die Gewerbesteuer wirtschaftlichen Konjunkturen. Ihr Beitrag zu den kommunalen Einnahmen ist daher nicht ohne weiteres kalkulierbar.

Im Fragebogen wurde neben einer Erhöhung von Gebühren, Tarifen und Eintritten auch nach der Zustimmung zur Anhebung kommunaler Steuern gefragt. Die höchste Zustimmung liegt bei der Erhöhung der Vergnügungssteuer vor. 9 von 10 Personen (91 %) können sich höhere Steuern für Casino, Glücksspiel oder Erotik vorstellen. Immerhin 70 % der Befragten sprechen sich für eine Erhöhung von Hunde- und Zweitwohnsteuer aus. Weniger als die Hälfte der Befragten stimmt einer Erhöhung der Gewerbe- oder Grundsteuer zu.

Abbildung 15: Erhöhung kommunaler Steuern (Angaben in %)



Frage: Welchen möglichen Erhöhungen von kommunalen Steuern stimmen Sie zu, welchen nicht? (Basis: alle Befragten; Die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.)

Bei der Vergnügungssteuer lohnt sich der Blick auf das Einkommen. Die Zustimmung zur Erhöhung der Vergnügungssteuer steigt leicht mit dem Einkommen: Von 89 % der Befragten mit einem persönlichen Nettoeinkommen von unter 800 Euro auf 97 % bei denjenigen mit einem Einkommen ab 2000 Euro. Ein Blick auf die Stellung im Erwerbsleben verstärkt dieses Bild, denn 80 % der Arbeitslosen stimmen einer Erhöhung der Vergnügungssteuer zu, während es bei den Erwerbstätigen 93 % sind.

Einer Erhöhung der Hundesteuer stimmen 70 % der Befragten zu. Im Altersvergleich zeigt sich, dass jüngere Befragte bis 35 sowie die der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen einer Erhöhung der Hundesteuer seltener zustimmen. Zudem liegt ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Stellung im Erwerbsleben und dem persönlichen Nettoeinkommen vor. Die Zustimmung zu einer Erhöhung der Hundesteuer steigt mit dem persönlichen Nettoeinkommen, die Ablehnung ist demgegenüber bei den Arbeitslosen am größten (44 %).

Ein relativ homogenes Bild zeigt sich bei der Zweitwohnsteuer. Insgesamt stimmen hier 67 % der Befragten einer Erhöhung zu, Jüngere etwas seltener. Splittet man die Gruppe der bis 25-Jährigen weiter auf und betrachtet allein die 18- bis 24-Jährigen (in der Tabelle nicht gesplittet), so liegt die Ablehnung in dieser Altersgruppe bei 41 %. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um Studierende sowie Auszubildende handelt, die davon überproportional betroffen wären.

Tabelle 20: Welche der kommunalen Steuern könnten Ihrer Meinung nach angehoben werden, um die Einnahmen zu erhöhen? (Angaben in %)

	Vergnügungssteuer		Hundesteuer		Zweitwohnsteuer	
	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu
gesamt	**91**	**7**	**70**	**28**	**67**	**28**
davon:						
männlich	92	7	75	24	71	27
weiblich	92	7	67	31	66	29
davon:						
18 bis 34 Jahre	91	8	66	33	65	31
35 bis 49 Jahre	94	6	75	24	72	27
50 bis 64 Jahre	91	8	68	30	70	27
65 bis 85 Jahre	92	5	76	21	68	26
darunter Stellung im Erwerbsleben:						
Erwerbstätige	93	6	72	27	70	28
Arbeitslose	80	17	52	44	70	25
Rentner / Pensionäre	93	5	74	24	69	25
Schüler und Studierende	95	5	70	30	56	42
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:						
unter 800 Euro	89	10	61	37	65	31
800 bis unter 1400 Euro	93	6	71	28	68	28
1400 bis unter 2000 Euro	97	3	81	19	73	25
2000 Euro und mehr	97	2	83	16	71	27
davon:						
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	95	4	74	25	72	25
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	89	8	73	24	68	26
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	92	7	69	29	68	28

(Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch keine Angabe)

Einer Erhöhung der Gewerbesteuer stimmt lediglich ein reichliches Drittel der Befragten zu (36 %); um diesen Wert schwanken alle Werte der Zustimmung in den verschiedenen demografischen Gruppen. Eine Ausnahme bilden die Arbeitslosen – hier ist fast die Hälfte für eine Erhöhung der Gewerbesteuer (49 %).

Einer Erhöhung der Grundsteuer stimmen 23 % der Befragten zu. Bei der Grundsteuer zeigt sich ein Unterschied in der Zustimmung zwischen Männern (28 %) und Frauen (19 %). Eine geringere Zustimmung zur Erhöhung der Grundsteuer besteht zudem mit zunehmendem Alter, denn lediglich 17 % der 65- bis 85-Jährigen stimmen dem zu.

Tabelle 21: Welche der kommunalen Steuern könnten Ihrer Meinung nach angehoben werden, um die Einnahmen zu erhöhen? (Angaben in %)

	Grundsteuer		Gewerbesteuer	
	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu	stimme voll und ganz/ eher zu	stimme eher nicht/ überhaupt nicht zu
gesamt	**23**	**74**	**36**	**60**
davon:				
männlich	28	71	40	58
weiblich	19	77	34	62
davon:				
18 bis 34 Jahre	27	72	35	64
35 bis 49 Jahre	27	72	38	60
50 bis 64 Jahre	23	75	41	57
65 bis 85 Jahre	17	77	35	59
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	26	73	37	61
Arbeitslose	29	69	49	50
Rentner / Pensionäre	16	79	37	58
Schüler und Studierende	32	68	34	66
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	24	72	39	57
800 bis unter 1400 Euro	20	77	36	61
1400 bis unter 2000 Euro	27	72	35	63
2000 Euro und mehr	32	67	38	61
davon:				
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	22	76	31	67
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	39	59	47	50
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	21	77	36	61

(Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch keine Angabe)

3.3 Weitere Einnahmen

Abschließend wurde mit einer offenen Frage ohne Antwortvorgaben gefragt, mit welchen weiteren Quellen die Stadt Einnahmen erzielen könnte. Die Vielfalt der Ideen und Vorschläge zeigt sich bereits an der Vielzahl der Nennungen. Von den insgesamt 1369 Nennungen sind in Abbildung 16 die 250 häufigsten Nennungen dargestellt. Hierzu wurden Nennungen unterschiedlicher Schreibweise in Themen zusammengefasst oder solche Wörter vereinheitlicht, die in unterschiedlicher Schreibweise auftraten (z. B. Hundekot, Hinterlassenschaften von Hunden etc.). Je größer die Wörter geschrieben sind, desto mehr Nennungen konnten sie auf sich vereinigen.

Abbildung 16: Weitere Einnahmequellen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger

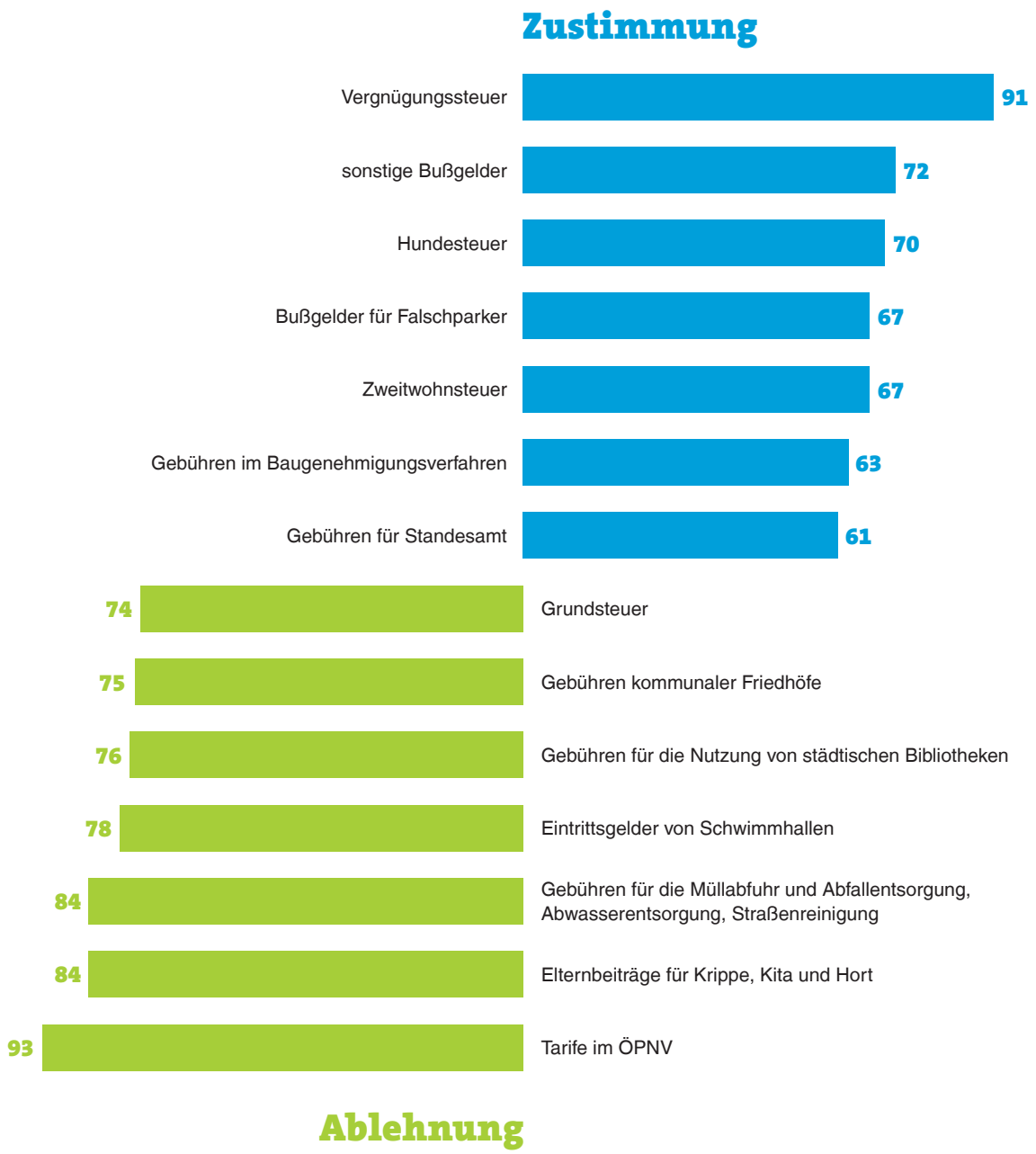
Frage: Fallen Ihnen weitere Quellen ein, durch die die Stadt Einnahmen erzielen könnte? (Dargestellt sind die 250 häufigsten Nennungen von insgesamt 1369 Antworten. Mehrfachnennungen unterschiedlicher Schreibweise oder sinngleicher Nennung wurden zur Vereinheitlichung zusammengefasst; erstellt mit Wordle.)

Auffällig ist hierbei, dass die Nennungen im Schaubild den Werten der Zustimmung zu den verschiedenen Gebührenerhöhungen ähneln. Dabei wird insbesondere die hohe Zustimmung zu Bußgeldern deutlich, wobei die Befragten vor allem im Verkehrsbereich ein hohes Einnahmepotenzial sehen. Hierzu zählen alle Bußgelder, die aus vermehrten Verkehrskontrollen des ruhenden und fließenden Verkehrs resultieren. Auch das Thema Parken (hierzu zählen alle Nennungen zum Thema Parken, z. B. Parkgebühren, Falschparken, Anwohnerparken, Parken von Zweitwagen) hat eine besondere Relevanz. Im Bereich Ämter werden – analog zu Forderungen nach Kürzungen in diesem Bereich – Einnahmen nicht als Folge von Gebührenerhöhungen benannt, sondern als Folge von Einsparungen und Rationalisierungen. Besonders häufige Nennungen sind hier Einsparungen im Personalbereich sowie bei Bezügen und Abfindungen in der Verwaltung und städtischen Unternehmen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Tourismus. Die wirtschaftliche Bedeutung von Tourismus liegt hierbei in der durch diesen gestärkten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen (Kaufkraft), infolgedessen sich die Befragten vermutlich mehr Einnahmen bzw. mehr Beschäftigung versprechen. Als zusätzliche Einnahmequellen im Bereich Tourismus wurden auch die Touristensteuer oder die Bettenabgabe aufgeführt. Analog dazu wurde auch eine Umlandabgabe genannt, die von den im Leipziger Umland wohnenden Personen für die (Mit-)Nutzung der Leipziger Infrastruktur wie Verkehrsnetz und Kultur erhoben werden könne. Eine weitere häufige Nennung besteht zudem in der Forderung nach mehr Kontrollen und Bußgeldern im Bereich Umweltsünder/Umweltverschmutzung. Dies beinhaltet Nennungen wie Müll auf den Straßen, Zigarettenkippen, Verschmutzung von Grünflächen und unerlaubte Entsorgung von Abfall/Abwasser. Neben einer Umwelt-Polizei wurde auch eine Umweltmaut gefordert.

3.4 Zwischenfazit zur Einnahmestrategie

Bei der Einnahmestrategie konnten die Befragten zu insgesamt 23 möglichen Erhöhungen von Gebühren, Eintritten und Tarifen sowie Steuern ihre Meinung kundtun. Anders als bei der Kürzungsstrategie ist das Bild hier differenzierter. In der folgenden Abbildung sind jeweils die sieben Bereiche abgebildet, in denen die Zustimmung zur Erhöhung von Gebühren, Tarifen oder Eintritten am höchsten bzw. geringsten war.

Abbildung 17: Bereiche mit der höchsten Zustimmung und der höchsten Ablehnung von Erhöhungen (Angaben in %)



Abgebildet sind die sieben Bereiche, in denen die Mehrheit der Befragten Erhöhungen voll und ganz oder eher zustimmten, sowie die sieben Bereiche, in denen die Mehrheit der Befragten Erhöhungen eher nicht oder überhaupt nicht zustimmten. Dazu wurden die Antworten zu „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ sowie die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ zusammengefasst. (Basis: alle Befragten)

Deutlich wird dabei eine Affinität zu Gebühren rund um die Themen Ordnung und Sauberkeit. Hierzu zählen insbesondere jegliche Formen von Bußgeldern (Verkehr, nicht erlaubtes öffentliches Grillen, Nichterbringen von Streupflichten, Hundekot und sonstige Verschmutzungen). Gleichzeitig sind die Befragten aber nicht bereit, höhere Gebühren für Ordnung und Sauberkeit zu entrichten. Die Bereiche, in denen die Zustimmung gering ist, sind auch die Bereiche, in denen die Zustimmung zu Kürzungen gering ausfällt.

Bei der Zustimmung zu den einzelnen Gebührenerhöhungen gibt es Bereiche, bei denen es keine Altersunterschiede gibt. Hierzu zählen vor allem die Bereiche Soziales und Bildung (Kitas, VHS etc.). Ausgeprägte Altersunterschiede im Antwortverhalten bestehen demgegenüber bei Umwelt- und Verkehrsthemen. So sprechen sich Jüngere häufiger für Gebührenerhöhungen bei Falschparkern und Parkgebühren und im Bereich Müllabfuhr, Abfall- und Abwasserentsorgung sowie Straßenreinigung aus. Personen mittleren Alters sind häufiger für Gebührenerhöhungen beim Standesamt sowie im Bereich Ämter. Dabei spielt der Ämterbereich eine besondere Rolle, denn neben direkten Gebührenerhöhungen, wie beispielsweise Buß- und Ordnungsgelder oder Baugenehmigungsverfahren, werden Einnahmen in diesem Bereich häufig mit Einsparungen gleichgesetzt. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der offenen Frage zu weiteren Einnahmequellen in Forderungen nach geringeren Beamtenbezügen oder der geringeren Entlohnung städtischer Angestellter.

Insgesamt scheinen für die Zustimmung zur Erhöhung von Gebühren, Eintritten oder Tarifen die eigene Betroffenheit, die Häufigkeit der Zahlung und das persönliche Nettoeinkommen ausschlaggebend zu sein. Die Zustimmung hierzu steigt, je seltener eine Gebühr gezahlt werden muss (z. B. Standesamt). Außerdem steigt sie, je geringer die Chance einer eigenen Betroffenheit ist. Des Weiteren steigt sie, wenn damit eine Reglementierung anderer (z. B. Bußgelder für Hundekot, Falschparker, Schnellfahrer, etc.) verbunden ist. Damit kann auch die enorme Zustimmung für die Erhöhung von Bußgeldern erklärt werden: Je seltener eine Gebühr selbst entrichtet wird, desto eher wird einer Erhöhung zugestimmt. Neben der Häufigkeit der Nutzung von Leistungen oder der Entrichtung ist auch das Einkommen ausschlaggebend. Die Zustimmung zu Gebührenerhöhungen steigt in allen Bereichen mit dem persönlichen Nettoeinkommen an.

4 Die Wachstumsstrategie

4.1 Was ist die Wachstumsstrategie?

Neben der Kürzungs- und der Einnahmestrategie wurde die Wachstumsstrategie als dritte Strategie im Fragebogen vorgestellt und wie folgt definiert: Die Stadt schöpft alle Möglichkeiten der Förderung der lokalen Wirtschaft aus, auch wenn dies Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität in der Stadt haben könnte.
Die Wachstumsstrategie wurde im Fragebogen auf zwei Schwerpunkte bezogen: Positive finanzielle Auswirkungen und negative Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltbedingungen. Zunächst sollten die Befragten angeben, von welchen Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung sie sich positive finanzielle Auswirkungen für die Stadt Leipzig versprechen. Da die Wachstumsstrategie dabei auch negative Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltbedingungen in Leipzig haben könnte, sollten die Befragten auch ihre Meinung äußern, welche Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität sie tolerieren bzw. nicht tolerieren.

Mehr als die Hälfte der Befragten unterstützt die Wachstumsstrategie spontan als am besten geeignete Strategie (59 %). Dabei gibt es keine Veränderung des Meinungsbildes im Verlauf der Beantwortung des Fragebogens, insbesondere nachdem auch die Meinung zu möglichen (negativen) Auswirkungen von wirtschaftlichem Wachstum erfragt wurde. Die nachfolgende Tabelle 22 zeigt, in welchen Teilgruppen die Zustimmung zur Wachstumsstrategie besonders ausgeprägt ist.

Tabelle 22: Wie geeignet ist die Wachstumsstrategie? (Angaben in %)

	ist am besten geeignet	ist mittelmäßig geeignet	ist am schlechtesten geeignet	keine Angabe
gesamt	**59**	**22**	**12**	**6**
davon:				
männlich	61	20	13	6
weiblich	57	25	12	5
davon:				
18 bis 34 Jahre	52	31	15	1
35 bis 49 Jahre	62	17	16	4
50 bis 64 Jahre	65	20	9	6
65 bis 85 Jahre	60	19	9	12
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	60	24	14	3
Arbeitslose	55	24	10	11
Rentner / Pensionäre	61	18	10	11
Schüler und Studierende	44	38	18	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	56	26	13	5
800 bis unter 1400 Euro	64	19	12	6
1400 bis unter 2000 Euro	58	25	14	3
2000 Euro und mehr	60	22	15	3

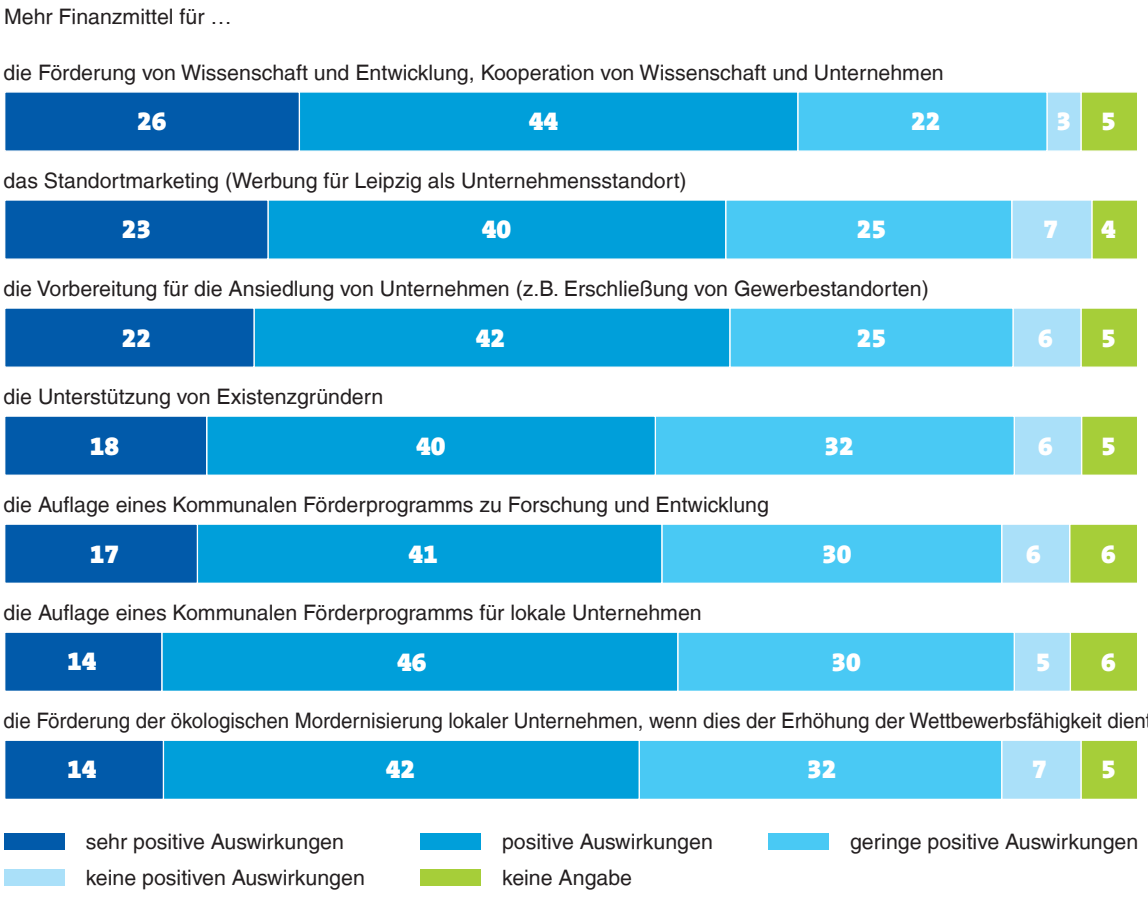
(Basis: alle Befragten)

4.2 Auswertung einzelner Bereiche der Wachstumsstrategie

4.2.1 Wirtschaftsförderung

Die erste Frage zur Wachstumsstrategie ermittelt die Meinung zu verschiedenen Möglichkeiten lokaler Wirtschaftsförderung sowie den jeweils erwarteten Auswirkungen. Die Befragten konnten angeben, ob sie sich von den genannten Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sehr positive, positive, geringe positive oder keine positiven Auswirkungen versprechen (Abbildung 18). Dabei wird deutlich, dass sich die Befragten von allen vorgeschlagenen Maßnahmen zu über 90 % sehr positive, positive oder zumindest geringe positive Auswirkungen erhoffen, was auf eine insgesamt positive Einstellung zu Wachstum hinweist. Beim Blick auf die demografischen Teilgruppen bestätigt sich diese grundlegend positive Haltung, denn das Meinungsbild ist insgesamt sehr homogen. Zwischen den Geschlechtern, den Alters- oder den Einkommensgruppen sind die Unterschiede zumeist so minimal, dass hier nicht von Unterschieden oder Tendenzen gesprochen werden kann.

Abbildung 18: Förderung der lokalen Wirtschaft (Angaben in %)



Frage: Es gibt vielfältige Möglichkeiten die lokale Wirtschaft zu fördern. Von welchen der folgenden Möglichkeiten versprechen Sie sich positive finanzielle Auswirkungen für die Stadt? (Basis: alle Befragten)

70 % der Befragten erhoffen sich von der Förderung von Wissenschaft und Entwicklung sowie einer Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen sehr positive (26 %) oder positive (44 %) Auswirkungen. Vor allem Schüler und Studierende versprechen sich von einer solchen Förderung und Verknüpfung von Wirtschaft und Forschung sehr positive und positive Auswirkungen (82 %). Aber auch 61 % der Arbeitslosen erwarten sehr positive (18 %) oder positive Auswirkungen (43 %). Hinsichtlich des Geschlechts gibt es gewisse Unterschiede, so erhoffen sich Männer (76 %) häufiger sehr positive oder positive Auswirkungen einer solchen Förderung als Frauen (66 %).

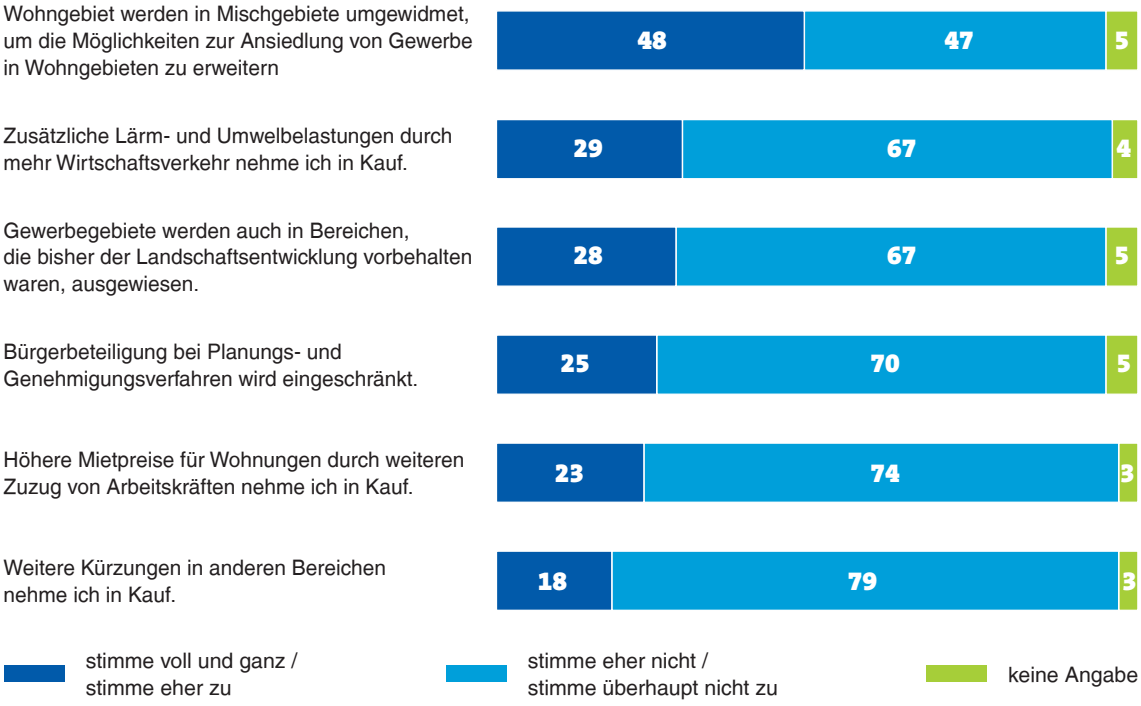
64 % der Befragten erhoffen sich sehr positive (22 %) oder positive Auswirkungen (42 %) von der Vorbereitung der Ansiedlung von Unternehmen, wie zum Beispiel der Erschließung von Gewerbestandorten. Zwischen den verschiedenen Altersgruppen gibt es hierbei Unterschiede. Da diese jedoch keine klare Tendenz haben, sondern zwischen den verschiedenen Gruppen diffus sind, wird davon ausgegangen, dass diese Unterschiede aus der Stellung im Erwerbsleben resultieren. So erhoffen sich 71 % der Schüler und Studierenden sowie Auszubildenden, 66 % der Rentner/Pensionäre, 65 % der Erwerbstätigen und 57 % der Arbeitslosen sehr positive oder positive Auswirkungen einer Vorbereitung der Ansiedlung von Unternehmen. Bei einer Betrachtung nach dem Einkommen gibt es keine nennenswerten Meinungsunterschiede.

Vom Standortmarketing (Werbung für Leipzig als Unternehmensstandort) versprechen sich 63 % der Befragten sehr positive (23 %) oder positive Auswirkungen (40 %). Dies ist unabhängig von den demografischen Merkmalen, denn in allen Teilgruppen gibt es keine Abweichung von diesen Werten. Des Weiteren erwarten von der Auflage eines kommunalen Förderprogramms für lokale Unternehmen 60 % der Befragten sehr positive (14 %) oder positive (46 %) Auswirkungen. Auch hier ist die Zustimmung von Alter, Geschlecht und Einkommen unabhängig. Die Werte in den verschiedenen demografischen Gruppen pendeln um die oben genannten Gesamtwerte von 14 % für sehr positive Auswirkungen und 46 % für positive Auswirkungen. Nur 5 % der Befragten denken, hier gäbe es keine positiven Auswirkungen. Dies zeigt, dass Maßnahmen zur Förderung der lokalen Wirtschaft bei den Bürgern und Bürgerinnen einen hohen Stellenwert besitzen. Eine Mehrheit der Befragten (58 %) verspricht sich von der Auflage eines kommunalen Förderprogramms zu Forschung und Entwicklung sehr positive Auswirkungen (17 %) oder positive Auswirkungen (41 %). Dabei ist das Stimmungsbild unter den Befragten unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht sehr ähnlich. Von mehr Finanzmitteln für die Unterstützung von Existenzgründern erhoffen sich ebenfalls 58 % der Befragten sehr positive (18 %) und positive (40 %) Auswirkungen. Sehr positive Auswirkungen versprechen sich hier gerade auch Auszubildende (33 %), Ungelernte/Berufsfremde (28 %), Arbeitslose (26 %) sowie Personen (noch) ohne Berufsausbildung (25 %). Eine Förderung der ökologischen Modernisierung lokaler Unternehmen, wenn dies der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit dient, wird ebenfalls positiv gesehen, 56 % der Befragten erwarten davon sehr positive (14 %) oder positive Auswirkungen (42 %), wobei Jüngere hier etwas optimistischer sind als Ältere. So versprechen sich bei den 18- bis 34-Jährigen 62 % sehr positive oder positive Auswirkungen. Mit dem Alter sinkt dies dann leicht – aber kontinuierlich – auf 52 % bei den 65- bis 85-Jährigen.

4.2.2 Auswirkungen auf Lebens- und Umweltqualität

Obwohl die Wachstumsstrategie die bevorzugte Strategie ist, möchten die Befragten keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt- und Lebensqualität in Kauf nehmen. Insgesamt stehen sie den genannten Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität eher skeptisch bzw. ablehnend gegenüber. Die Zustimmung beziehungsweise Akzeptanz bestimmter Auswirkungen liegt in allen Bereichen unter 50 %.

Abbildung 19: Auswirkungen von Wachstum auf die Lebens- und Umweltqualität (Angaben in %)



Frage: Wirtschaftliches Wachstum kann Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität haben.Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu? (Basis: alle Befragten)

Die höchste Zustimmung findet sich mit 48 % bei der Umwidmung der Wohngebiete in Mischgebiete, um die Möglichkeiten zur Ansiedlung von Gewerbe in Wohngebieten zu erweitern. Unterschiede bei Alter, Geschlecht oder Einkommen sind hierbei kaum vorhanden. Eine Tendenz zeigt sich in einer leicht zunehmenden Akzeptanz mit steigendem Einkommen. Das Meinungsbild zu diesem Thema ist insgesamt gespalten, denn jeweils die Hälfte der Befragten stimmt einer Umwidmung zu bzw. lehnt sie ab. Bei allen anderen möglichen Auswirkungen gibt es eindeutige Meinungsbilder.

29 % der Befragten würden zusätzliche Lärm- und Umweltbelastungen durch mehr Wirtschaftsverkehr in Kauf nehmen, wobei Männer dies häufiger angeben (36 %) als Frauen (24 %). Zudem sinkt mit dem Alter die Bereitschaft, Lärmbelastungen in Kauf zu nehmen, deutlich. Während 40 % der 18- bis 34-Jährigen dies akzeptieren würden, sinkt die Zustimmung auf 33 % bei den 35- bis 49-Jährigen und lediglich 22 % bei den über 50-Jährigen. Auch bei der Stellung im Erwerbsleben bestätigt sich der Einfluss des Alters auf die Akzeptanz zusätzlicher Lärmbelastung. 42 % der Schüler und Studierenden würden diese in Kauf nehmen, 33 % der Erwerbstätigen, aber nur 23 % der Rentner/Pensionäre. Bei den Besserverdienenden ist die Zustimmung überdurchschnittlich: Während Personen mit einem Einkommen von unter 2000 Euro nur zu 29 % zustimmen, stimmen Personen mit einem höheren Einkommen mit 44 % zu. Eine Ausweisung von Gewerbegebieten auch in Bereichen, die bisher der Landschaftsentwicklung vorbehalten waren, befürworten lediglich 28 % der Befragten. Hierbei liegen keine Auffälligkeiten oder Unterschiede bezüglich Geschlecht, Alter oder Einkommen vor. Einer Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren stimmen 25 % der Befragten zu, Männer etwas häufiger (30 %) als Frauen (23 %). Auch beim Alter liegen Unterschiede vor: 22 % der 18- bis 24-Jährigen stimmen einer Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren zu, während es bei den 25- bis 34-Jährigen 34 % sind und bei denen im Alter von 35 bis 54 Jahren jeweils 27 %. Es gibt eine stärkere Zustimmung sowohl in den einkommensstärkeren Gruppen (35 % Zustimmung bei Personen mit Einkommen von 2000 Euro und mehr) sowie bei leitenden Angestellten (40 %), als auch bei Ungelernten/Berufsfremden (41 %) und bei Auszubildenden (36 %).

Tabelle 23: Wirtschaftliches Wachstum kann Auswirkungen auf die Lebens- und Umwelqualität haben. (Angaben in %)

	gesamt	18 – 24 Jahre	25 – 34 Jahre	35 – 44 Jahre	45 – 54 Jahre	55 – 64 Jahre	65 – 74 Jahre	75 – 85 Jahre
Wohngebiete werden in Mischgebiete umgewidmet, um die Möglichkeiten zur Ansiedlung von Gewerbe in Wohngebieten zu erweitern.	**48**	46	52	54	49	46	49	45
Zusätzliche Lärm- und Umweltbelastungen durch mehr Wirtschaftsverkehr nehme ich in Kauf.	**29**	42	39	32	27	23	22	22
Gewerbegebiete werden auch in Bereichen, die bisher der Landschaftsentwicklung vorbehalten waren, ausgewiesen.	**28**	33	28	30	25	26	33	31
Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren wird eingeschränkt.	**25**	22	34	27	27	22	23	18
Höhere Mietpreise für Wohnungen durch weiteren Zuzug von Arbeitskräften nach Leipzig nehme ich in Kauf.	**23**	26	34	35	22	15	13	8
Weitere Kürzungen in anderen Bereichen nehme ich in Kauf.	**18**	31	22	21	20	14	11	8

Abgebildet sind nur die Zustimmungswerte nach Altersgruppen, die aus den Angaben „stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“ resultieren. (Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch fehlende Werte „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ sowie keine Angabe).

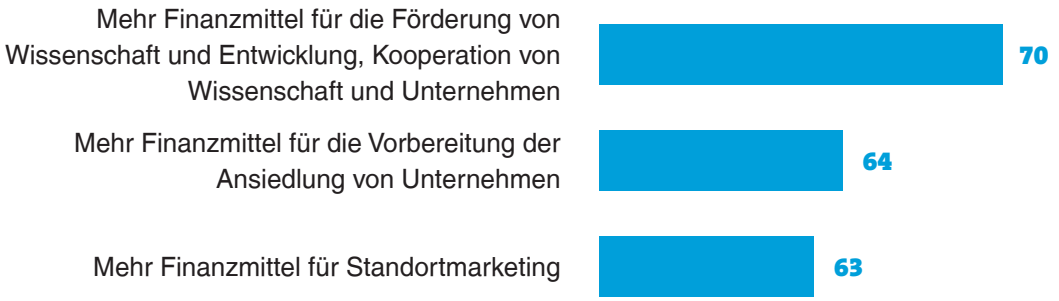
Eine Minderheit (23 %) der Befragten würde höhere Mietpreise für Wohnungen durch weiteren Zuzug von Arbeitskräften nach Leipzig in Kauf nehmen. Beim Geschlecht gibt es eine leicht erhöhte Zustimmung bei den Männern (27 %) gegenüber den Frauen (20 %). Beim Alter liegen deutliche Differenzen vor: Mit steigendem Alter sinkt die Bereitschaft, höhere Mietpreise in Kauf zu nehmen, stark. Während bei den 18- bis 34-Jährigen 31 % und bei den 35- bis 49-Jährigen 33 % zustimmen, sind es bei den 65- bis 85-Jährigen lediglich 11 %. Des Weiteren spielen hier Einkommens- und Bildungsunterschiede eine Rolle: 37 % der Schüler und Studierenden stimmen zu sowie 43 % der Befragten mit Hochschul- bzw. Universitätsabschluss. Bei der Einkommensgruppe unter 1400 Euro beträgt die Zustimmung lediglich 18 %, bei der Einkommensgruppe mit 2000 Euro und mehr liegt sie bei 54 %. Eine Minderheit von 18 % der Befragten würde weitere Kürzungen in anderen Bereichen in Kauf nehmen. Männer stimmen dem häufiger zu (23 %) als Frauen (14 %). Zudem sinkt mit dem Alter die Zustimmung, so sind es 10 % bei den 65- bis 85-Jährigen, bei der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen steigt die Zustimmung auf 25 %. Außerdem gibt es einen Zusammenhang mit dem persönlichen Nettoeinkommen, so liegt die Zustimmung bei der Einkommensgruppe unter 1400 Euro bei 14 %, während sie in der Einkommensgruppe über 2000 Euro bei 36 % liegt.

4.3 Zwischenfazit

Insgesamt versprechen sich die Befragten von allen Möglichkeiten der lokalen Wirtschaftsförderung positive finanzielle Auswirkungen für die Stadt. Diese positive Einstellung zum Wachstum gleicht dem Bild der Nennungen aus Frage 2. Dort waren zur Frage zukünftiger Handlungsbereiche besonders häufig die Forderungen nach Investitionen und Arbeitsplätzen genannt worden. Für die hohe Zustimmung zu Wachstum und Wirtschaftsförderung ist zudem ausschlaggebend, dass sich die Betroffenen von Wachstum positive Auswirkungen auf das eigene Leben erhoffen. Hierzu zählen Arbeitsplätze ebenso wie Investitionen oder Angebote im Bildungsbereich sowie im Sozialen. Bezüglich der Unterstützung der Selbständigkeit bestehen geringe Alterseffekte. Die bis 35-Jährigen erwarten hier häufiger sehr positive Auswirkungen, dies nimmt dann ab und steigt interessanterweise bei den Älteren (den ab 65-Jäh-

rigen beziehungsweise Rentnern/Pensionären) wieder an. Überhaupt erwarten Ältere von den Bereichen, in denen junge Menschen gefördert werden, besonders positive Effekte. Dies zeigt sich auch bei der geringen Zustimmung Älterer zu Kürzungen in Bereichen wie Kita, Schulen bzw. Jugendliche.

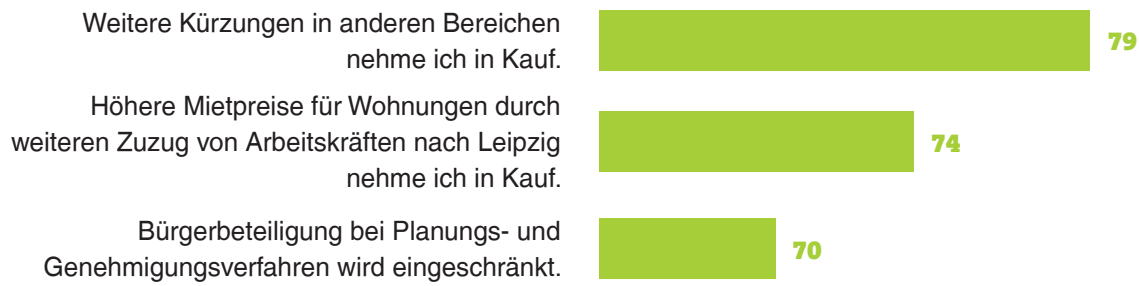
Abbildung 20: Zustimmung zur Förderung der lokalen Wirtschaft (Angaben in %)



Frage: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die lokale Wirtschaft zu fördern. Von welchen der folgenden Möglichkeiten versprechen Sie sich positive finanzielle Auswirkungen für die Stadt? (Dargestellt sind die drei Bereiche, von denen sich über zwei Drittel der Befragten sehr positive und positive Auswirkungen erhoffen. Die Antworten „sehr positive Auswirkungen“ und „positive Auswirkungen“ wurden dabei zusammengefasst. Basis: alle Befragten)

Zudem wird deutlich, dass Ältere eine insgesamt überaus positive Einstellung zum Thema Wirtschaft haben. Diese Gruppe erhofft sich von allen Fördermaßnahmen, mit Ausnahme der ökologischen Modernisierung, sehr positive und positive Auswirkungen, wobei die Zustimmung mindestens dem Durchschnittswert aller Angaben entspricht. Auch Auszubildende sowie Schüler und Studierende versprechen sich häufiger sehr positive Auswirkungen von einer lokalen Wirtschaftsförderung. Obwohl die Wachstumsstrategie die präferierte Strategie ist und sich die Befragten von den Möglichkeiten lokaler Wirtschaftsförderung positive Auswirkungen versprechen, lehnen sie mögliche Auswirkungen auf die Umwelt- und Lebensqualität überwiegend und mehrheitlich ab.

Abbildung 21: Ablehnung von Auswirkungen wirtschaftlichen Wachstums (Angaben in %)



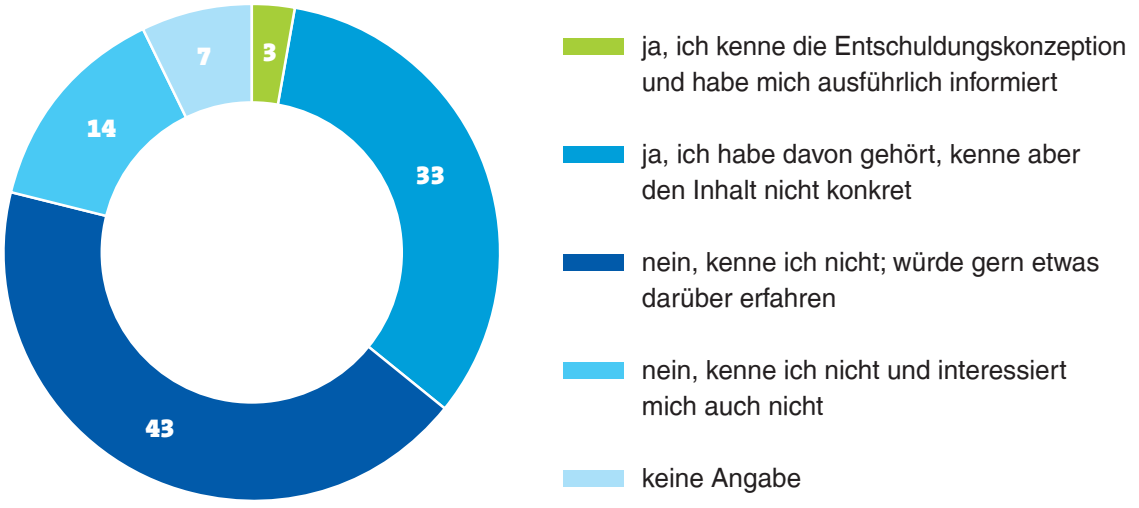
Frage: Wirtschaftliches Wachstum kann Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität haben. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu? (Dargestellt sind die drei Bereiche, in denen die Ablehnung am höchsten ausfällt. Basis: alle Befragten)

Kürzungen in anderen Bereichen zugunsten der Wirtschaftsförderung werden abgelehnt. Dies geht mit der allgemeinen Ablehnung von Kürzungen einher, wie sie bereits bei der Kürzungsstrategie zum Ausdruck kam. Einer Umwidmung von Wohn- in Mischgebiete wird noch am häufigsten zugestimmt, durch knapp die Hälfte der Befragten. Bei einigen Bereichen gibt es allerdings deutliche Unterschiede, dies sind insbesondere die der zusätzlichen Lärm- und Umweltbelastungen sowie der höheren Mietpreise. Bei diesen beiden Auswirkungen sinkt die Akzeptanz deutlich mit dem Alter.

5 Die Entschuldungskonzeption

Die Stadt Leipzig hat vor allem in den 1990er Jahren Kredite aufgenommen, um notwendige Investitionen finanzieren zu können. Dadurch stieg der kommunale Schuldenstand zunächst an, konnte aber seit 2006 kontinuierlich abgebaut werden. Ein konsequenter Schuldenabbau ist vor dem Hintergrund einer dauerhaften Sicherung des städtischen Haushalts unumgänglich. Hierzu beschloss der Stadtrat im Juni 2012 die Entschuldungskonzeption mit dem Ziel der Schuldenfreiheit bis zum Jahr 2037. Damit soll neben einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung auch für die Zukunft die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune gesichert werden. Auf diese Entschuldungskonzeption wurde im Fragebogen eingegangen. Hierbei sollte vor allem ermittelt werden, ob sie den Leipzigern und Leipzigerinnen bekannt ist und welche Zustimmung bzw. Unterstützung sie erfährt.

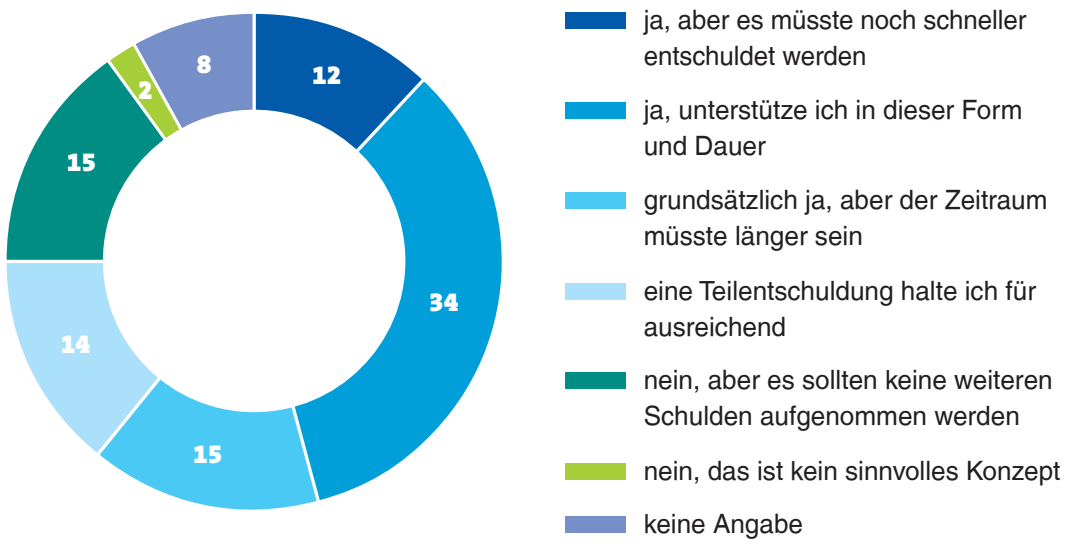
Abbildung 22: Kenntnis der Entschuldungskonzeption (Angaben in %)



Frage: Kennen Sie die Entschuldungskonzeption? (Basis: alle Befragten)

Zunächst ist hier der Fakt zu konstatieren, dass über der Hälfte der Befragten (57 %) die Entschuldungskonzeption unbekannt ist. Ein großer Teil derjenigen, die die Konzeption nicht kennen, würde gern etwas darüber erfahren (43 %), eine Minderheit (14 %) kennt sie nicht und interessiert sich auch nicht dafür. Ein Drittel der Befragten hat schon einmal was von der Entschuldungskonzeption gehört, kennt aber den Inhalt nicht konkret. Lediglich eine kleine Minderheit der Befragten (3 %) kennt die Entschuldungskonzeption und hat sich ausführlich informiert. Hierbei gibt es Unterschiede zwischen den demografischen Gruppen. Jüngere haben seltener von der Entschuldungskonzeption gehört als Ältere. So haben lediglich 17 % der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen bereits davon gehört, jedoch ohne den konkreten Inhalt zu kennen, allerdings würden 68 % gern etwas darüber erfahren. Auch in den anderen Altersgruppen interessieren sich die Befragten für Informationen zur Entschuldungskonzeption, insofern sie noch keine Inhalte kennen. Dieses Informationsbedürfnis steigt dabei leicht mit der Bildung und dem Einkommen an. Aber auch Schüler und Studierende (80 %) und Auszubildende (71 %) interessieren sich für Informationen zur Entschuldungskonzeption. Befragte, die die Entschuldungskonzeption weder kennen noch Interesse dafür zeigen, sind in allen demografischen Gruppen vertreten. Deutlich hervor tritt das Desinteresse jedoch bei den Arbeitslosen: In dieser Gruppe sind 31 % nicht an der Entschuldungskonzeption interessiert – doppelt so viele, wie im Durchschnitt. Des Weiteren ist das Desinteresse an der Entschuldungskonzeption bei Befragten mit geringer Bildung überdurchschnittlich, Gleiches gilt für Befragte mit niedrigem Einkommen.

Abbildung 23: Unterstützung für das Ziel der Schuldenfreiheit (Angaben in %)



Frage: Unterstützen Sie grundsätzlich das damit verfolgte Ziel, dass Leipzig bis 2037 schuldenfrei wird? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an. (Basis: alle Befragten)

Eine Mehrheit von 61 % unterstützt das Ziel der Schuldenfreiheit. 34 % finden die Form und Dauer richtig, wobei 15 % angeben, der Zeitraum müsste länger sein, während 12 % der Meinung sind, es müsste schneller entschuldet werden. Eine Teilentschuldung halten 14 % für ausreichend. 15 % stimmen der Entschuldungskonzeption nicht direkt zu, sprechen sich aber dafür aus, dass keine weiteren Schulden gemacht werden. Nur 2 % halten das Ziel, bis zum Jahr 2037 schuldenfrei zu sein, nicht für sinnvoll.

Die Zustimmung zum Ziel der Schuldenfreiheit ist dabei unabhängig vom Wissen über die Konzeption oder dem Interesse an Informationen. Informierte und Nicht-Informierte der Entschuldungskonzeption stimmen dem Ziel gleichermaßen zu. Beim Blick auf das Alter zeigt sich, dass Jüngere dem Ziel der Schuldenfreiheit eher zustimmen als Ältere, welche wiederum öfter der Meinung sind, dass nur keine neuen Schulden aufgenommen werden sollen. Die Zustimmung steigt außerdem mit der Bildung und dem Einkommen, was vor allem in der Zustimmung „in dieser Form und Dauer“ deutlich wird. Zudem stimmen Männer häufiger für eine schnelle Entschuldung, während Frauen eher für die Teilentschuldung oder einen längeren Zeitraum sind.

Grundsätzlich wird die Entschuldungskonzeption zwar unterstützt, allerdings besteht ein deutliches Informationsdefizit zu konkreten Inhalten. Unterschiede bestehen hinsichtlich des Alters, der Bildung und des Einkommens. Jüngere sind häufiger für die Entschuldungskonzeption und zeigen stärkeres Interesse daran, während Ältere geringere Informationsbedürfnisse haben und öfter eine Teilentschuldung für ausreichend halten oder sich dafür aussprechen, dass keine neuen Schulden gemacht werden sollen. Mit der Bildung und dem Einkommen steigt das Wissen zur Entschuldungskonzeption gleichermaßen wie das Informationsbedürfnis oder die Zustimmung zum Ziel der Schuldenfreiheit (siehe Tabelle 24).

Tabelle 24: Unterstützen Sie grundsätzlich das damit verfolgte Ziel, dass Leipzig bis 2037 schuldenfrei wird? (Angaben in %)

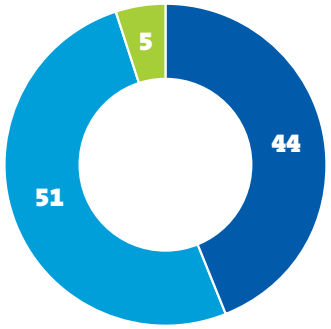
	ja, aber es müsste noch schneller entschuldet werden	ja, unterstütze ich in dieser Form und Dauer	grundsätzlich ja, aber der Zeitraum müsste länger sein	eine Teilentschuldung halte ich für ausreichend	nein, aber es sollten keine weiteren Schulden aufgenommen werden	nein, das ist kein sinnvolles Ziel	keine Angabe
gesamt	**12**	**34**	**15**	**14**	**15**	**2**	**8**
davon:							
männlich	15	37	12	15	13	2	6
weiblich	10	31	19	13	17	2	7
davon:							
18 bis 34 Jahre	13	41	18	16	8	2	3
35 bis 49 Jahre	14	37	16	17	11	2	4
50 bis 64 Jahre	13	30	17	12	20	3	6
65 bis 85 Jahre	11	29	11	11	24	2	14
darunter Stellung im Erwerbsleben:							
Erwerbstätige	14	39	16	14	12	2	4
Arbeitslose	10	23	13	12	22	6	12
Rentner / Pensionäre	11	29	12	12	22	2	12
Schüler und Studierende	10	37	23	23	4	3	0
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:							
unter 800 Euro	11	32	15	14	17	3	9
800 bis unter 1400 Euro	10	33	16	14	18	2	6
1400 bis unter 2000 Euro	14	41	15	11	12	1	5
2000 Euro und mehr	19	43	13	17	4	1	3
davon:							
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	18	42	10	9	13	2	5
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	10	32	19	13	13	3	9
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	12	34	16	16	14	2	6
davon:							
Kenner der Entschuldungskonzeption	13	37	17	13	13	2	4
Nicht-Kenner der Entschuldungskonzeption	12	34	15	15	17	3	4

(Basis: alle Befragten)

6 Verkauf von städtischen Unternehmen

Zur Umsetzung der Entschuldung sind unterstützende Maßnahmen und Beiträge denkbar. Der Verkauf städtischer Unternehmen zur Haushaltskonsolidierung ist dabei ein viel und kontrovers diskutiertes Thema. Das Bürgerbegehren gegen den Teilverkauf der Stadtwerke 2008 hat gezeigt, dass dieses Thema einen substanziellen Teil der Leipziger Bevölkerung interessiert und mobilisiert. Beim Verkauf von städtischen Unternehmen herrscht bei den Befragten eine gespaltene Meinung. Insgesamt kann sich eine knappe Mehrheit der Befragten (51 %) einen Verkauf unter bestimmten Bedingungen vorstellen, eine starke Minderheit von 44 % ist grundsätzlich dagegen (Abbildung 24).

Abbildung 24: Verkauf städtischer Unternehmen als Beitrag zur Entschuldung (Angaben in %)

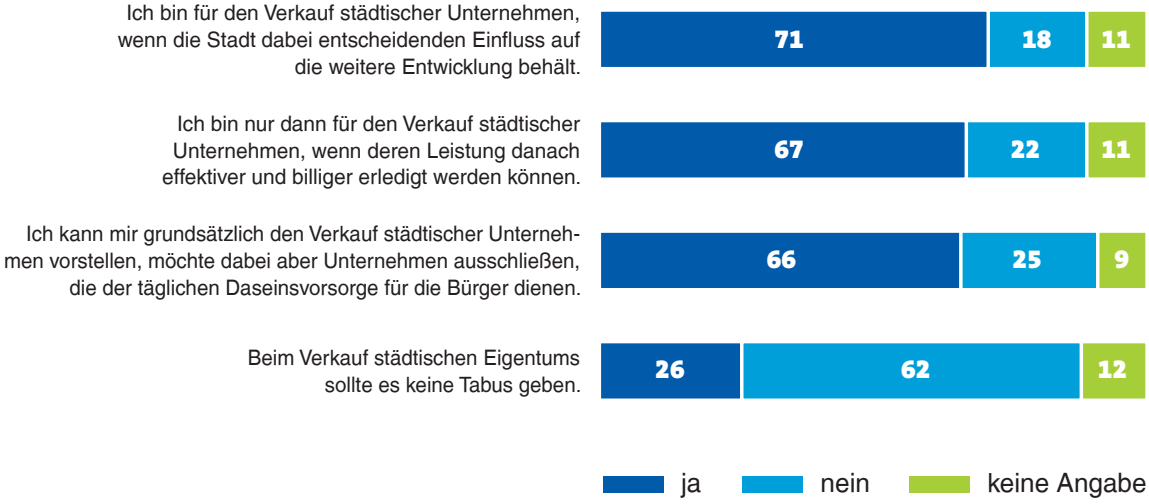


ja, ich bin grudsätzlich dagegen
nein, ich kann mir den Verkauf vorstellen
keine Angabe

Frage: Durch den Verkauf von städtischen Unternehmen können zusätzliche Beiträge für die Entschuldung geleistet werden. Sind Sie grundsätzlich gegen den Verkauf städtischer Unternehmen? (Basis: alle Befragten)

Der Teil der Befürworter (n=865) wurde im Folgenden nach den Bedingungen für den Verkauf gefragt. Hier zeigt sich, dass jeweils Mehrheiten von zwei Dritteln der Befürworter diesen an Bedingungen geknüpft sehen wollen. 71 % der Befragten knüpfen den Verkauf an die Bedingung, dass die Stadt anschließend entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung behält. Jeweils zwei Drittel der Befürworter plädieren dafür, wenn Leistungen danach effektiver und billiger erledigt werden bzw. möchten Unternehmen vom Verkauf ausschließen, die der täglichen Daseinsvorsorge für die Bürger dienen. Eine Minderheit von 26 % der Befürworter vertritt die Meinung, dass es beim Verkauf städtischen Eigentums keine Tabus geben sollte.

Abbildung 25: Bedingungen für den Verkauf städtischer Unternehmen (Angaben in %)



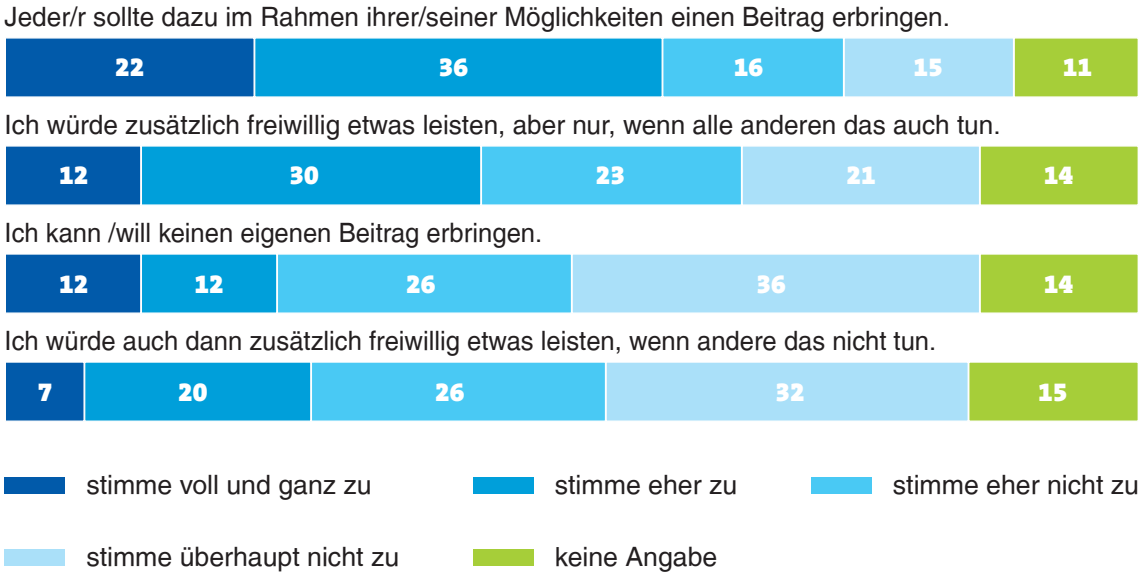
Frage: Unter welchen Bedingungen können Sie sich den Verkauf städtischer Unternehmen vorstellen? (Basis: 865 Befragte, die sich einen Verkauf städtischer Unternehmen grundsätzlich vorstellen können)

7 Zusätzliche freiwillige Leistungen und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt

7.1 Zusätzliche, freiwillige Leistungen Leipziger Bürgerinnen und Bürger

Zur Verbesserung der Finanzsituation Leipzigs wäre auch ein freiwilliger Beitrag beziehungsweise eine freiwillige zusätzliche Leistung der Leipziger Bürgerinnen und Bürger denkbar. Danach wurde auch eine Frage mit vier unterschiedlichen Antwortvorgaben gestellt (vgl. Abbildung 26).

Abbildung 26: Eigene Leistungen Leipziger Bürgerinnen und Bürger (Angaben in %)



Frage: Auch durch zusätzliche, freiwillige Leistungen Leipziger Bürger kann die Finanzsituation der Stadt verbessert werden. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu? (Basis: alle Befragten)

Die Zustimmung zur Aussage, dass alle im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag erbringen sollten, ist relativ groß, das geben 58 % der Befragten an. Immerhin 42 % der Befragten würden zusätzlich freiwillig etwas leisten, wenn alle anderen das auch tun, knüpfen das also an eine Bedingung. Dabei gibt es deutliche Unterschiede: Während 51 % der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen dazu bereit sind, sind es bei der Gruppe der 65- bis 85-Jährigen nur noch 29 %. Wie zu erwarten, steigt auch hier mit dem Einkommen die Bereitschaft – wenn auch nur leicht. Befragte in der Einkommensgruppe unter 800 Euro stimmen etwas seltener zu (38 %), während Befragte in der Gruppe mit einem Einkommen ab 1400 Euro zur Hälfte zustimmen. Nur eine Minderheit von 24 % der Befragten gibt an, dass sie keinen eigenen Beitrag erbringen kann bzw. will. Etwas mehr, immerhin 27 % der Befragten, würden auch dann zusätzlich freiwillig etwas leisten, auch wenn andere dies nicht tun. Auch hier stimmen Jüngere eher zu als Ältere und dabei insbesondere Schüler und Studierende (40 %). Die Unterschiede beim Einkommen sind hier allerdings gering. 24 % der Befragten geben an, dass sie keinen eigenen Beitrag erbringen können oder wollen. Hier spielt das Einkommen wieder eine Rolle. Nur 26 % der Befragten in der Einkommensgruppe unter 1400 Euro geben dies an, während es in der Gruppe mit einem Einkommen ab 2000 Euro nur 18 % sind. Möglicherweise ist diese Frage als „soziale Erwünschtheits-Frage“ zu bewerten, das Potenzial für freiwillige Leistungen wäre daher weiter zu eruieren.

Tabelle 25: Auch durch zusätzliche, freiwillige Leistungen der Leipziger Bürgerinnen und Bürger kann die Finanzsituation verbessert werden. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu? (Angaben in %)

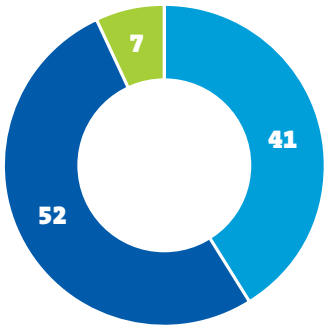
	Jede/r sollte dazu im Rahmen ihrer/ seiner Möglichkeiten einen Beitrag erbringen.	Ich würde nur etwas leisten, wenn alle anderen das auch tun.	Ich würde auch dann zusätzlich freiwillig etwas leisten, wenn andere das nicht tun.	Ich kann/will keinen eigenen Beitrag erbringen.
gesamt	**58**	**42**	**27**	**24**
davon:				
männlich	62	45	30	24
weiblich	57	41	26	26
davon:				
18 bis 34 Jahre	65	51	38	24
35 bis 49 Jahre	64	47	31	22
50 bis 64 Jahre	62	45	23	24
65 bis 85 Jahre	47	29	17	29
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	65	48	32	22
Arbeitslose	60	41	22	34
Rentner / Pensionäre	46	28	17	25
Schüler und Studierende	62	55	40	27
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	59	38	31	26
800 bis unter 1400 Euro	56	44	21	26
1400 bis unter 2000 Euro	66	50	36	19
2000 Euro und mehr	69	50	39	18
davon:				
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	56	40	25	24
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	66	43	38	20
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	59	45	26	24
davon:				
Personen, die freiwilligen persönlichen Beitrag leisten wollen.	84	61	48	7
Personen, die keinen freiwilligen Beitrag leisten wollen	41	30	12	40

(Basis: alle Befragten, Differenz zu 100 % durch keine Angabe)

7.2 Persönliche Bereitschaft zu einem zusätzlichen freiwilligen Beitrag

Neben der Meinung zu freiwilligen Leistungen wurde auch nach der Bereitschaft zu einem eigenen, zusätzlichen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Leipzig gefragt. Eine starke Minderheit von 41 % der Befragten konnte sich das vorstellen, eine knappe Mehrheit von 52 % verneinte die Frage, auch persönlich einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag zu leisten (Abbildung 27).

Abbildung 27: Persönlicher zusätzlicher freiwilliger Beitrag (Angaben in %)



ja
nein
keine Angaben

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, persönlich einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Leipzig zu leisten? (Basis: alle Befragten)

Tabelle 26 zeigt die Unterschiede zwischen den verschiedenen demografischen Gruppen. Mit dem Alter sinkt die Bereitschaft zu einem persönlichen Beitrag deutlich, von 58 % bei den 18- bis 34-Jährigen auf 20 % bei den 65- bis 85-Jährigen.

Tabelle 26: Könnten Sie sich vorstellen, persönlich einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Leipzig zu leisten? (Angaben in %)

	ja	nein	keine Angabe
gesamt	**41**	**52**	**7**
davon:			
männlich	45	50	4
weiblich	39	55	7
davon:			
18 bis 34 Jahre	58	40	3
35 bis 49 Jahre	51	45	4
50 bis 64 Jahre	37	59	4
65 bis 85 Jahre	20	69	12
darunter Stellung im Erwerbsleben:			
Erwerbstätige	53	44	3
Arbeitslose	26	61	13
Rentner / Pensionäre	22	67	11
Schüler und Studierende	59	38	3
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:			
unter 800 Euro	35	57	7
800 bis unter 1400 Euro	38	56	6
1400 bis unter 2000 Euro	55	42	4
2000 Euro und mehr	63	35	1
davon:			
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	43	52	6
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	55	37	8
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	40	54	6

(Basis: alle Befragten)

Im Anschluss wurde gefragt, wie dieser persönliche Beitrag aussehen könnte. Die Ergebnisse zeigt die folgende Abbildung 28.

Abbildung 28: Konkreter persönlicher Beitrag (Angaben in %)

Frage: Welcher Beitrag könnte dies sein? Sie können mehrfach ankreuzen (Abgebildet sind die Antworten derer, die sich einen persönlichen Beitrag vorstellen können [Filterfrage, Frage 14], sowie die Angabe in Klammern als der Anteil in Prozent, den dies an der Gesamtzahl der Befragten ausmacht).

Eine Mehrheit (51 %) derjenigen, die sich einen konkreten Beitrag vorstellen können, will für konkrete Projekte der Stadt spenden, fast ebenso viele (48 %) wollen unentgeltliche Arbeit für Leistungen erbringen, die die Stadt nicht mehr finanzieren würde. 38 % würden Sachleistungen bereitstellen und immerhin 29 % wären zur Zahlung einer freiwilligen jährlichen Sonderabgabe bereit. Diese Werte relativieren sich freilich etwas, wenn man die Anteile der Befragten, die hier angekreuzt haben, zur Gesamtzahl der Befragten in Beziehung setzt. Denn es sind etwa ein Fünftel der Befragten bzw. weniger (siehe in Abbildung 28 die Zahlen in Klammern), die hier bei der Frage nach einem konkreten persönlichen Beitrag ein Kreuz gemacht haben. Ungeachtet dieser Relativierung stellt diese Gruppe ein wichtiges Potenzial für die Unterstützung der eingeschlagenen Finanzpolitik dar.

Auch hier zeigen sich bei der Betrachtung der demografischen Merkmale Unterschiede. Während Jüngere eher zu einer konkreten Spende, Sonderabgabe oder Sachleistung bereit sind, bieten Ältere eher unentgeltliche Leistungen an, die die Stadt nicht weiter finanzieren kann. Dabei steigt auch hier mit dem persönlichen Nettoeinkommen die Bereitschaft zu einem finanziellen Beitrag (Tabelle 27).

Tabelle 27: Welcher persönlicher Beitrag könnte das sein? (Angaben in %)

	Spenden für konkrete Projekte der Stadt	Zahlung einer freiwilligen jährlichen Sonderabgabe	unentgeltliche Arbeit für Leistungen, die die Stadt nicht mehr finanzieren würde	Bereitstellung von Sachleistungen
gesamt	**51**	**29**	**48**	**38**
davon:				
männlich	51	33	44	35
weiblich	52	24	52	40
davon:				
18 bis 34 Jahre	55	31	43	45
35 bis 49 Jahre	56	30	48	38
50 bis 64 Jahre	41	24	55	29
65 bis 85 Jahre	41	23	51	23
darunter Stellung im Erwerbsleben:				
Erwerbstätige	55	31	48	41
Arbeitslose	-	-	-	-
Rentner / Pensionäre	39	20	54	18
Schüler und Studierende	58	26	38	46
davon mit persönlichem Nettoeinkommen:				
unter 800 Euro	47	26	48	38
800 bis unter 1400 Euro	46	23	52	38
1400 bis unter 2000 Euro	54	35	45	35
2000 Euro und mehr	67	39	41	42
davon:				
Personen, die Kürzungsstrategie bevorzugen	54	35	41	35
Personen, die Einnahmestrategie bevorzugen	60	29	49	43
Personen, die Wachstumsstrategie bevorzugen	48	27	50	37

(Basis: 743 Befragte, d.h. die 41 % der Personen, die sich vorstellen können einen persönlichen Beitrag zu leisten.)

Anhang

Literaturverzeichnis 72
Abbildungsverzeichnis 73
Tabellenverzeichnis 74
Fragebogen „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“ 77

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013): Kommunaler Finanzreport 2013.
Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung im Ländervergleich, Gütersloh.
Unter: http://www.kommunaler-finanzreport.de/kommunaler-finanzreport-2013.pdf
(Zugriff vom 10.02.2014).

Geißler, René (2011): Kommunale Haushaltskonsolidierung:
Einflussfaktoren lokaler Konsolidierungspolitik, Wiesbaden.

Holtkamp, Lars (2008): Bürgerhaushalt, in: Kersting, Norbert (Hg.):
Politische Beteiligung, Wiesbaden, S. 222–235.

Holtkamp, Lars (2012): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen.
Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen, 2. Auflage, Berlin.

Kitterer, Wolfgang (2002): Indikatoren für eine nachhaltige Finanzpolitik,
in: Wirtschaftsdienst, H. 2/2002, S. 67–73.

Mäding, Heinrich (2008): Kommunale Daseinsvorsorge und nachhaltige Kommunalfinanzen,
Vortrag beim Symposium „Nachhaltige kommunale Finanzpolitik für eine intergenerationelle
Gerechtigkeit“, Technische Universität Kaiserslautern, 31.1./1.2.2008.
Unter: http://elsa.ub.uni-kl.de/ressource967/ (Zugriff vom 30.09.2013).

Masser, Kai (2011): Zwei Bürgerpanelbefragungen mit der Universitätsstadt Tübingen.
1. „Wie finanzieren wir die Zukunft?“ 2010, 2. „Kulturkonzeption der Universitätsstadt Tübingen“ 2011.
Analyse der Präferenzstruktur der Daseinsvorsorge unter Hinzuziehung von Ergebnissen der Städte
Leipzig und Ludwigshafen. Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer.

Raffelhüschen, Bernd (2002): Ein Plädoyer für ein flexibles Instrument zur Analyse nachhaltiger
Finanzpolitik, in: Wirtschaftsdienst 82(2), S. 73–76.

Schwarting, Gunnar (2006): Haushaltskonsolidierung in Kommunen, 2. Auflage, Berlin.

Stadt Darmstadt, Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Statistik und Stadtforschung (2012):
Bürgerumfrage 2012.
Unter: http://www.darmstadt.de/fileadmin/Bilder-Rubriken/Standort/Statistik_und_Stadtforschung/pdf/
Buergerumfrage2012.pdf (Zugriff vom 19.08.2013).

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (2011): Kommunale Bürgerumfrage 2011.
Unter: http://www.leipzig.de/imperia/md/content/12_statistik-und-wahlen/lz_bumfr2011.pdf
(Zugriff vom 19.08.2013).

Stadt Tübingen (2010): Wie finanzieren wir die Zukunft der Universitätsstadt Tübingen?
Erste Ergebnisse der Bürgerbefragung. Presseinformation.
Unter: http://www.konstanz.de/ris/www/getfile.php?at_id=1002017 (Zugriff vom 19.08.2013).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Gewicht der Strategien	11
Abbildung 2	Wichtige Themen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger	20
Abbildung 3	Rangfolge der Strategien	21
Abbildung 4	Kürzungen in verschiedenen Bereichen	24
Abbildung 5	Kürzungen im Bereich Ämter und städtische Beratungsstellen	28
Abbildung 6	Kürzungen im Bereich Kultur	30
Abbildung 7	Kürzungen im Bereich Verkehr	32
Abbildung 8	Kürzungen im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	34
Abbildung 9	Kürzungen im Bereich Sport	36
Abbildung 10	Kürzungen im Bereich Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz	37
Abbildung 11	Kürzungen im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen	39
Abbildung 12	Kürzungsbereiche mit der höchsten Zustimmung bzw. Ablehnung	40
Abbildung 13	Gebührenerhöhungen in verschiedenen Bereichen	42
Abbildung 14	Erhöhungen von Eintritten und Tarifen	47
Abbildung 15	Erhöhung kommunaler Steuern	49
Abbildung 16	Weitere Einnahmen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger	52
Abbildung 17	Bereiche mit der höchsten Zustimmung und der höchsten Ablehnung von Erhöhungen.	53
Abbildung 18	Förderung der lokalen Wirtschaft	56
Abbildung 19	Auswirkungen von Wachstum auf die Lebens- und Umweltqualität	58
Abbildung 20	Zustimmung zur Förderung der lokalen Wirtschaft	60
Abbildung 21	Ablehnung von Auswirkungen wirtschaftlichen Wachstums	60
Abbildung 22	Kenntnis der Entschuldungskonzeption	61
Abbildung 23	Unterstützung für das Ziel der Schuldenfreiheit	62
Abbildung 24	Verkauf städtischer Unternehmen als Beitrag zur Entschuldung	64
Abbildung 25	Bedingungen für den Verkauf städtischer Unternehmen	64
Abbildung 26	Eigene Leistungen Leipziger Bürgerinnen und Bürger	65
Abbildung 27	Persönlicher, zusätzlicher freiwilliger Beitrag	67
Abbildung 28	Konkreter persönlicher Beitrag	68

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Völlige Ablehnung der Strategien versus uneingeschränkte Zustimmung	11
Tabelle 2	Zeitplan der Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“	14
Tabelle 3	Detaillierte Aufschlüsselung zum Rücklauf der Befragung „Finanzpolitik der Stadt Leipzig“ (Anzahl)	14
Tabelle 4	Vergleich der Altersstrukturen von Grundgesamtheit und auswertbarer Stichprobe	15
Tabelle 5	Vergleich der Bildungsabschlüsse in Grundgesamtheit und auswertbarer Stichprobe	16
Tabelle 6	Für wie wichtig halten Sie es, dass die Stadt Leipzig schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunalen Haushaltsplanung berücksichtigt?	19
Tabelle 7	Für die Umsetzung der Ziele einer mittelfristigen Finanzpolitik bis 2020 kann die Stadt unterschiedliche Möglichkeiten verfolgen. Welche der folgenden Möglichkeiten unterstützen Sie ganz spontan stärker, welche weniger?	22
Tabelle 8	Wie geeignet ist die Kürzungsstrategie?	23
Tabelle 9	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen ausfallen können.	27
Tabelle 10	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Kultur ausfallen können.	29
Tabelle 11	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Verkehr ausfallen können.	31
Tabelle 12	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ausfallen können.	33
Tabelle 13	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Sportstätten und Sportangebote ausfallen können.	35
Tabelle 14	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich Grünanlagen/ Erholung/Umweltschutz ausfallen können.	37
Tabelle 15	Bitte geben Sie an, wie stark Kürzungen Ihrer Meinung nach im Bereich freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen ausfallen können?	38
Tabelle 16	Wie geeignet ist die Einnahmestrategie?	41

Tabelle 17	Vergleich der Zustimmung zu möglichen Gebührenerhöhungen nach Alter und Geschlecht	43
Tabelle 18	Vergleich der Zustimmung zu möglichen Gebührenerhöhungen nach Einkommen	45
Tabelle 19	Welchen möglichen Erhöhungen von Eintritten und Tarifen stimmen Sie zu, welchen nicht?	48
Tabelle 20	Welche der kommunalen Steuern könnten Ihrer Meinung nach angehoben werden, um die Einnahmen zu erhöhen?	50
Tabelle 21	Welche der kommunalen Steuern könnten Ihrer Meinung nach angehoben werden, um die Einnahmen zu erhöhen?	51
Tabelle 22	Wie geeignet ist die Wachstumsstrategie?	55
Tabelle 23	Wirtschaftliches Wachstum kann Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität haben.	59
Tabelle 24	Unterstützen Sie grundsätzlich das damit verfolgte Ziel, dass Leipzig bis 2037 schuldenfrei wird?	63
Tabelle 25	Auch durch zusätzliche, freiwillige Leistungen Leipziger Bürgerinnen und Bürger kann die Finanzsituation der Stadt verbessert werden. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu?	66
Tabelle 26	Könnten Sie sich vorstellen, persönlich einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Leipzig zu leisten?	67
Tabelle 27	Welcher persönliche Beitrag könnte das sein?	69

Finanzpolitik der Stadt Leipzig

Stadt Leipzig

Die Bearbeitung des Fragebogens ist einfach. Sie können **zwei Möglichkeiten** nutzen:

A: Wenn Sie über einen Internet-Anschluss verfügen, können Sie den Fragebogen unter **www.leipzig.de/buergerumfrage** im Internet aufrufen und gleich online beantworten. Dazu benötigen Sie die siebenstellige Kontrollnummer, die im Adressfeld des beiliegenden Anschreibens des Bürgermeisters und Beigeordneten für Finanzen enthalten ist (außerdem auch im Adressfeld des beiliegenden Rücksende-Kuverts). Nur bei Angabe dieser Nummer werden Ihre Antworten bei der Auswertung der repräsentativen Stichprobe berücksichtigt.

B: Wenn Sie den Fragebogen lieber handschriftlich bearbeiten möchten, kreuzen Sie bitte im Fragebogen an ☒ oder tragen Text bzw. Ziffern ein. Den Fragebogen schicken Sie dann in dem beiliegenden Umschlag **portofrei** zurück. Gern können Sie den Umschlag auch in jedem Bürgeramt der Stadt abgeben.

Weitere Auskünfte erhalten Sie beim Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig unter folgender Telefonnummer:

☎ **123-2821**

Zu Beginn zwei allgemeine Fragen:

1 Für wie wichtig halten Sie es, dass die Stadt Leipzig schon heute die finanzielle Lage nachfolgender Generationen in der kommunalen Haushaltsplanung berücksichtigt?

sehr wichtig	eher wichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig
☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4

2 Was muss die Stadt Leipzig Ihrer Meinung nach tun, um finanziell handlungsfähig zu sein? (bitte eintragen)

_____

_____

3 Für die Umsetzung der Ziele einer mittelfristigen Finanzpolitik bis 2020 kann die Stadt unterschiedliche Möglichkeiten verfolgen. Welche der folgenden Möglichkeiten unterstützen Sie ganz spontan stärker, welche weniger?

	unterstütze ich sehr stark	unterstütze ich eher	unterstütze ich eher nicht	unterstütze ich überhaupt nicht
a) Die Stadt schränkt Leistungen, die sie bisher erbracht hat ein, oder streicht sie ganz, sie kürzt bzw. streicht Zuschüsse. (Die Kürzungsstrategie)	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Die Stadt setzt auf eine Erhöhung der Einnahmen, die sie direkt erhebt, das sind kommunale Tarife und Gebühren sowie Steuern. (Die Einnahmestrategie)	☐	☐	☐	☐
c) Die Stadt schöpft alle Möglichkeiten der Förderung der lokalen Wirtschaft aus, auch wenn dies Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität in der Stadt haben könnte. (Die Wachstumsstrategie)	☐	☐	☐	☐

4 Wenn Sie zwischen den 3 Strategien eine **Rangfolge** bilden müssten, welche Strategie wäre aus Ihrer Sicht am besten geeignet? Bitte schreiben Sie dafür jeweils eine Zahl von **1-3** in das Kästchen. **1** bedeutet „ist am besten geeignet“, **2** bedeutet „ist mittelmäßig geeignet“ und **3** bedeutet „ist am schlechtesten geeignet“.

a) Die Kürzungsstrategie	☐
b) Die Einnahmestrategie	☐
c) Die Wachstumsstrategie	☐

Nun geht es zunächst um die <u>Kürzungsstrategie:</u>

5 Bitte geben Sie an, wie stark die Kürzungen Ihrer Meinung nach in den folgenden Bereichen ausfallen können.

	sehr starke Kürzungen	starke Kürzungen	geringe Kürzungen	keine Kürzungen
a) Leistungen der Ämter (z.B. Bürgerämter) und städtischen Beratungsstellen	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz	☐	☐	☐	☐
c) Sportstätten und Sportangebote	☐	☐	☐	☐
d) Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	☐	☐	☐	☐
e) Leistungen für bestimmte soziale Gruppen (Kinder, Senioren, sozial Benachteiligte u.a.)	☐	☐	☐	☐
f) Verkehr	☐	☐	☐	☐
g) Kultur	☐	☐	☐	☐
h) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

Nun zu den einzelnen Bereichen im Detail:

5.1 Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Leistungen der Ämter und städtischen Beratungsstellen** stimmen Sie zu, welchen nicht?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Schließung von Bürgerämtern	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Schließung von Beratungsstellen (z.B. Stadtbüro, Familieninfobüro, Stadtteilläden)	☐	☐	☐	☐
c) Reduzierung der Öffnungszeiten von Bürgerämtern	☐	☐	☐	☐
d) Reduzierung der Öffnungszeiten von Ämtern (z.B. Sozialamt, Ordnungsamt)	☐	☐	☐	☐
e) Reduzierung der Öffnungszeiten von Beratungsstellen (z.B. Stadtbüro, Familieninfobüro, Stadtteilläden)	☐	☐	☐	☐
f) Zusammenlegung von Beratungsstellen	☐	☐	☐	☐
g) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

5.2 Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Grünanlagen/Erholung/Umweltschutz** stimmen Sie zu, welchen nicht?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) keine weitere Entwicklung und kein weiterer Ausbau der Gewässer	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Verzicht auf neue öffentliche Grünflächen	☐	☐	☐	☐
c) Verringerung der Pflege öffentlicher Grünanlagen	☐	☐	☐	☐
d) weniger Projekte zum Lärmschutz (z.B. Austausch stark lärmverursachender Straßenbeläge, lärmdämpfende Gleisbauweisen o.a.)	☐	☐	☐	☐
e) Reduzierung der Häufigkeit der Straßenreinigung	☐	☐	☐	☐
f) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Sport** stimmen Sie zu, welchen nicht?	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	**5.3**
a) Schließung von Sportanlagen	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	
b) Verringerung der Öffnungszeiten von Sportanlagen	☐	☐	☐	☐	
c) Schließung von Schwimmbädern	☐	☐	☐	☐	
d) Verringerung der Öffnungszeiten von Schwimmbädern	☐	☐	☐	☐	
e) Schließung von Freibädern	☐	☐	☐	☐	
f) Verringerung der Öffnungszeiten von Freibädern	☐	☐	☐	☐	
g) Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise für Schwimmbäder	☐	☐	☐	☐	
h) Abschaffung vergünstigter Eintrittspreise für Freibäder	☐	☐	☐	☐	
i) geringere Förderung von Sportvereinen	☐	☐	☐	☐	
j) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐	

Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung** stimmen Sie zu, welchen nicht?	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	**5.4**
a) Einsparungen bei Weiterbildungsangeboten für Arbeitnehmer	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	
b) Einsparungen im Bereich Beschäftigungsförderung (z.B. Eingliederungsmaßnahmen, Mitfinanzierung von Arbeitsplätzen)	☐	☐	☐	☐	
c) Kürzungen bei der Beratung von Unternehmen	☐	☐	☐	☐	
d) Verringerung von Investitionen in neue Gewerbestandorte	☐	☐	☐	☐	
e) Einsparungen bei der Standortwerbung für Leipzig als Wirtschaftsstandort	☐	☐	☐	☐	
f) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐	

Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **freiwillige Leistungen für bestimmte soziale Gruppen** stimmen Sie zu, welchen nicht?	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	**5.5**
a) Verringerung der Zuschüsse für Einkommensschwache für Kitaplätze	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	
b) Verringerung der Zuschüsse für Schülerbeförderung	☐	☐	☐	☐	
c) Streichung von Projekten zur Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen (Alkoholkranke, Suchtkranke, Wohnungslose u.a.)	☐	☐	☐	☐	
d) Abschaffung Leipzig-Pass	☐	☐	☐	☐	
e) Schließung von Jugendfreizeittreffs	☐	☐	☐	☐	
f) Schließung von Seniorenbegegnungsstätten	☐	☐	☐	☐	
g) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐	

5.6 Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Verkehr** stimmen Sie zu, welchen nicht?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Verringerung der Taktfrequenzen bei Bussen/Straßenbahnen	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Streichung einzelner Bus-/Straßenbahnlinien	☐	☐	☐	☐
c) Verzicht auf Neubau von Haupt-/Entlastungsstraßen (z.B. Mittlerer Ring)	☐	☐	☐	☐
d) weitere zeitliche Streckung der Sanierung des Hauptstraßennetzes	☐	☐	☐	☐
e) Verzicht auf den weiteren Ausbau von Rad- und Gehwegen	☐	☐	☐	☐
f) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

5.7 Welchen möglichen Kürzungen im Bereich **Kultur** stimmen Sie zu, welchen nicht?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Schließung von großen städtischen Kulturhäusern (Oper, Centraltheater, Muko, Gewandhaus oder Theater der Jungen Welt)	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Schließung von Museen	☐	☐	☐	☐
c) Zusammenlegung von großen städtischen Kulturhäusern (Oper, Centraltheater, Muko, Gewandhaus oder Theater der Jungen Welt)	☐	☐	☐	☐
d) Verringerung der Zahl von Ausstellungen/Inszenierungen	☐	☐	☐	☐
e) Abschaffung von vergünstigten Eintrittspreisen für ausgewählte Personengruppen	☐	☐	☐	☐
f) Verringerung von Zuschüssen an freie Träger im Kulturbereich (z.B. freie Theater, sozio-kulturelle Zentren, Projekte freier Künstler)	☐	☐	☐	☐
g) Verringerung der Zahl von Festivals (z.B. Bachfest, euro-scene, Gewandhaustag)	☐	☐	☐	☐
h) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

Nun geht es um die <u>Einnahmestrategie:</u>

6.1 Welchen möglichen Gebührenerhöhungen stimmen Sie zu, welchen nicht?

Erhöhung der…	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Elternbeiträge für Krippe, Kita und Hort	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Parkgebühren	☐	☐	☐	☐
c) Gebühren für Standesamt	☐	☐	☐	☐
d) Gebühren im Baugenehmigungsverfahren	☐	☐	☐	☐
e) Gebühren kommunaler Friedhöfe (Grabnutzungs-, Bestattungs- und sonstige Gebühren)	☐	☐	☐	☐
f) Gebühren für Leistungen der Feuerwehr	☐	☐	☐	☐
g) Gebühren für die Müllabfuhr und Abfallentsorgung, Abwasserentsorgung, Straßenreinigung	☐	☐	☐	☐
h) Gebühren von Verwaltungskosten für Amtshandlungen (z.B. Beglaubigungen, gesetzliche Vertretungen, Genehmigungen, Leistungen der Stadt oder städtischer Ämter)	☐	☐	☐	☐
i) Gebühren für Sondernutzung (z.B. Standgebühren für Märkte, Gebühren für Veranstaltungen, Werbeaktionen)	☐	☐	☐	☐
j) Bußgelder für Falschparker	☐	☐	☐	☐
k) sonstige Bußgelder (z.B. bei Nichterbringen von Räum- und Streupflichten im Winter, unerlaubtem öffentlichen Grillen)	☐	☐	☐	☐
l) Gebühren für die Nutzung städtischer Bibliotheken	☐	☐	☐	☐
m) Gebühren für Volkshochschulkurse	☐	☐	☐	☐
n) Gebühren für Musikschule	☐	☐	☐	☐
o) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

Welchen möglichen Erhöhungen von **Eintritten und Tarifen** stimmen Sie zu, welchen nicht?	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Erhöhung der Tarife im ÖPNV (Bus, Straßen- und S-Bahn)	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Erhöhung der Eintrittsgelder für Museen und Ausstellungen	☐	☐	☐	☐
c) Erhöhung der Eintrittsgelder für Oper/ Gewandhaus/ Schauspiel	☐	☐	☐	☐
d) Erhöhung der Eintrittsgelder für Schwimmbäder	☐	☐	☐	☐
e) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

6.2

Die Stadt hat nur direkten Einfluss auf **kommunale Steuern, nicht auf Einkommens- oder Mehrwertsteuer.** Welche der kommunalen Steuern könnten Ihrer Meinung nach angehoben werden, um die Einnahmen zu erhöhen?	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Grundsteuer	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Gewerbesteuer	☐	☐	☐	☐
c) Hundesteuer	☐	☐	☐	☐
d) Vergnügungssteuer (Casino, Glücksspiel, Erotik)	☐	☐	☐	☐
e) Zweitwohnungssteuer	☐	☐	☐	☐

6.3

Fallen Ihnen **weitere Quellen** ein, durch die die Stadt Einnahmen erzielen könnte?

_____

6.4

Nun geht es um die <u>Wachstumsstrategie:</u>

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die lokale Wirtschaft zu fördern. Von welchen der folgenden Möglichkeiten versprechen Sie sich positive finanzielle Auswirkungen für die Stadt? Mehr Finanzmittel für...	sehr positive Auswirkungen	positive Auswirkungen	geringe positive Auswirkungen	keine positiven Auswirkungen
a) die Vorbereitung der Ansiedlung von Unternehmen (z.B. Erschließung von Gewerbestandorten)	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) die Auflage eines kommunalen Förderprogramms für lokale Unternehmen	☐	☐	☐	☐
c) die Förderung von Wissenschaft und Entwicklung, Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen	☐	☐	☐	☐
d) die Auflage eines kommunalen Förderprogramms zu Forschung und Entwicklung	☐	☐	☐	☐
e) die Unterstützung von Existenzgründungen	☐	☐	☐	☐
f) die Förderung der ökologischen Modernisierung lokaler Unternehmen, wenn dies der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit dient	☐	☐	☐	☐
g) das Standortmarketing (Werbung für Leipzig als Unternehmensstandort)	☐	☐	☐	☐
h) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	

7.1

7.2 Wirtschaftliches Wachstum kann Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität haben. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Gewerbegebiete werden auch in Bereichen, die bisher der Landschaftsentwicklung vorbehalten waren, ausgewiesen.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Wohngebiete werden in Mischgebiete umgewidmet, um die Möglichkeiten zur Ansiedlung von Gewerbe in Wohngebieten zu erweitern.	☐	☐	☐	☐
c) Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungs-verfahren wird eingeschränkt.	☐	☐	☐	☐
d) Zusätzliche Lärm- und Umweltbelastungen durch mehr Wirtschaftsverkehr nehme ich in Kauf.	☐	☐	☐	☐
e) Höhere Mietpreise für Wohnungen durch weiteren Zuzug von Arbeitskräften nach Leipzig nehme ich in Kauf.	☐	☐	☐	☐
f) Weitere Kürzungen in anderen Bereichen (z.B. Kürzungen im Sozialbereich zu Gunsten der Wirtschaftsförderung) nehme ich in Kauf.	☐	☐	☐	☐
g) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐	☐	☐

8.1 Alles in allem, welche Strategie wäre aus Ihrer Sicht nun am besten geeignet, die Ziele mittelfristiger Finanzpolitik zu erreichen? Bitte bringen Sie die drei Strategien in eine **Rangfolge** und schreiben Sie dafür jeweils eine Zahl von **1-3** in das Kästchen. **1** bedeutet hierbei „ist am besten geeignet“, **2** bedeutet „ist mittelmäßig geeignet“ und **3** bedeutet „ist am schlechtesten geeignet“. Bitte vergeben Sie die Zahlen 1-3 nur einmal.

a) Die Kürzungsstrategie ☐

b) Die Einnahmestrategie ☐

c) Die Wachstumsstrategie ☐

8.2 Bitte geben Sie nun an, mit welchem Gewicht (in Prozent) jede Strategie Ihrer Meinung nach verfolgt werden sollte.

Bitte teilen Sie jeder Strategie einen Anteil zu. Die Summe muss 100 Prozent ergeben. Es ist ein Mix aus den Strategien möglich, Sie können aber auch einer einzigen Strategie ein Gewicht von 100 Prozent zuordnen.

a) Kürzungsstrategie _____ **%**
b) Einnahmestrategie _____ **%**
c) Wachstumsstrategie _____ **%**
Summe **100 %**

Als Folge großer Investitionen in den 1990er und 2000er Jahren weist die Stadt einen hohen Schuldenstand auf. Derzeit sind das ca. 730 Millionen Euro, also knapp 1.400 Euro pro Kopf der Leipziger Bevölkerung. Jährlich müssen große Summen allein für Tilgungen und Zinsen geleistet werden. Im Jahr 2010 waren das 68,5 Millionen Euro, im Jahr 2011 waren es 79,4 Millionen Euro. Bis 2037 soll die Stadt Leipzig schuldenfrei sein. Das bedeutet, dass in den nächsten 25 Jahren pro Jahr mindestens 30 Millionen Euro für die Entschuldung der Stadt aufgebracht werden müssen. Aus diesem Grund hat der Stadtrat im Juni 2012 mit großer Mehrheit eine Entschuldungskonzeption beschlossen.

9 Kennen Sie diese **Entschuldungskonzeption**?

Ja, ich kenne die Entschuldungskonzeption und habe mich ausführlich informiert.	☐ 1	Nein, kenne ich nicht, würde aber gern etwas darüber erfahren.	☐ 3
Ja, ich habe davon gehört, kenne aber den Inhalt nicht konkret.	☐ 2	Nein, kenne ich nicht und interessiert mich auch nicht.	☐ 4

10 Unterstützen Sie grundsätzlich das damit verfolgte Ziel, dass Leipzig bis 2037 schuldenfrei wird? Bitte kreuzen Sie nur eine Antwort an.

Ja, aber es müsste noch schneller entschuldet werden.	☐ 1	Eine Teilentschuldung halte ich für ausreichend.	☐ 4
Ja, unterstütze ich in dieser Form und Dauer.	☐ 2	Nein, aber es sollten keine weiteren Schulden aufgenommen werden.	☐ 5
Grundsätzlich ja, aber der Zeitraum müsste länger sein.	☐ 3	Nein, das ist kein sinnvolles Ziel.	☐ 6

Zur Umsetzung des Entschuldungskonzepts sind unterstützende Maßnahmen und Beiträge denkbar, im Folgenden möchten wir dazu Ihre Meinung erfahren.

11 Durch den **Verkauf von städtischen Unternehmen** können zusätzliche Beiträge für die Entschuldung geleistet werden. Sind Sie grundsätzlich gegen den Verkauf städtischer Unternehmen?

Ja, ich bin grundsätzlich dagegen. ⇨**weiter mit Frage 13**	☐ 1	Nein, ich kann mir den Verkauf vorstellen.	☐ 2

12 Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich den **Verkauf städtischer Unternehmen** vorstellen?

	ja	nein
a) Ich bin für den Verkauf städtischer Unternehmen, wenn die Stadt dabei entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung behält.	☐ 1	☐ 2
b) Ich bin nur dann für den Verkauf städtischer Unternehmen, wenn deren Leistungen danach effektiver und billiger erledigt werden können.	☐	☐
c) Ich kann mir grundsätzlich den Verkauf von städtischen Unternehmen vorstellen, möchte dabei aber Unternehmen ausschließen, die der täglichen Daseinsvorsorge für die Bürger dienen (wie z.B. Wohnungs-, Wasserversorgung oder öffentlicher Nahverkehr).	☐	☐
d) Beim Verkauf städtischen Eigentums sollte es keine Tabus geben.	☐	☐
e) Sonstiges (bitte eintragen) _____	☐	☐

13 Auch durch zusätzliche, freiwillige **Leistungen Leipziger Bürger** kann die Finanzsituation der Stadt verbessert werden. Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, oder stimmen Sie diesen Aussagen nicht zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Ich finde jede/r sollte dazu im Rahmen seiner/ihrer Möglichkeiten einen Beitrag erbringen.	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4
b) Ich würde zusätzlich freiwillig etwas leisten, aber nur, wenn alle anderen das auch tun.	☐	☐	☐	☐
c) Ich würde auch dann zusätzlich freiwillig etwas leisten, wenn andere das nicht tun.	☐	☐	☐	☐
d) Ich kann/will keinen eigenen Beitrag erbringen.	☐	☐	☐	☐

14 Könnten Sie sich vorstellen, **persönlich** einen zusätzlichen freiwilligen Beitrag zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Leipzig zu leisten?

ja ☐ 1 | nein ☐ 2 ⇨ weiter mit Frage 15

Welcher Beitrag könnte dies sein? Sie können mehrfach ankreuzen.

a) Spenden für konkrete Projekte der Stadt	☐	⇨ Welche Summe pro Jahr könnten Sie sich vorstellen? Euro pro Jahr: _____
b) Zahlung einer freiwilligen jährlichen Sonderabgabe	☐	⇨ Welche Summe pro Jahr könnten Sie sich vorstellen? Euro pro Jahr: _____
c) unentgeltliche Arbeit für Leistungen, die die Stadt nicht mehr finanzieren würde	☐	
d) Bereitstellung von Sachleistungen	☐	
e) Sonstiges_____	☐	

Für die Auswertung der Fragen nach Altersgruppen, Familienstand oder Haushaltsgröße sind einige Angaben zur Person, zum Haushalt und zum Einkommen nötig.

15 Welchen **Familienstand** haben Sie?

verheiratet und zusammenlebend oder eingetragene Lebenspartnerschaft und zusammenlebend ⇨ weiter mit Frage 17	☐ 1
verheiratet und getrennt lebend	☐ 2
verwitwet oder eingetragene/-r Lebenspartner/-in verstorben	☐ 3
geschieden oder eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben	☐ 4
ledig	☐ 5

16 Leben Sie in einer Lebensgemeinschaft/in einem gemeinsamen Haushalt?

ja, mit Partner ☐ 1 | ja, mit Partnerin ☐ 2 | nein ☐ 3

17 Wie alt sind Sie? _____ Jahre | Sind Sie männlich ☐ 1 oder weiblich? ☐ 2

18 Bitte geben Sie Ihre **Staatsangehörigkeit** an. (Mehrfachantworten möglich)

a) deutsch ☐ | b) andere Staatsangehörigkeit ☐ | c) ggf. zweite Staatsangehörigkeit ☐

19 In was für einem Haushalt leben Sie? Ich lebe ... (nur eine Angabe möglich!)

im eigenen Haushalt	☐ 1	in einer Wohngemeinschaft (WG)	☐ 3
im Haushalt der Eltern, Kinder, Schwiegereltern, Großeltern	☐ 2	woanders	☐ 4

20 Wie viele **Personen** leben ständig in Ihrem Haushalt, **Sie selbst mitgerechnet?** (Als Haushalt gilt der Personenkreis, der gemeinsam wohnt **und** wirtschaftet.) _____ Personen

Wie viele **davon** sind:

a) unter 3 Jahre	____ Personen	d) 11 bis 14 Jahre	_____ Personen	h) 36 bis 44 Jahre	_____ Personen
b) 3 bis 6 Jahre	____ Personen	e) 15 bis 17 Jahre	_____ Personen	i) 45 bis 64 Jahre	_____ Personen
c) 7 bis 10 Jahre	____ Personen	f) 18 bis 25 Jahre	_____ Personen	j) 65 bis 85 Jahre	_____ Personen
		g) 26 bis 35 Jahre	_____ Personen	k) über 85 Jahre	_____ Personen

21 Welche der folgenden Angaben trifft für Sie **hauptsächlich** zu? Wenn Sie mit einer (Ehe-)Partnerin bzw. mit einem (Ehe-) Partner zusammenleben: Was trifft auf diesen zu? (in jeder Spalte nur eine Antwort möglich)

	Sie selbst	(Ehe-)Partner/-in
Erwerbstätige/-r (auch Auszubildende/-r, geringfügig Beschäftigte/-r, Kurzarbeiter/-in, Wehr- bzw. Bundesfreiwilligendienstleistende/-r)	☐ 1	☐ 1
beschäftigt in einer öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahme (z.B. „1-Euro-Job“, Kommunal-Kombi, Bürgerarbeit), in Altersteilzeit, zeitweise freigestellt (z. B. Mutterschutz, Elternzeit)	☐ 2	☐ 2
Arbeitslose/-r, Arbeitssuchende/-r bzw. in einer Umschulungsmaßnahme befindlich	☐ 3	☐ 3
Rentner/-in oder Pensionär/-in (Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrente)	☐ 4	☐ 4
Student/-in oder Schüler/-in	☐ 5	☐ 5
etwas anderes (z. B. Hausfrau/Hausmann)	☐ 6	☐ 6

22

Welchen **höchsten schulischen Abschluss** haben Sie?		Welchen **höchsten beruflichen Abschluss** haben Sie (bisher)?	
allgemeine Hochschulreife/Abitur	☐ 1	Hochschul-/Universitätsabschluss	☐ 1
Fachhochschulreife/Fachabitur	☐ 2	Fachhochschulabschluss	☐ 2
10. Klasse (Realschulabschluss)	☐ 3	Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR	☐ 3
8. oder 9. Klasse (Hauptschule)	☐ 4	Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss	☐ 4
(noch) keinen	☐ 5	abgeschlossene Berufsausbildung, Teilfacharbeiter/-in	☐ 5
Sonstigen	☐ 6	(noch) ohne abgeschlossene Berufsausbildung	☐ 6

23 **Welche berufliche Stellung** trifft auf Sie zu?

Selbstständige/-r	☐ 1	Vorarbeiter/-in, Polier, Facharbeiter/-in im erlernten Beruf	☐ 6
mithelfende/-r Familienangehörige/-r	☐ 2	ungelernter/angelernter, berufsfremd tätige/-r Arbeiter/-in	☐ 7
leitende/-r Angestellte/-r, Beamtin/Beamter höherer Dienst	☐ 3	Auszubildende/-r	☐ 8
mittlere/-r Angestellte/-r, Beamtin/Beamter gehobener/ mittlerer Dienst	☐ 4	etwas anderes (z.B. Wehr- bzw. Bundesfreiwilligendienst)	☐ 9
einfache/-r Angestellte/-r, Beamtin/Beamter einfacher Dienst	☐ 5		

84

24 Wie hoch ist das durchschnittliche **Haushalts-Nettoeinkommen im Monat** insgesamt? Bitte zählen Sie die €-Beträge **sämtlicher Einkommen aller Haushaltsmitglieder** zusammen, z. B. Lohn oder Gehalt, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützungen (z. B. Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), Sozialgeld, Kosten der Unterkunft, Wohngeld, Kindergeld, Krankengeld, Elterngeld, BAFöG), Einkommen aus Vermietung und Verpachtung.

unter 400 €	☐ 1	700 bis unter 900 €	☐ 5	1500 bis unter 1700 €	☐ 9	2600 bis unter 2900 €	☐ 13
400 bis unter 500 €	☐ 2	900 bis unter 1100 €	☐ 6	1700 bis unter 2000 €	☐ 10	2900 bis unter 3200 €	☐ 14
500 bis unter 600 €	☐ 3	1100 bis unter 1300 €	☐ 7	2000 bis unter 2300 €	☐ 11	3200 bis unter 3600 €	☐ 15
600 bis unter 700 €	☐ 4	1300 bis unter 1500 €	☐ 8	2300 bis unter 2600 €	☐ 12	3600 € und mehr	☐ 16

25 Welche Einkommensart sichert derzeit **überwiegend** den Lebensunterhalt Ihres Haushaltes?

Einkommen aus Erwerbs-/Berufstätigkeit und sonstige Arbeitseinkommen (gemeint ist auch Wehrsold, Bundesfreiwilligendienstbezüge, Ausbildungsvergütung, Elterngeld, Landeserziehungsgeld)	☐ 1
Arbeitslosengeld I	☐ 2
Arbeitslosengeld II („Hartz IV“)	☐ 3
Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII	☐ 4
Renten/Pensionen (gesetzliche Alters-, Hinterbliebenen-, Erwerbsunfähigkeitsrente, Ruhegeld)	☐ 5
Alle übrigen Einkommen (auch BAFöG)	☐ 6

26 Und wie hoch ist Ihr durchschnittliches **persönliches Nettoeinkommen im Monat?**

unter 150 €	☐ 1	500 bis unter 600 €	☐ 5	1200 bis unter 1400 €	☐ 9	2000 bis unter 2300 €	☐ 13
150 bis unter 300 €	☐ 2	600 bis unter 800 €	☐ 6	1400 bis unter 1600 €	☐ 10	2300 bis unter 2600 €	☐ 14
300 bis unter 400 €	☐ 3	800 bis unter 1000 €	☐ 7	1600 bis unter 1800 €	☐ 11	2600 bis unter 3000 €	☐ 15
400 bis unter 500 €	☐ 4	1000 bis unter 1200 €	☐ 8	1800 bis unter 2000 €	☐ 12	3000 € und mehr	☐ 16

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Impressum

Herausgeber
Stadt Leipzig, Dezernat Finanzen

Redaktion
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Leipzig: Peggy Ebert, Prof. Dieter Rink
unter Mitwirkung von: Amt für Statistik und Wahlen, Stadtplanungsamt

Druck Hausdruckerei der Stadt Leipzig

Redaktionschluss Juni 2014

Stadt Leipzig

HELMHOLTZ ZENTRUM FÜR UMWELTFORSCHUNG UFZ

In Kooperation mit:

LEIPZIG 2020 Integriertes Stadtentwicklungs-Konzept (SEKo)

LEIPZIGER agenda 21

Gefördert durch:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
Wissenschaftsjahr 2012
Zukunftsprojekt ERDE

leipzig.de/weiterdenken